S 1934 F

Atom Express

Nr.32 Jan./Feb.83 3.-DM

Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Austritt aus dem BBU

Hiermit erklären wir dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nach siebenjähriger Mitgliedschaft unseren sofortigen Austritt.

Begründung:
Die AGU Darmstadt hat auf ihrem letzten Plenum vor der Mitgliederversammlung am 27./28. November 1982 nochmals ausführlich über den BBU, seine Rolle in der BI - Bewegung, seine Bedeutung für uns als BI vor Ort und das Verhalten der Repräsentanten des BBU diskutiert.
Allgemein wurde festgestellt, daß die wichtigste Aufgabe des BBU in der Koordination der verschiedenen BIs liegen sollte. Daneben sollte er auch als Sprachrohr der Initiativen für die bürgerlichen Medien dienen.
In der Diskussion wurde deutlich, daß im Lauf der letzten Zeit noch stärker der Eindruck entstanden ist, daß sich die Repräsentanten immer weiter von der Basis entfernen: „ Die Vorstellung von der Basis ist doch nur ein Traum. " (M.Zimmermann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des alten und Mitglied des neuen Vorstands)
Um dem entgegenzuwirken, sollte jedes Vorstandsmitglied aktiv an einem Arbeitskreis (z.B. WAA-Treffen, Atommüll-Konferenz, Baulinie '80-Treffen, AK-Verkehr, -Chemie, u.a.) teilnehmen und mitarbeiten (nicht leiten !!!). Der Brief von M. Zimmermann an Innenminister F. Zimmermann wurde mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen und verurteilt. In diesem Brief wurden dem Herrn Innenminister im Namen des BBU Glückwünsche zu seinem Amtsantritt übermittelt und die Hoffnung auf gute Zusammenarbeit zwischen dem BBU und ihm geäußert.

Auf die Mitteilung an M. Zimmerman im Sommer, daß der AGU eine Chemiearbeitsgruppe gegründet hat, kam nie mehr Reaktion, als das Versprechen, mit uns demnächst in Verbindung zu treten.
Die Belange der Anti-AKW-Bewegung wurden von den Repräsentanten des BBU in den letzten Geschäftsjahren nur sehr zögernd bearbeitet und oftmals überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Die Bemühungen von Stephan Kohler (ehemaliges Beiratsmitglied), die Problematik Atomenergie/Atomanlagen einzubringen, waren weitgehend erfolglos. Wir hatten sogar den Eindruck, daß die Arbeit der Anti-AKW-Bewegung (auch der Nicht-BBU-Mitglieder) in den Hintergrund gedrängt wurde.
2 Beispiele: Äußerungen von Jo Leinen im SPD-Blatt „Vorwärts" zum 'langsamen Ausstieg aus der Kernenergie', was auch sofort von der Presse als Meinungsänderung des BBU verkauft wurde. Diese Reaktion muß J. Leinen bei seiner langjährigen politischen Erfahrung vorausgesehen haben. Dies war ein Tritt in den Hintern all der Gruppen, die vor Ort für die sofortige Stillegung aller AKWs arbeiten.
Punkt 2 ist eine Presseerklärung, die von uns aus Anlaß der Rücknahme der letzten Auflagen für Baulinie '80-AKWs und der Freigabe durch den damaligen Innenminister G. Baum am selben Tage noch telefonisch an die BBU-Geschäftsstelle gegeben wurde. 5 Tage später erschien eine von J. Leinen „redigierte" Presseerklärung, in der ein paar allgemeine Worte zum Atommüllproblem nachzulesen waren. Kein Wort zur Kritik der Bundesregierung, kein Wort zur Baulinie '80! Kurze Zeit später hielt es der BBU für nötig, den selben Herrn Baum, der gerade die ersten AKWs nach 5 Jahren Neugenehmigungsstopp freigegeben hat, öffentlich zu unterstützen.
Am Ende unserer Diskussion war für uns klar, daß das Verhalten von M. Zimmermann (Äußerung zur ' Basis ', Brief an Zimmermann, Nichtreaktion) zu kritisieren ist. Das Verhalten von J. Leinen jedoch ist für uns als Anti-AKW-BI absolut untragbar. Daraufhin wurde der Beschluß gefaßt, daß die AGU Darmstadt bei erneuter Wahl von J. Leinen in den BBU-Vorstand aus dem BBU austreten wird.

Nun zu den Vorgängen auf der Mitgliederversammlung:
In der Arbeitsgruppe 1, in der auch J. Leinen teilnahm, haben wir in aller Ausführlichkeit unsere Erfahrungen mit dem BBU und unsere Bedenken an konkreten Beispielen dargestellt. und auch unseren Vorschlag zur Mitarbeit der Vorstandsmitglieder in Arbeitsgruppen vorgetragen. Der Vorschlag wurde ohne große Diskussion als unrealistisch abgetan, J. Leinen ist in keinem Punkt auf unsere Kritik eingegangen! Es wurde aber deutlich, daß er einen großen und wichtigen Teil der Anti-AKW-Bewegung (die Nicht-BBU-Mitglieder) überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen will. Zitat: „ Die, ich will sie mal Bundeskonferenz-Gruppen nennen, die kann man doch vergessen. "
Wir als AGU können das keineswegs! Inge Ammon, Stephan Kohler, Gerd Billen, weitere BBU-Gruppen und wir haben uns auf der Bundeskonferenz für den BBU eingesetzt. Dort wurde sich mit anderen Strömungen in der BI-Bewegung auseinandergesetzt; der BBU und sein Repräsentant halten sich selbstherrlich für den Nabel der Umweltbewegung! (Im übrigen: In Kassel auf der BuKo der Anti-AKW-Bewegung waren mehr Gruppen vertreten als auf der Mitgliederversammlung des BBU - eines Verbandes, der das ganze Spektrum der Umweltbewegung vertreten will.)
Die auf der Kasseler BuKo verabschiedete Resolution an den BBU wurde von fast allen Vorstandsmitgliedern mit Desinteresse aufgenommen und nicht auf die Tagesordnung der Mitgliederversammlung gesetzt. Die Äußerungen von J. Leinen während seiner Wahlrede, der einzige Erfolg der Anti-AKW-Bewegung sei die Verhinderung des AKW Wyhl gewesen, zeugt von Uninformiertheit, die für einen Vorsitzenden eines Bürgerinitiativverbandes katastrophal ist. Wo ist denn die Wiederaufbereitungsanlage, die 1982 längst im Bau sein sollte; wo sind die mehr als ein Dutzend AKWs, die schon jetzt in Betrieb gehen sollten und an denen noch nicht einmal der Bau begonnen wurde (auch wenn jetzt leider 3 von ihnen genehmigt wurden); wo sind die Kompaktlager, die in jedem AKW schon vor zwei Jahren eingebaut werden sollten; wo ist das Zwischenlager Ahaus, das ebenfalls längst in Betrieb sein sollte; der Widerstand an vielen Orten; sind das alles keine Erfolge?
Ein wesentlicher Teil seiner Wahlrede bestand aus verlogenen Angriffen gegen die AGU Darmstadt, unter anderem, wir hätten hinter seinem Rücken eine schleimige, polemische Stimmungsmache gegen ihn betrieben. Da nie die Termine der an sich öffentlichen Vorstandssitzungen bekannt gegeben wurden und J. Leinen es nie für notwendig gehalten hat, sich mit uns in Verbindung zu setzen, hatten wir erst auf der Mitgliederversammlung Gelegenheit, unsere Kritik in seinem Beisein vorzutragen. Dies haben wir in der Arbeitsgruppe 1, in der er anwesend war, getan.
Da keiner der anderen BBU-Vorstandsmitglieder, die uns zum großen Teil aus langjähriger Zusammenarbeit kennen, nach den diskriminierenden und verleumderischen Äußerungen öffentlich Stellung bezogen hat, gehen wir davon aus, daß diese die Meinung des BBU-Vorstandes und eines Teils der Delegierten repräsentieren. Wir bedanken uns bei den Menschen, die sich mit uns solidarisch erklärt haben.
Nach den Erfahrungen dieser Mitgliederversammlung richtet sich unsere Kritik nicht nur an die Repräsentanten des BBU, sondern auch an einen Teil der anwesenden Delegierten. Für uns entstand der Eindruck, daß diese nur jemanden suchen, der für sie den Mund aufmacht, damit sie es selber nicht zu tun brauchen.
Daß inhaltliche Kritik abgewehrt wurde mit Bemerkungen wie:„ wer viel sagt, sagt auch viel Falsches " und daß mehrfach Äußerungen gefallen sind wie:„ an einen Minister muß man halt in dieser Form schreiben ", zeigt deutlich, daß es diesen Delegierten nicht um sachliche, qualifizierte Stellungnahmen für Positionen der Bürgerinitiativen geht; Hauptsache es steht was in der Zeitung und kommt im Fernsehen.
Im übrigen: Was am Sonntag auf der Mitgliederversammlung an Verhinderung von Diskussion durch Tagesordnungs- und Verfahrensmanipulationen betrieben wurde, ist selbst bei Parteitagen von Bundestagsparteien nicht üblich.
Uns bleibt festzustellen:
Der BBU wird in der Öffentlichkeit in Zukunft weiterhin von J. Leinen repräsentiert. Die Mehrzahl der anwesenden Delegierten hat es so entschieden, die Pressekonferenz nach der Mitgliederversammlung hat es gezeigt. Obwohl Inge Ammon mit Abstand die meisten Stimmen bekommen hat, wird in allen uns bekannten Presseartikeln als erstes über die Wiederwahl von J. Leinen berichtet. Inge Ammon und Jürgen Schirmer werden nur unter ferner liefen kurz erwähnt. Stellungnahmen zu Atomenergiefragen fehlen.

Da wir aus der Wahlrede von J. Leinen und seiner Pressekonferenz nicht entnehmen konnten, daß er die Anti-AKW-Bewegung im Kampf gegen a l l e Atomanlagen unterstützen will, halten wir eine weitere Mitgliedschaft im BBU für sinnlos. In einem Verband, dessen Delegierte sich Leute wie J. Leinen und M. Zimmermann in ihren Vorstand wählen, ist eine Mitarbeit für uns nicht mehr möglich. Daran können die wenigen Mitglieder des Vorstands, die tatsächlich die Interessen der Basis(die gibt es nämlich wirklich)Initiativen vertreten, leider auch nichts ändern.

AGU Darmstadt

Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz - Darmstadt e.V.
Lautschlägerstraße 24,
6100 Darmstadt, geöffnet: montags - freitags 17h - 19 h,
Tel.: 06151 / 715214

In eigener Sache

Außergewöhnliche Redaktions-Interna gibt es diesmal nicht zu vermelden. Wir erfreuen uns nach wie vor bester Gesundheit, haben erneut viel Spaß und Streß beim Lay Out gehabt und haben wieder mit schlechtem Gewissen uns zugesandte oder selbst verfaßte Artikel rausgeworfen, da wir uns aus technischen und finanziellen Gründen auf 52 Seiten Umfang beschränken müssen.
Apropos: Nachdem wir letztes Mal schon den Einzelpreis angehoben hatten, wird ab sofort auch ein Abo teurer – 20.- Mark für sechs Ausgaben incl. Porto und Versand. Ging nicht anders, aber wir finden's trotz ökonomischer Krise und Massenverelendung immer noch tragbar.
Die Atom Express-/Atommüllzeitung-Wandkalender '83, die der letzten Nummer beigelegt waren, sind übrigens gegen Portokosten noch beim Göttinger Arbeitskreis zu erwerben. Wer sein(e) Teil(e) in Plakatrollen geschickt haben möchte, zahlt 1.- Mark mehr wegen der teuren Verpackung.
In diesem (vorweihnachtlichen) Zusammenhang wollen wir auch noch mal auf unser sagenhaftes Super-Sonder-Angebot aufmerksam machen: Alle alten Atom Express-Nummern – soweit noch vorrätig – verschleudern wir zum Inclusiv-Preis von 1.- Mark; kaum zu glauben, aber wahr!

Ein frohes Fest und ein schönes neues Jahr wünscht Euch

Die Redaktion

INHALT

AGU Darmstadt: Austritt aus dem BBU 2

Dragahn neuer WAA - Standort 4
Wo wird gebaut ? 6
Was spricht für Dragahn ? 7
Widerstandsfrühling im Wendland 8
Wie soll es weitergehen ? 10

Gorleben
Juristisches Hick - Hack ums Zwischenlager 11
Folgen des Wasserwerfereinsatzes am 4.9. 12

Schwandorf – Es ist 5 vor 12 14

Bundeskonferenz der Anti - AKW - Bewegung 16
Lagebericht aus Aachen 17
Arbeitsgruppe Widerstand 18
Arbeitsgruppe Atompolitik 19
Arbeitsgruppe Andere Bewegungen 21

Atomwaffen aus Atommüll 23

Spitzel in Braunschweig und Emden 26

Emsland – Atomland ??? 30

Kriminalisierung
Brokdorf - Prozesse 32
Gorleben 35
Schacht - Konrad 36
Diskussion 37

Kalkar - und wie weiter ? 38

Schacht Matt - drei Diskussionsbeiträge und ein Interview zur Demo 40

Jede Menge Leserbriefe 49

Volkstrauertag in Müllheim 52

Impressum

Der **Atom Express** wird herausgegeben vom **'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.'**, Marienstraße 10, 34 Göttingen.

Der **Atom Express** kostet 3.- DM.

Ein **Abonnement** kostet **20.- Mark** für sechs Ausgaben incl. Porto, für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren **2.- Mark**.

Konto :
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik
Marienstr. 10 - 34 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 3o8

Druck: Steidl, Düstere Straße, 34 Göttingen

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Enno, Ines, Bernd, Ulla, Uli, Reimar, Abo-Uli und Jan

V.i.S.d.P.
Bernd Weidmann, Reimar Paul, Enno Brand, Jan Bonorden

In allerletzter Sekunde !!!

Soeben erfahren wir, daß Michael Duffke heute freigelassen wurde. Bremer Freunde holen ihn zur Stunde ab.

Anschrift der Redaktion:
Atom Express
Postfach 45
34 Göttingen
Tel. 0551/7700158

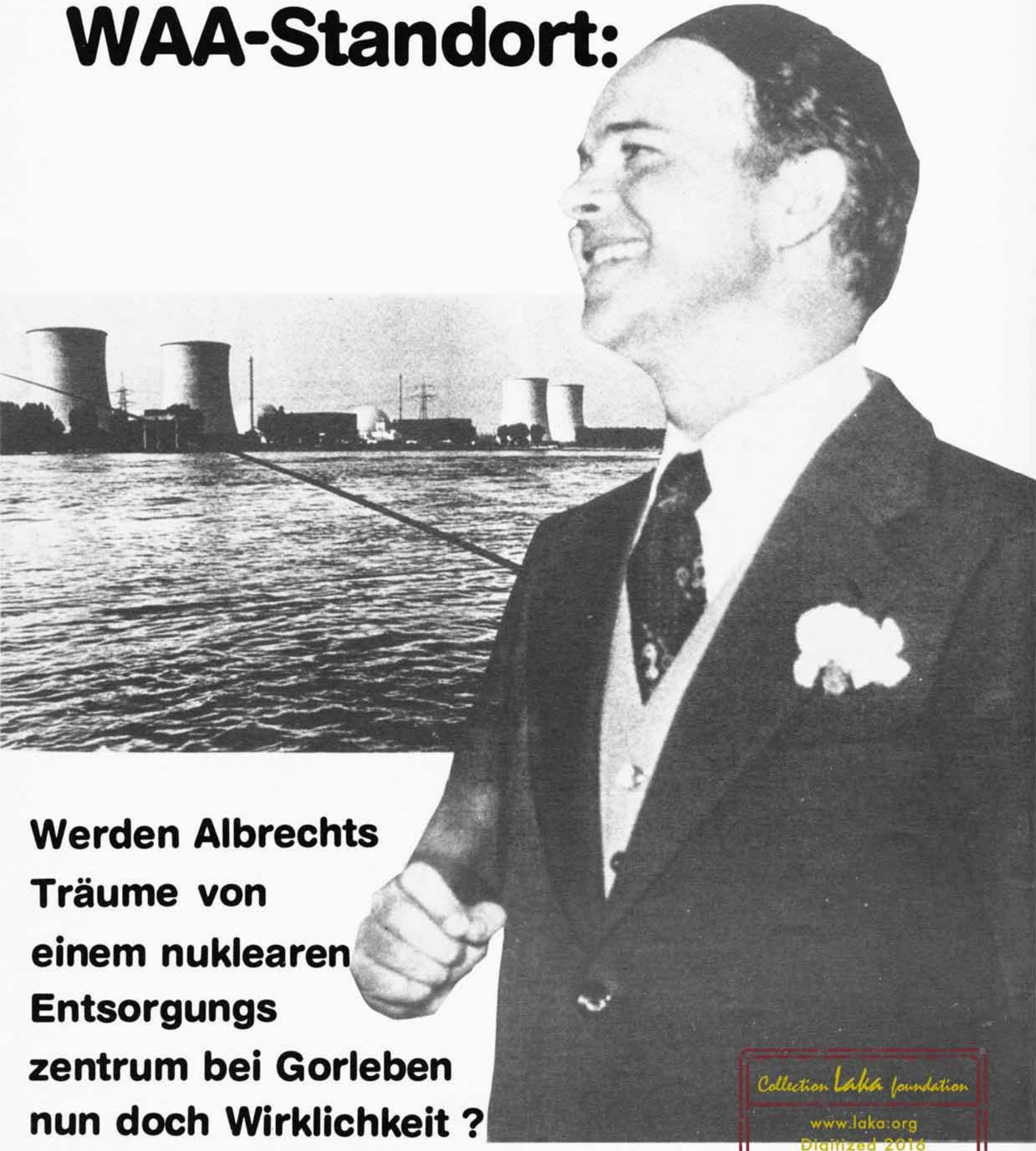
In letzter Sekunde

Der Gorlebener Nachrichtendienst meldet: Unterschriftensammlung in der Gemeinde Karwitz, zu der auch Dragahn gehört, mit folgendem Text:
Wir Bürger der Gemeinde Karwitz bekunden durch unsere Unterschrift, daß wir die Planung, den Bau und Betrieb einer WAA in Dragahn ablehnen. Wir bitten deshalb den Rat der Gemeinde Karwitz in aller Eindringlichkeit sofort eine eindeutige Entscheidung gegen die Planung einer WAA oder andere kerntechnische Anlagen zu treffen.

Nach fünf Tagen hatten bereits 411 der insgesamt 537 Wahlberechtigten diese Erklärung unterschrieben.
Am 1.12. erklärten drei Mitglieder des Gemeinderats dem Atom-Knecht Albrecht, daß Karwitz keine Information zur WAA - Dragahn benötige, da diese prinzipiell abgelehnt wird.

Collage: Peter Grohmann

Nach der Benennung von Dragahn als WAA-Standort:



Werden Albrechts Träume von einem nuklearen Entsorgungs zentrum bei Gorleben nun doch Wirklichkeit ?

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

WAA nach Dragahn ?

Mit der Benennung von Dragahn ist die wohl letzte Runde im Standortpoker um den Bau einer bzw mehrerer Wiederaufarbeitungsanlagen eingeläutet worden! Neben Schwandorf in Bayern, wo trotz massenhaften Protestes der Bevölkerung nach Abschluß des Raumordnungsverfahrens seit einigen Wochen das atomrechtliche Genehmigungsverfahren läuft, ist ein WAA-Standort im Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo Zwischenlager-Bau und Endlager-„Erkundung" munter voranschreiten, nun doch sehr wahrscheinlich.
Auch wenn sich seitdem die ereignisse auf den verschiedenen politischen Ebenen überschlagen und Verwirrspiele und Rückzugsgefechte so intensiv wie selten zuvor betrieben werden, stehen Atomindustrie und Staat unter so starkem Druck, die WAA-Planungen nach jahrelangem Hin und Her nun endlich in die Praxis umzusetzen, daß die Standortfrage in jedem Fall in allernächster Zeit entschieden werden muß.

Die Lüchow-Dannenberger Bevölkerung und die interessierte Öffentlichkeit außerhalb der Kreisgrenze wurden am 1. November durch eine von der BI Lü-Da in die Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) gesetzte Anzeige aufgeschreckt:

WAA in Gorleben?
NEIN!

Wiederaufarbeitungsanlage in Lüchow-Dannenberg?
JA!

Entgegen allen Zusagen plant die Landesregierung die

Wiederaufarbeitungsanlage in
DRAGAHN

Deshalb treffen sich heute die Herren
Kollan
Wojahn
Mechow
Abraham
Meiner
Poggendorf
Grill
mit dem Ministerpräsidenten Dr. Albrecht in dessen Privathaus in Beinhorn.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg E. V.

Erst später wurde bekannt, daß die Initiative für dieses Treffen von dem in den letzten Jahren zu trauriger Berühmtheit gelangten Oberkreisdirektor Poggendorf ausgegangen war; in einem Brief vom 26.10. hatte er Albrecht daran erinnert, *„... daß der Kreistag des Landkreises sich in der Vergangenheit nicht gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage ausgesprochen hat" (zit. n. EJZ).*
Diese Lüge – der Kreistag hatt am 5.3. 1980 nämlich beschlossen, daß eine WAA NICHT gebaut werden sollte – wies sozusagen den Weg, mit welcher Dreistigkeit in einer konzertierten Aktion der nds. Landesregierung und der Creme de la Creme lokaler Atom-Lobbyisten Versprechen mit Füßen getreten werden konnten:

Um nur ein paar Beispiele herauszugreifen –
Am 16.5.1979 erklärte Albrecht im Landtag: *Wenn wir der Bevölkerung nicht deutlich und ehrlich sagen, daß die Wiederaufarbeitungsanlage ... kein Projekt für Gorleben ist, dann wird es keine politische Ruhe Lüchow-Dannenberg geben" (zit. n. Pressedienst der nds. SPD-Landtagsfraktion).*

Foto: Atom Express

Am 21.5.1981 schrieb er dem Gartower Samtgemeindebürgermeister Rathje, er werde *„... einem etwaigen Antrag auf Errichtung einer WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf keinen Fall zustimmen" (zit. n. EJZ).*
In dem vielfach zitierten Brief an Schmidt vom Juni 1979, vor der Kreistagswahl 1981, vor der Landtagswahl 1982 und noch in seiner regierungserklärung vom 22.6. (!) hatte sich Albrecht ähnlich geäußert.

Tatsachen sind weiterhin der CDU-Kreisparteitagsbeschluß vom 11.2.1980 – *„Es muß sichergestellt werden ..., daß auch nach Errichtung eines zwischenlagers keine WAA im Kreis Lüchow-Dannenberg gebaut wird" (zit. n. einer Erklärung der BI)* – und die einstimmige Ablehnung einer WAA durch den Kreisausschuß am 4.5.1979.
Daß all diese Lügen aufgedeckt und ihnen vorgehalten werden würden, muß

Albrecht und seinen Lüchow-Dannenberger Stiefelleckern klar gewesen sein, als sie Dragahn am 1.11. ins Spiel brachten. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Entscheidung aber nicht auf ihrem Mist gewachsen, sondern vorher und andernorts getroffen worden ist. Nahezu zeitgleich schrieb die DWK ihren 1977 für Gorleben gestellten Antrag zur Errichtung einer WAA auf Dragahn um, nahezu zeitgleich sickerten Pläne für weitere Atomanlagen im Wendland durch, und nahezu zeitgleich bekundete auch die SPD-Landtagsfraktion, daß sie den Bau einer WAA in Niedersachsen für sinnvoll hält. Alles in allem ergibt sich das Bild einer kurzfristigen Absprache aller an einer WAA beteiligten und verdienenden zugunsten des Projektes Dragahn.

Dragahn ist eigentlich weniger ein Dorf als eine Kreuzung von zwei schmalen Straßen mitten im Wald. Ein Brifkasten und eine Bushaltestelle bilden das „Ortszentrum", ein paar Häuser sind von dort zwischen den Bäumen zu sehen – wenn es, wie behauptet wird, wirklich 13 gibt, liegen sie in ihrer Mehrheit gut versteckt.
Eine der Straßen führt zu einem 1000 ha großen Waldgrundstück, das in Bundesbesitz und als WAA-Bauplatz vorgesehen ist.
Ein Teil dieses Geländes, von Zäunen, Hunden und wachtruppen schon heute gut geschützt, wird von der „Delaborierungsgesellschaft mbH Kraus & Steinhausen" als Munitionsentschärfungsfabrik genutzt.

Wo wird gebaut ?

Diese Frage muß, um sie beantworten zu können, zunächst in zwei Teilfragestellungen gesplittet werden:
1. Was will die DWK? Welche Standortprioritäten setzt die Atomindustrie?
2. Welche Standorte können am besten durchgesetzt werden?

Ganz offensichtlich hat sich die DWK im Einvernehmen mit den politischen Machthabern darauf festgelegt, zunächst – und das heißt auf absehbare Zeit – zwei WAAen zu bauen, wobei über deren Größe und Kapazität (350 oder 700t Jahresdurchsatz) auch atomlobby-intern noch keine endgültige Entscheidung gefallen zu sein scheint.
Eine dieser beiden Anlagen soll nach Bayern – auch daran dürften kaum noch Zweifel bestehen. Trotz des zahlenmäßig starken örtlichen Widerstandes scheinen die politischen Bedingungen für die Betreiber hier recht gut zu sein. Die absolute CSU-Mehrheit und nicht vorhandene Grüne im Landtag versprechen auf dieser Ebene nicht viel Ärger und korrespondieren zudem mit den ehrgeizigen Plänen für eine autonome, autarke Atomregion Bayern. Ob sich die BIs der Region in ihren Widerstandsformen und Aktionen im Sinne der badisch-elsässischen Initiativen oder der Bewegung gegen die Startbahn West radikalisieren, so daß sie eine praktische Bedrohung für die DWK-Pläne bedeuten, kann von hier aus nicht beurteilt werden (vgl. aber den Artikel zu Schwandorf in dieser Nummer, der von AKW-Gegnern vor Ort verfaßt wurde).

Demgegenüber scheint sich die DWK aus Hessen, wo sie ihre Spuren u.a. in Volkmarsen, Wethen, Merenberg und zuletzt Frankenberg hinterlassen hat, ganz zurückzuziehen. In einem Brief an Börner teilte sie am 16.11. mit, daß sie an Frankenberg-Wangershausen als Standort nicht mehr interessiert sei und ihren Antrag *„aller Voraussicht nach in Kürze" (FR)* zurückziehen werde. Zwar relativierte Pressesprecher Schmidt diese Aussage, indem er den Brief zwei Tage später lediglich als Zwischenbescheid und Absichtserklärung bezeichnete, doch sollen diese Rückzugsgefechte wohl nur noch der weiteren Verwirrung dienen.
Börner, ganz Ökologe, zeigte sich über das von ihm ja schließlich angemahnte DWK-Schreiben befriedigt; sie habe sich seiner Aufforderung, die Zahl der Standorte zu reduzieren, nicht verschließen können ...
Den Ausschlag für den Quasi-Verzicht auf eine WAA in Hessen haben u.E. jedoch andere Dinge gegeben.
Die WAA-Pläne und die Startbahn West haben die Bevölkerung an vielen Orten gegen die Herrschenden und ihre Beton- und Atompolitik sensibilisiert, bzw. mobilisiert; Massenproteste und Wahlsensationen waren die Folge. Eine zweite „Hauptfront" außer der Startbahn zu eröffnen, hätte für eine wie auch immer zusammengesetzte Landesregierung ein nur schwer kalkulierbares Risiko bedeutet
Außerdem bietet der „Verzicht" auf die WAA der Hessen-SPD aufgrund der pikanten Situation im Landtag die Möglichkeit, sich gegenüber den Grünen als eine zu Kompromissen und zugeständnissen fähige Regierungspartei darzustellen. Ohne an dieser Stelle näher auf die sozialdemokratischen Strategien zur Aufsaugung und Spaltung des grünen Wähler-Potentials einzugehen, kann doch behauptet werden, daß im Angesicht ihrer Chancenlosigkeit bei den nächsten Bundestagswahlen die Bereitschaft in der SPD zunimmt, in Probeläufen eine Zusammenarbeit mit den Grünen tatsächlich auszutesten, ohne sich jetzt schon langfristig und grundsätzlich auf ein solches Bündnis festlegen zu müssen.
Die BIs rund um Frankenberg jedenfalls, so wurde (nicht nur) auf der Bundeskonferenz berichtet, haben ihre Aktivitäten schlagartig fast auf Null reduziert.

Anders stellt sich die Situation in Rheinland-Pfalz dar:
Zwar gibt es auch hier eine dem Brief an Börner entsprechende schriftliche Absage der DWK vom 29.11., in der aus *„Rationalisierungsgründen und wirtschaftspolitischen Erwägungen"* auf den Bau einer WAA bei Kaisersesch verzichtet wird, doch ist hier bisher weder das laufende Raumordnungsverfahren (ROV) unterbrochen worden noch liegt eine eindeutige Stellungnahme der Landesregierung vor. Die örtlichen BIs jedenfalls warnen davor, frühzeitig Spekulationen über ein baldiges Ende der WAA-Planungen für die Region nachzuhängen und verweisen auf ihre vor wenigen Wochen verfaßte Erklärung, die für sie nach wie vor volle Gültigkeit hat und aus der wir auszugsweise zitieren:

„... Die in Schwandorf geplante Anlage wird, auch nach Angaben der DWK, nicht groß genug sein, um den anfallenden Atommüll in Zukunft wiederaufarbeiten zu können. Die DWK wird versuchen, den Standort Hambuch-Illerich auf jeden Fall für eine spätere Errichtung einer WAA offen zu halten. Die WAA Hambuch-Illerich muß endgültig vom Tisch ... Bevor keine derartige verbindliche Erklärung der Landesregierung vorliegt, werden die Bürgerinitiativen Eifel-Mosel-Hunsrück ihre Arbeit auch dem Ziel verstärken, die Wiederaufarbeitungspläne zum zentralen Thema des Landtagswahlkampfes in Rheinland-Pfalz zu machen.
Das Ziel der Bürgerinitiativen war von Anfang an, eine WAA in Hambuch-Illerich und anderswo zu verhindern ...
Die Bürgerinitiativen rufen alle betroffenen Bürger auf: Wir dürfen uns durch einen evtl. Rückgang der DWK-Aktivitäten nicht beirren lassen! Wir dürfen solchen Landespolitikern kein Zutrauen entgegenbringen, die die DWK-Entscheidung möglicherweise als ihren Erfolg verbuchen wollen ... Wenn wir etwas gewonnen haben, so ist das Zeit – vielleicht Zeit ... Doch, sollten wir Zeit gewonnen haben, dann muß diese Zeit genutzt werden, um unseren Widerstand zu verstärken, aktiver zu werden, als zuvor und aktiv den Schwandorfer Freunden unseren gemeinsamen Widerstand zu bekunden.
Unser Widerstand wird bezüglich der Formen und der Intensität stärker werden" (zit. n. Dä Dreschfläjel, Zeitung gegen eine WAA in der Eifel und anderswo)!
Dem bleibt nichts hinzuzufügen.

Wußten Sie schon:

Kein einziger Arbeitsplatz für Bürger aus Lüchow-Dannenberg in einer WAA Dragahn!

Warum?

Weil laut Aussage der DWK in einer WAA nur Leute arbeiten dürfen, die dazu charakterlich geeignet sind!!!

Jeder Lüchow-Dannenberger aber, der charakterlich sauber ist, lehnt Atomanlagen in unserem Landkreis ab . . .

. . . ALSO WILL ER NICHT IN EINER WAA ARBEITEN!!!

Jeder Lüchow-Dannenberger aber, der eine WAA in unserem sauberen Landkreis befürwortet, hat offensichtliche Charaktermängel . . .

. . . ALSO DARF ER NICHT IN EINER WAA ARBEITEN!!!

Fazit: Eine WAA beseitigt hier nicht die Arbeitslosigkeit.

Reinhold Waßmuth, Bösel

Was spricht für Dragahn ?

Sowohl auf der Bundeskonferenz als auch auf der ersten Regionalkonferenz ist eine umfassende Einschätzung über die Benennung von Dragahn als WAA-Standort versucht worden. Weitgehende Übereinstimmung bestand darin, daß es sich hierbei nicht um einen Bluff oder ein weiteres Ablenkungsmanöver handelt, sondern daß die Betreiber hier, bzw. anderswo im Wendland, WIRKLICH bauen wollen.
Obwohl Einblicke in ihre realen Entscheidungsstrukturen und -abläufe schwierig sind, glaubt die Atomlobby in beiden der oben skizzierten Fragenkomplexe – was will sie selbst und kann sie es durchsetzen – in Lüchow-Dannenberg optimale Bedingungen vorzufinden:
Auf der einen Seite hat die Atomindustrie den Durchbruch im Landkreis spätestens mit dem Baubeginn des Zwischenlagers geschafft. Das Endlager wird um jeden Preis passend gemacht und auch der Polizeiapparat ist schon längst stationiert. Eine WAA würde den alten Betreiber-Traum eines Nuklearen Entsorgungs-ZENTRUMS bei Gorleben endgültig erfüllen.

Bei der BI Lü-Da gibt es im übrigen auch die Meinung, daß Gorleben selbst der nach wie vor auerkorene Platz ist. Die DWK hat hier immer noch Grundstücke, und das Zwischenlager und spätere Eingangslager, das nun mal bei Gorleben steht, bietet sich für die Nachbarschaft der Rest-WAA geradezu an ...
Im Landkreis und in Niedersachsen herrschen zudem relativ „stabile" politische Verhältnisse mit eindeutigen CDU-Mehrheiten, und Albrecht ist – in Anbetracht seiner eigenen Karriere – sicherlich eher bereit, für eine CDU-Bundesregierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen als für die SPD.
Andererseits – und nicht zuletzt als Folge der allmählichen Durchsetzung von Atomanlagen in der Region – ist der wendländische Widerstand wenn auch nicht zerschlagen, so doch an seine Grenzen gestoßen; zumindest WAR er das bis zum 1.11., doch davon später mehr.
Massenmobilisierungen für Demonstrationen, für Unterschriftensammlungen usw. waren nicht mehr möglich, die Aktionsformen hatten sich erschöpft, und auch die Einschüchterung durch Polizei, Behörden und Justiz hat gegriffen und viele alte Kämpfer resignieren lassen. Schließlich ist eine Vielzahl früherer Aktivisten durch die Orientierung auf Wahlen und Mitarbeit in Gremien und Parlamenten aus der BI und den anderen Widerstandsgruppen abgezogen worden.
Auch die Resonanz aus dem früher so Gorleben-engagierten Norddeutschland blieb weitgehend aus, selbst bei spektakulären Aktionen wie der Grenzbesetzung und dem Anketten vor dem Zwischenlagertor. Starke Widerstandsimpulse waren von Auswärtigen schon seit langem nicht mehr gekommen. Natürlich bedingt sich beides – oft ist die Unterstützung aus den Städten von der Stärke und Qualität des einheimischen Widerstandes abhängig gewesen; läßt dieser nach, erlahmen auch die auswärtigen Aktivitäten.

Hinzu kommt, daß im Laufe der Jahre die Fraktionierung und Polarisierung der Anti-AKW-Bewegung ihren praktischen Ausdruck ganz besonders in Gorleben fand; die Folge davon war, statt eines ja denk-

Foto: Atom Express

baren schwungvollen Miteinanders das stetige Anwachsen gegenseitiger Lähmung und gegenseitigen Mißtrauens.
Kurzum: DWK, Landesregierung und alle anderen WAA-Interessierten mußten davon ausgehen, daß etwaiger Widerstand gegen ihre Dragahn-Pläne im Rahmen und kontrollierbar bleiben würde.
Daß es nun doch anders zu kommen scheint, konnten sie nicht ahnen.

Widerstandsfrühling im Wendland

Treckerdemonstration am 13.11. – Foto: Atom Express

Die Lawine, die Albrecht mit seiner Dragahn-„Entscheidung" ins Rollen gebracht hat, war tatsächlich nicht vorauszusehen. Bürgerversammlungen mit hunderten von Teilnehmern bestimmen das Bild der ersten Tage; die BI Lü-Da berichtet in Telefonaten, persönlichen Gesprächen und auch auf der Bundeskonferenz von einer starken Bereitschaft der Bevölkerung, wieder auf die Straße zu gehen. Empörung und Wut über die gebrochenen Versprechen sind groß. Lokalteil, Anzeigenseiten und Leserbriefspalten der EJZ sind voll von der WAA-Thematik, Gemeinderäte und Parteigliederungen beraten in ihren Gremien über Dragahn, die Geschäfte im Landkreis werden mit Plakaten geschmückt, Schulklassen verfassen Protestresolutionen und auch die totgeglaubten Widerstandsgruppen stehen wieder auf: Die Bäuerliche Notgemeinschaft, die Gorleben-Frauen, die Grünen ...
Vorläufiger Höhepunkt des Protestes ist am 13. November eine innerhalb kürzester Zeit von der Bäuerlichen Notgemeinschaft organisierte Treckerdemonstration mit abschließender Kundgebung auf dem Dannenberger Marktplatz, an der (nach eigenen Zählungen) 272 Schlepper und fast 3.000 Menschen teilnehmen.
Wie in alten Zeiten rollen mit Spruchbändern und Transparenten verzierte Trecker in kilometerlangen Konvois durch den Landkreis.
Die Kundgebungsredner – Bauern, eine UWG-Frau, ein atomkritischer FDPler und Kai Krüger von der BI – bringen ihren Zorn über das Verschaukeltwerden zum Ausdruck und kündigen harten Widerstand gegen die WAA-Planungen an. Undine von Blottnitz, seit Jahren in BI und Notgemeinschaft aktiv, beschwört alte Treck-Zeiten herauf: *„... Wenn es nötig ist, werden wir wieder nach Hannover ziehen" (zit. n. EJZ).* Etwas vorschnell – denn wenn so etwas überhaupt sinnvoll sein soll, dann muß sich die Stimmung für einen 2. Hannover-Treck entwickeln und darf nicht am grünen Tisch oder am Mikrophon herbeigeredet werden.

Überhaupt waren die konkreten Widerstandsempfehlungen, die vom Lautsprecherwagen gegeben wurden, enttäuschend: Fast alle Redner/innen appellierten an die Anwesenden, und das Gespräch mit den Nachbarn (was ja in Ordnung ist) und vor allem den Kommunalpoitikern zu suchen, bzw. wiederaufzunehmen!
Den Kommunalpotikern etwa, die Atomanlagen, Bohrungen und Polizeikasernen genehmigt haben, die sich nur allzu willig der Parteiräson gebeugt haben und sich von der DWK schmieren und bestechen ließen?
Oder den Kommunalpoitiken, die Albrecht sogar den Vorschlag gemacht haben, in Dragahn doch eine WAA zu bauen (vgl. den Brief von Poggendorf an Albrecht weiter oben)?
Den Kommunalpolitikern, die sich in großen Koalitionen gegen die UWG zusammengeschlossen haben?
Oder den Kommunalpolitikern der zwar atomkritischen, aber doch blassen und trotz z.T. hoher Stimmanteile erfolglosen UWG (von deren zweifelhafter politischer Breite ganz abgesehen)?
Sicherlich gibt es in den Gemeindeparlamenten auch ehrenwerte Leute und aufrechte AKW- und WAA-Gegner – aber eine Perspektive zur Verhinderung von Dragahn kann doch nicht das Gespräch, die erhoffte Beeinflussung derjenigen sein, die in ihrer Mehrheit die Bevölkerung jahrelang betrogen und verschaukelt haben!
Zudem wäre eine solche Orientierung ein großer Schritt zurück, denn – obwohl schon fast vergessen und kaum zu glauben – vor drei, vier Jahren haben die Wendländer aus eigener Kraft, mit vieltausendfacher Unterstützung von auswärts zwar, aber aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln die WAA in Gorleben verhindert!
Eine zweite Schwäche der Kundgebungsbeiträge war, daß auf die anderen im Bau befindlichen bzw. geplanten Atomanlagen in Lüchow-Dannenberg überhaupt nicht eingegangen wurde. Unseres Erachtens ist es ein folgenschwerer Fehler, sich im (hoffentlich weiter eskalierenden) Widerstand auf die WAA zu konzentrieren und in Argumentation und Aktion Zwischen- und Endlager außenvor zu lassen. Die sachlichen und politischen Zusamenhänge zwischen den Einzelteilen eines großen NEZ müssen aufgezeigt werden, der Kampf gegen die WAA darf sich nicht auf Dragahn beschränken, sondern muß sich gegen die Schachtbohrungen genau so richten wie gegen die Zwischenlager-Baustelle.
Dennoch hat die Demonstration und haben die immer noch und vermehrt stattfindenen Veranstaltungen und Proteste bereits jetzt Wirkung gezeigt: nach Berichten der EJZ vom 15.11. und der Ostfriesen-Zeitung vom 16.11. erwägt Albrecht auch andere niedersächsische Regionen, vor allem im Emsland und in Ostfriesland, als mögliche WAA-Standorte zu erkunden. Daß derlei Äußerungen noch nicht allzu Ernst zu nehmen sind, steht

Mensch, Ernst!

Alle reden von Wählerbetrug. Wie wär's, wenn Du Dragahn einfach umbenennen ließest? Ein prima Ortsname wäre „KEINEMFALL" – die WAA würde dann gebaut in ..... na? Na bitte! Großes christliches Ehrenwort – und ehe die Leute was kapieren, steht das Ding schon da.

Übrigens, wenn Dich noch mal jemand danach fragt: Dragahn liegt von Gorleben über 40 000 km entfernt. So wahr mir Gott helfe! Man muß nur andersrum messen, hihi ...

Keep smiling, Ernst. Solange Du kannst!

Bis bald in Hannover – Peter Bauhaus aus Soven.

Steht noch dahin

Ob wir davonkommen,
ohne gefoltert zu werden,
ob wir eines natürlichen Todes sterben,
ob wir nicht wieder hungern,
die Abfalleimer
nach Kartoffelschalen durchsuchen,
ob wir getrieben werden in Rudeln,
wir haben's gesehen.

Ob wir nicht noch
die Zellenklopfsprache lernen,
den Nächsten belauern,
vom Nächsten belauert werden
und beim Wort Freiheit weinen müssen.

Ob wir uns fortstehlen
rechtzeitig auf ein weißes Bett
oder zugrunde gehen
am hundertfachen Atomblitz,
ob wir es fertigbringen,
mit einer Hoffnung zu sterben,
steht noch dahin,
steht alles noch dahin.

(Marie-Luise Kaschnitz)

Hans-Erich Sauerteig, Meuchefitz Nr. 12

Noch einmal lügt uns keiner an!

Laßt Dragahn nit untergahn!

Sie sagen: der am dünnsten besiedelte Landkreis
und meinen: der **mit den Dümmsten besiedelte!**

Gisela und Rolf Crémer, Laase / Fred Denger, Laase

MITTELAMERIKANISCHER STAAT **SUCHT:**

CHRISTDEMOKRATISCHE ...

... MINISTERPRÄSIDENTEN
... BUNDESTAGSABGEORDNETE
... LANDTAGSABGEORDNETE
... KOMMUNALPOLITIKER
... OBERKREISDIREKTOREN etc.

MIT LANGJÄHRIGER ERFAHRUNG IN DER DURCHSETZUNG VON ATOMPROJEKTEN WIE:
WAA, ATOMKRAFTWERKE,
ZWISCHENLAGER, ENDLAGER usw.
GEÜBT IM MANIPULIEREN, BELÜGEN UND BETRÜGEN DER BEVÖLKERUNG, BESPITZELN UND VERLEUMDEN VON ATOMGEGNERN,
OHNE SKRUPEL VOR BRUTALEN POLIZEIEINSÄTZEN GEGEN ALLE, DIE IHRE RECHTE, HEIMAT, GESUNDHEIT, ZUKUNFT ERHALTEN WOLLEN.
WIR SUCHEN GESTANDENE PRAKTIKER, DIE BEREIT SIND, ÄHNLICHE PROJEKTE UNTER VERGLEICHBAREN ARBEITSBEDINGUNGEN DURCHZUSETZEN!
GEBOTEN WIRD:
KOSTENLOSE ÜBERSIEDELUNG ERSTER KLASSE, HOHE GEHÄLTER, ABLÖSUNG ALLER BISHER ENTGEGENGENOMMENEN MEINUNGSBILDENDEN STRUKTURHILFEN FINANZIELLER ART BIS ZU EINER HÖHE VON DM 5 000 000,– DURCH DEN NEUEN ARBEITGEBER.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an: Reinhold Waßmuth, Böel.

Die Fotos sind bei der Demo am 13.11. in und um Dannenberg entstanden, die Anzeigen haben wir der Elbe-Jeetzel-Zeitung entnommen.

auf einem anderen Blatt; in jedem Fall sind sie eine Reaktion auf den auffrischenden Widerstand.

Und auch außerhalb der Landkreisgrenzen tut sich einiges. Wie schon erwähnt, wurde auf der Anti-AKW-Bundeskonferenz eine Extra-Arbeitsgruppe zu den jüngsten WAA-Geschehnissen eingerichtet, in der fast ausschließlich über Dragahn diskutiert wurde (vgl. auch die Resolution im BuKo-teil dieser Nummer).
Am 17.11. fand – auf Initiative übrigens der BuKo-AG – in Lüneburg die erste Dragahn-Regionalkonferenz statt, bei der Gruppen u.a. aus lüchow-Dannenberg, aus Uelzen, Celle, Lüneburg, Braunschweig, Göttingen und hamburg anwesend waren. In vielen Orten der benachbarten Landkreise laufen Info-Veranstaltungen und Flugblattaktionen, in der BUU Hamburg und im Göttinger Arbeitskreis haben sich Dragahn-Arbeitsgruppen gegründet und der Lüneburger Arbeitskreis meldet großen Zulauf an Dragahn-Interessierten.
Die anstehende Info-Arbeit soll von der Regionalkonferenz koordiniert werden; als erste Schritte wurden die Erstellung eines gemeinsamen 4-seitigen Grundlagenflugblatts, die Umarbeitung von Dia-Vorträgen aus Frankenberg und die Herausgabe einer Informationszeitung in die Wege geleitet.

Wie kann es weiter

Wir halten es für sinnvoll und politisch unabdingbar, daß ALLE interessierten Gruppen und Initiativen möglichst schnell in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse über den zukünftigen Widerstand gegen eine WAA Dragahn/Gorleben einbezogen werden; denn insbesondere für Lüchow-Dannenberg gilt: wirklich erfolgversprechend ist auf Dauer nur ein Zusammenwirken der betroffenen Bevölkerung und ihrer Widerstandsgruppen (so verschieden diese untereinander auch sein mögen) auf der einen und der auswärtigen, meits städtischen Anti-AKW-Bewegung auf der anderen Seite.
Um die zerstrittenen Fraktionen der Gorleben-Gegner zusammenzuführen, müssen zunächst entsprechende und angemessene Strukturen geschaffen werden. Da solche Strukturen –vor allem in der gegenwärtigen Situation, nach dem 'Tanz auf dem Vulkan' und anderem – wohl nicht von alleine zusammenwachsen, muß ein wenig nachgeholfen werden: die Einrichtung einer Dragahn-regionalkonferenz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Um an einem Beispiel zu verdeutlichen, was gemeint ist: Es wäre doch verhängnisvoll, wenn die Diskussionen im Wendland und in den Städten mit ganz verschiedenen Ergebnissen – etwa: Orientierung auf ein Anti-WAA-Fest hier, Stoßrichtung Power-Demo dort – getrennt voneinander laufen würden; eine (womöglich endgültige) Spaltung und Trennung wäre die Folge.
Eine wichtige Rolle werden die BIs aus den benachbarten Städten Celle, Uelzen und v.a. Lüneburg übernehmen müssen, nicht nur als Mittler zwischen den einheimischen, ländlichen und den auswärtigen Gruppen, sondern als der BI Lü-Da gleichberechtigte Initiativen – und das nicht nur, weil Dragahn nur wenige Kilometer von der Uelzener Kreisgrenze entfernt liegt.
Der BI LüDa kann es – ohne Ironie! – nur guttun, wenn sie an ihrer bisher immer wieder in Anspruch genommenen und sie selbst dennoch/deswegen oft lähmenden alleinigen Entscheidungsgewalt über das, was läuft und v.a. nicht läuft, andere teilhaben läßt.
Ohne an dem Argument, Aktionen müßten der Bevölkerung vermittelbar bleiben (jedenfalls dem Teil der Bevölkerung, der gegen die WAA ist), grundsätzlich zu rütteln, ist dieses in der Vergangenheit doch oft überstrapaziert worden. Es geht auch nicht darum, nun demokratisch legitimiert durch die regionalkonferenz o.ä., Entscheidungen gegen die BI LüDa und andere wendländische Gruppen durchzusetzen, sondern es geht darum, die bisher im Landkreis konzentrierte Verantwortung (oder Macht, wie man will) zu (ver)teilen.

WAA in Dragahn – was wird hier gespielt?

Verschiedene politische Mandatsträger scheinen nur ein Kurzzeitgedächtnis zu haben. Deshalb erinnern wir an folgende Aussagen:

- **Norbert Fischer, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion** in einer EJZ-Anzeige vom 15. 5. 1979 (nach der Bürgeranhörung in Hitzacker):
  „Wir haben Verständnis für die Ablehnung weiter Kreise der Landwirtschaft gegenüber einem so großen Industrieprojekt. Die Nachteile für die Landwirte sind wohl größer als die Vorteile. Die CDU-Kreistagsfraktion hat einstimmig den Bau der Wiederaufbereitungsanlage abgelehnt."
- **Ministerpräsident Albrecht** in seinem Brief an Bundeskanzler Schmidt vom 8. 6. 1979:
  „. . . . Entscheidend . . . ist allerdings, **daß die Bevölkerung uns glaubt,** daß das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird."
- **Pressestelle der Landesregierung in der EJZ vom 2. 7. 1979** (unter Bezug auf eine DWK-Äußerung):
  „Damit bestätigt sie (gemeint ist die DWK) die **klare Haltung der Landesregierung,** die den Bau dieser Anlage **für den Landkreis Lüchow-Dannenberg** ablehnt. Eine WAA sollte nach Ansicht der Landesregierung in einem anderen Bundesland gebaut werden."
- **MdL K.-D. Grill** in der EJZ vom 7. 2. 1980 („Grüner Psychoterror"):
  „. . . **Nachdem die Wiederaufbereitungsanlage vom Tisch sei,** muß nun offensichtlich das Zwischenlager zur gefährlichsten Anlage der Welt hochgeputscht werden."
- **Kreistag,** Resolution vom 5. 3. 1980:
  „Der Kreistag geht davon aus, **daß eine Wiederaufarbeitungsanlage in Lüchow-Dannenberg nicht gebaut wird."**

Soll all dies nicht mehr gelten? Ist das atomare Entsorgungsproblem ohne Wortbruch und Wählerbetrug nicht mehr zu lösen?

GUN (Gesellschaft für Umweltfragen und Naturschutz E. V., Lüchow)

Diese Anzeige wird aus Spendenmitteln bezahlt.
Unser Spendenkonto: Volksbank Clenze (BLZ 258 619 90) 3 836

-gehen ?

Wichtig ist, daß die Diskussionen und Beschlüsse der Regionalkonferenz auch über den Kreis der teilnehmenden BIs hinaus bekanntgemacht werden und daß bei „Bedarf", d.h. wenn es um die Erörterung sowohl grundsätzlicher Perspektiven als auch konkreter Aktionen geht, breit zu den Treffen eingeladen wird.
Dies alles hat jedoch nur Sinn, wenn alle bereit sind, sich ohne Vorbedingungen und Ausschließlichkeitsansprüche zusammenzusetzen. Forderungen wie „Mit der BI LüDa machen wir nix mehr zusammen", „Hamburger wollen wir hier nicht mehr sehen" oder „Großaktionen finden im Landkreis nicht statt" sind – hoffentlich! – überholt und würden die Auseinandersetzungen nur lähmen und blockieren.
Angebracht ist außerdem eine ausführliche Analyse des nunmehr sechs Jahre alten Gorleben-Wierstandes: was war gut, was nicht; was hat uns weitergebracht, was nicht; wo können wir eventuell anknüpfen, was können wir vergessen? Welche Bedeutung, welche Wirkung hatten die Pflanz- und Aufforstungsaktionen seit dem Frühjahr 1977, der Poker um die von der DWK damals (?) benötigten Grundstücke, die Frühjahrs- und die Herbstblockaden von 1979, die unzähligen Trebeler Treffen, die von der BI durch Distanzierungen unterbundenen Bohrlochverstopfungen. die Anzeigen- und Leserbriefkampagnen in der EJZ, die großen Unterschriftensammlungen, die Beteiligung an den Wahlen, die Kämpfe um die Tiefbohrstellen, die Jauche-Abkipp- und Blockadeaktionen der Bauern, die Mahnwachen und umfunktionierten Erntedankfeste der Gorleben-Frauen, die „Republik Freies Wendland" und das Versäumnis, die geräumte Bohrstelle durch eine Großdemonstration am folgenden Samstag „zurückzuerobern", die Pfingsttreffen und Sommer-Camps, der große Treck mit der bisher stärksten Massenmobilisierung im Landkreis und den 100.000 in Hannover, die Schlepperdemonstrationen, die Kreishausbesetzung, die nächtlichen Angriffe auf die Bohrstellen und Bauzäune, Sabotage, Besprühen, Bemalen, die Besetzung eines Grenzstreifens, das Anketten nur noch weniger am Zwischenlager-Zaun, der Tanz auf dem Vulkan?
Man darf es sich jedenfalls nicht leicht machen mit dem Entwickeln einer erfolgversprechenden Widerstandsperspektive, es gibt viel zu bedenken und zu berücksichtigen, das Planen einer „alles entscheidenden" Großaktion wäre ebenso kurzsichtig wie erstmal abzuwarten und sich auf die –enorm wichtige – Info- und Öffentlichkeitsarbeit zu beschränken.
Die Diskussionen haben erst begonnen!

Reimar, Redaktion

Juristisches Hick - Hack ums Zwischenlager

Sechs AKW-Gegner aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg hatten beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg ein sogenanntes Normenkontrollverfahren beantragt, in dem festgestellt werden sollte, daß der Bebauungsplan der Gemeinde Gorleben für das Zwischenlager nicht ordnungsgemäß zustande gekommen war.
Tatsächlich erklärte der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichtes den Bebauungsplan für das Zwischenlager für ungültig, und zwar auf grund schwerwiegender formaler Fehler, die das Gericht schlecht ignorieren konnte.

Ausschlaggebend war die Tatsache, daß ein Angestellter der DWK bei der Planung zur Aufstellung des Bebauungsplanes mitgewirkt hatte - dies ist nach der nds. Gemeindeordnung unzulässig. Eine solche Verfilzung war zu offensichtlich.
Weitere Gründe für das Gerichtsurteil waren, zum einen, daß das Sitzungsprotokoll der Bauleitplanung nachträglich geändert wurde und zum anderen, daß sich die Ratsherren der Gemeinde anscheinend mit 1,5 Millionen DM bestechen ließen. Dieses Geld wurde der Gemeinde Gorleben für die - Aufstellung des Bebauungsplanes schon im Voraus von der DWK in einem sog. Ansiedlungsvertrag zugesagt.
Voraussetzung für das Verfahren war es gewesen, daß das Gericht die Zulässigkeit derartiger Normenkontrollverfahren bestätigte. So kam es dann zu folgender Presseerklärung der Gerichte: „Der Normenkontrollantrag ist zulässig, weil die Antragsteller ein Interesse daran haben, von künstlicher Strahlung verschont zu bleiben. Auch unterhalb der Dosiswerte ist die Strahlungsbelastung nicht bedeutungslos..."
Lichtblick ? Einige sahen mit diesem Urteil jedenfalls eine Chance, daß das zu der Zeit noch ausstehende Beschwerdeverfahren über die eigentliche Baugenehmigung mit dem Baustopp für das Zwischenlager enden könnte. Das Urteil vom 28.10. bedeutet jedenfalls, daß kein Bebauungsplan mehr existiert; ferner ist gegen dieses Urteil kein Rechtsmittel möglich, das aufschiebende Wirkung hätte. So konnte man also von der rechtlichen Grundlage ausgehen, daß für eine Zwischenlagerplanung ein Bebauungsplan zwingend erforderlich ist und, daß ohne einen solchen Bebauungsplan eine Bebauung und insbesondere eine Inbetriebnahme dieser Anlage rechtlich nicht zulässig ist. Zumal sich ein Bebauungsplan unter Beteiligung der Bevölkerung - im Gegensatz zu einer Baugenehmigung, welche die konkreten Bauvorhaben (Art und Ausmaß...) regelt- mit dem später zu genehmigenden konkreten Vorhaben des Baus beschäftigt.

Der Bebauungsplan war exakt auf die Baugenehmigung zugeschnitten, welche nur aufgrund des Planes erteilt worden war. Logischerweise hätte mit der Nichtigkeit des Planes auch die Genehmigung fallen müssen. Trotzdem wurde und wird weitergebaut.
Am 9.11. lehnten dann der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg- derselbe, der zwei Wochen zuvor den Bebauungsplan für ungültig erklärt hatte- den von sechs Lüchow-Dannenberger Bürgern beantragten Baustopp für die im Rohbau bereits fertiggestellten Zwischenlagerhallen ab, mit der Begründung, daß die Kläger durch den Bau der Hallen nicht in ihren Rechten verletzt werden, da von den Hallen selbst keine Gefährdung ausgehe. Außerdem entschied das Gericht, daß die Errichtung des Zwischenlagers zwar eine baurechtliche, aber keine atomrechtliche Genehmigung erfordere.
Ein geeigneter Bebauungsplan wäre der DWK entgegengekommen, da er nach dem Gesetz eine Bürgerbeteiligung beinhaltet und somit den Widerstand in der Bevölkerung hätte beschwichtigen sollen.
Ohne Bebauungsplan geht es aber auch (§ 35 BauG- Außenbereich) und damit erweist sich die ach so demokratische Bebauungsplanerstellung als reine Farce. Es ist ein Skandal, daß eine Baugenehmigung ohne einen gültigen Bebauungsplan rechtens sein kann und daß das atomare Zwischenlager allein nach der nds. Bauordnung wie ein Kuhstall errichtet wird. Eine solche „Rechtsprechung" ist uns nicht unbekannt. Die Justiz schlägt Haken, wo immer es um die Interessen von Monopolen und gegen die Rechte der Bevölkerung geht.
Gegen den Beschluß vom 9.11. des OVG werden die Kläger Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht einlegen.

Informationen:
Bürgerinitiative Lüchow
Dannenberg, 313 Lüchow
Drawehnerstr. 3
Tel. 05841/4684

Selber Schuld —

»Ihr hättet ja auf dem Kinderspielplatz demonstrieren können«

Während der Gorleben-Demonstration am 4.9.82. " Tanz auf dem Vulkan " und bei der Auflösung der spontan zustande gekommenen Solidaritätsdemonstration mit den Gefangenen in Uelzen am darauffolgenden Tag hat die niedersächsische Polizei Wasserwerfer mit einer zuvor nicht erlebten Härte eingesetzt. Dreimal kam es dabei zu diesem brutalen Beschießen durch die Wasserwerfer, wobei es zahlreiche Verletzte - - auch Schwerverletzte - gab:

1. Einsatz

Am frühen Nachmittag des 4.9., als die Masse der Demonstranten in Richtung Gedelitz abmarschierte und es der Polizei offensichtlich nicht schnell genug ging.

Christiane Z.: (Auszüge aus ihrem Gedächtnisprotokoll) ... *Rechts an der Hüfte und am Bein werde ich getroffen. Ich kippe nach hinten über, bekomme einen Strahl zwischen und innen auf die Beine, springe hoch, schreie, kann nicht weg, drehe mich, bekomme das linke Bein zerschossen, liege längs über den anderen. Plötzlich werde ich von hinten gepackt, ich schreie:' nicht schlagen, nicht schlagen ', habe die Hände über dem Kopf. ' Dann hau ab ', schreit der Polizist. Ich torkele in den Wald. Ich bemerke, daß meine Hose am linken Bein aufgeplatzt ist, schreie und weine, klammere mich an U. . Rechts von uns wird ein Mädchen von einem Polizisten und Demonstranten beiseite geschleppt. Selbst der Polizist scheint entsetzt. Sie muß auch den Wasserwerfer abgekriegt haben. ... ... Wir fahren nicht erst zur Sanistation, sondern gleich ins Lüchower Krankenhaus. ... Die Schwestern versuchen ihre Erschütterung über mein Aussehen zu verbergen. Das linke Bein ist verquollen und deformiert. Der Arzt kommt, fragt mich, wie das passiert ist. Ich sage es ihm. Er sagt ungefähr folgendes: ' Na, sind sie die Einzige, oder kommen da noch mehr? Sind sie jetzt zufrieden? Da müßte noch viel mehr passieren, damit die endlich aufhören zu demonstrieren. Und wenn sie gerichtlich was machen wollen, dann erwähnen sie meinen Namen nicht. Ich habe mit der ganzen Sache nichts zu tun! ' ... Am Sonntag kann ich gar nicht mehr aufstehen. Jegliche Berührung verursacht mir große Schmerzen. So kann ich mich erst am Montag nach Hause bringen lassen. ... Aller Vorraussicht nach wird das Hämatom am linken Oberschenkel abgesaugt werden müssen.*

Nachtrag: Christiane wurde fünf Wochen krank geschrieben.

2. Einsatz:

Gegen 19.00 Uhr, als die Polizei eine Sitzblockade vor dem Haupttor des Zwischenlagers brutal räumt.

Jens-R. B. :

...Da fing der Wasserwerfer auch schon wieder an zu schießen und traf mich aus 5 - 6 m (!) Entfernung voll in die linke Seite. Ich verspürte einen sehr starken Schmerz in der linken Brust, sah die Polizisten schon wieder räumen und dachte nur : ' da mußt du raus, eine Räumung hälst du mit den Schmerzen nicht mehr aus. ' Ich stand so schnell es ging mühsam auf, ... und stolperte mehr als daß ich ging in den Wald links der Straße. Dort wurde ich bald von Sanitätern aufgegriffen, da ich stöhnend vor mich hin schlich und nur flach atmen konnte.

Mit dem Auto bin ich dann zuerst zur Sanistation nach Gedelitz und dann sofort ins Krankenhaus nach Dannenberg gebracht worden. Nach der letzten Röntgenaufnahme wurde eine Rippenfraktur, bestehend aus 5 gebrochenen Rippen, festgestellt.

Dieter M.:

... Ich bin anschließend beim Arzt gewesen und habe die Verletzungen untersuchen lassen. Der Arzt hat mich also auf Verdacht auf Nierenquetschungen hin untersucht und halt die Sachen, die man gesehen hat, die blauen Flecken an Rücken und Arm. Im Gespräch mit ihm habe ich erfahren, daß die Intensität, mit der der Strahl mich getroffen hat, die diese blauen Flecken hervorgerufen hat, ausgereicht hätte, - wenn er mich 10 cm höher in die Seite getroffen hätte - um zu einem Nierenabriß zu führen.

3. Einsatz:

Am Samstag in Uelzen, bei der die Leute wie Schlachtvieh durch die Stadt gehetzt wurden, bevor sie sich überhaupt sammeln konnten.

Innenminister Möcklinghoff, der auf Anfrage der Grünen im niedersächsischen Landtag die Einsätze damit zu legitimieren versuchte, sie hätten gut ausgerüsteten Steinewerfern gegolten, hat mal wieder - ganz abgesehen davon, daß eine solche Sauerei durch gar nichts zu rechtfertigen ist - gelogen. Die Wasserwerfer wurden gezielt auf Leute gerichtet, die ausschließlich passiven Widerstand leisten und durch ihre Kleidung in keiner Weise geschützt waren, um sie zu verletzen (es wäre allerdings Augenwischerei sich einzubilden, Lederkleidung garantiere bei solchen Einsätzen hinreichend Schutz).

Die Grünen, denen es darum ging, im Landtag anhand von einer zuvor erstellten Dokumentation mit Berichten von Betroffenen zu klären, daß es sich bei diesen Wasserwerfern um Waffen, anstatt um " Hilfsmittel polizeilicher Gewalt " handelt, bekamen zur Antwort: *Wasserwerfer seien keine Waffen und könnten auch nicht zu Waffen werden, da ihre Anwendung nicht auf die Verletzung von Personen gerichtet sei.*

Unterhalb der Schwelle von Schußwaffengebrauch wird polizeilich weiter aufgerüstet, denn dieser wäre der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln, als etwa eine " Verbesserung " von Wasserwerfern. Einen solchen Waffeneinsatz mittels Wasserwerfer

Diagnose: Multiple Prellungen mit ausgedehnten Hämatombildungen ...

Foto: Von einem Wasserwerfer getroffener Baum

tragen alle Parteien rechts der Grünen mit, auch wenn Wasserwerfer und Schußwaffe unter Umständen die gleiche Wirkung haben können. Hätte ein Wasserstrahl der angewandten Intensität einen Demonstranten z.B. unglücklich im Nacken getroffen, so wäre ein tödlicher Ausgang nicht auszuschließen gewesen !!!

Verletzungen werden also ignoriert, auch solche: Susanne C. wurde vom Strahl so hart aufs Pflaster geschleudert (in Uelzen), daß ihr Jochbein und Backenknochen brachen. Die Splitter der Brille drangen ihr in die Augen. Kiefer- und Backenknochenbrüche haben das Auge nach hinten gedrückt. Erst nach der dritten Operation wird sich entscheiden, in welchem Umfang die Sehfähigkeit des Auges erhalten bleibt.

Eine andere Frau muß Langzeitschäden befürchten. Ihre Hüfte ist nach einer Wasserwerferverletzung schief geblieben und ihr wird wahrscheinlich ein Bein gekürzt werden müssen.

Einer der Verletzten mußte mittlerweile mit inneren Blutungen ins Krankenhaus wegen Verdacht auf Milzriß gebracht werden - so berichtet der Ermittlungsausschuß.

Die Wasserwerfer hatten einen Druck von 15 atü an der Strahlrohrmündung. Weder Bundes- noch Landespolizeivorschriften - so Möcklinghoff - enthalten Regelungen über die maximale Höhe des Wasserdrucks auf bestimmte Distanzen (was kann da schon unrechtmäßig gewesen sein in Gorleben?). Auch die Berechnungen von Strömungsmechanikern vom Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen an der Uni Hannover, nämlich, daß bei einer Maximalleistung von 16 atü Druck am Ausgang des Rohres der Wasserstrahl in 3 m Entfernung mit einer Kraft von 25 kg auf eine Fläche von 10 qcm knochenbrechend wirkt, haben anscheinend keine Eindrücke auf die Politiker machen können.

Daraufhin von den Grünen aufgefordert, Einsatzlinien bzw. Vorschriften an die Polizei weiterzugeben, lehnt Möcklinghoff jedenfalls ab. Er geht sogar noch weiter und erdreistet sich, trotz vieler Zeugen, die belegen, daß die Wasserwerfer aus 4-6 m eingesetzt worden wären, zu behaupten, die Entfernung hätte 15-30 m betragen.

Fazit: der Einsatz war also rechtmäßig, klare Einsatzlinien, welche garantieren, daß der Einsatz der Wasserwerfer keine Verletzungen bei Demonstranten verursacht, wird es nicht geben, und zwar, um das Demonstrationsrecht zu schützen.

Begründet und belegt man solche Machenschaften, so wird gelogen, abgeleugnet oder nur blöd gelacht. So ging es jedenfalls auf dieser besagten Landtagssitzung zu, solange es um den Tagesordnungspunkt Wasserwerfer ging. Unruhe, abqualifizierende Zwischenrufe begleiteten die Debatte und bei einer solchen Stimmungsmache scheinen sich die drei Parteien dann auch mal einig zu sein. So war es denn auch kein Einzelfall, daß sich - während die Grünen die verursachten Verletzungen darstellten - der CDU-Abgeordnete Kuhlmann bei diesen Schilderungen zu dem hochqualifizierten Zwischenruf " Bravo " animiert fühlte. Dies wurde auch von einem DPA-Korrespondenten bestätigt.

Im übrigen rät Möcklinghoff " friedlichen " Demonstranten, ihre Demonstration an einem anderen Ort durchzuführen, z.B. in Gorleben auf dem Kinderspielplatz.

Vielen Dank !!!

Gorleben sucht Zeugen

Gorleben, 4. September 1982:
Wir suchen Leute, die den **Wasserwerfereinsatz** während der 1. und 2. Blockade beobachtet haben, die den gesamten Ablauf der beiden Blockaden beschreiben können, die gesehen haben, wie Leute verletzt wurden, die bezeugen können, daß der Wasserwerfer aus unmittelbarer Nähe und gezielt auf Leute gesprüht hat.
Bisher haben sich 6 Leute überlegt, Strafantrag zu stellen, ein Feststellungsverfahren einzuleiten und Schadensersatzansprüche geltend zu machen.
Es wäre wichtig, daß sich diejenigen melden, die ebenfalls verletzt worden sind.
Wer Bildmaterial hat: Setzt euch unbedingt mit uns in Verbindung !

Uelzen, 5. September 1982:
Bei der Knastdemo in Uelzen wurden ebenfalls Leute verletzt. Wir brauchen Zeugen, die gesehen haben, wie eine Frau von Wasserwerfern getroffen zu Boden stürzte. Die beiden Typen, die sie in den Hauseingang gebracht haben: Meldet euch !!
Außerdem ist gesehen worden, wie Leute in Fensterscheiben geschleudert wurden. Wer dazu Angaben machen kann, soll sich melden.
Es ist wichtig, daß jede-r, die/der irgendwelche Angaben zu den Wasserwerfereinsätzen in Gorleben und Uelzen machen kann, sich mit dem Ermittlungsausschuß in Verbindung setzt und zwar möglichst bald !

EA - Gorleben, c/o Grasnick,
3131 Dangenstorf 36, Tel.: 05883 / 712

DIE DOKUMENTATION ÜBER DIE WASSERWERFEREINSÄTZE IST ZU BESTELLEN BEI:

DIE GRÜNEN
VOLTASTRASSE 35
3000 HANNOVER 1

Schwandorf

Es ist 5 vor 12 !

Die Oberpfalz wegen ihrer kargen Nutzflächen auch Steinpfalz genannt, hat neuerdings eine weitere Namensvariation hinzubekommen, nämlich die "Atompfalz".
Die Oberpfalz war ein ruhiger Landstrich,ehe die DWK und mit ihr die bayrische Staatsregierung die Oberpfälzer auserkoren hatten, den ihr gebührenden"Anteil an der energiepolitischen Verantwortung" mitzutragen ("Umwelt-Minister Dick"). In der "Atompfalz" geht es allerdings seit einem Jahr so ruhig nicht mehr zu. Im Norden, in Mitterteich ist die eine Landessammelstelle für mittel- und schwachradioaktiven Müll (ca. 2/3 aus AKW's) geplant. Mitterteich läuft Sturm gegen diese und bei zwei Demos waren jeweils ca. 6.000 Mitterteicher anwesend, also praktisch jeder erwachsene Einwohner. Anfangs auf Abgrenzung nach aussen bedacht, kann man die Mitterteicher wegen ihrer regen Beteiligung an eigenen und fremden Aktionen und ihrem starken Interesse an regionalen Zusammenschlüssen als Bürgerinitiativprofis bezeichnen.
Ähnlich entwickelte sich der Widerstand gegen die geplante WAA im Raume Schwandorf,genauer in Wackersdorf, sehr schnell auf breiter Basis. Kurze Zeit nach Bekanntwerden des möglichen Standortes wuchs die Zahl der in BI's organisierten WAA-Gegner auf mittlerweile ca. 12000 Menschen, wovon alleine Schwandorf mit vielen Ortsgruppen ca. 6000 "Mitglieder" aufzuweisen hat. Eine Demo im Sommer brachte 15000 WAA-Gegner auf die Beine, und 10000 marschierten im nahen Regensburg anläßlich der bundesweit durchgeführten WAA-Demos im Herbst. Aber allein Zahlen taugen vielleicht für die konservative Tagerpresse, die nicht mehr umhin konnte, über diese Willensbekundigungen zu berichten. Jedoch schon eine in Schwandorf durchgeführte "Alternativ-Energie-Ausstellung" brachte ein Defizit von 11ooo DM, weil "nur" 3000 Besucher kamen und die Presse sich nicht besonders interessiert zeigte.
Lange Zeit wurde die Oberpfalz verschont von den Plänen der gewinn- und wachstumsgeilen Industriebosse aus Nord und Süd. Nun, da die Pläne der DWK zusehens scheitern, wurde auch die Oberpfalz entdeckt, wohl mit dem Hintergedanken, daß eine Bevölkerung ohne brisante politische "Probleme" kein oder wenig Protestpotential hat und somit übertölpelt werden kann. So ist es auch zu verstehen, daß ein Raumordnungsverfahren für drei Mikrostandorte um Schwandorf in nur sieben Monaten über die Schreibtische der Bezirksregierung hinwegflatterte, wo sonst der Bau einer Umgehungsstraße schon Jahre der Genehmigung und Beurteilung in Anspruch nimmt. Einige wenige Wochen später wurde das atomrechtliche Genehmigungsverfahren eingeleitet, schneller als an einem der anderen vorgesehenen Standorte sollen hier die Pläne konkretisiert werden, um der Bevölkerung, die zu großen Teilen gegen diese WAAnsinnsanlagen ist, keine Gelegenheit zu geben, sich durch einen Lernprozess zu emanzipieren und den Politikern in München und anderswo nicht die Entscheidung über ihre Zukunft zu überlassen. Solche Lernprozesse brauchen Zeit und ehe ein ganz normaler Bürger die Einsicht, daß mit ihm "Schindluder" getrieben werden soll, in Widerstand ummünzt, vergeht Zeit. Zeit des Abwägens, der Selbstinformation,der Aufklärung von Uninformierten, Zeit des Aufbaus von organisierten Bürgerinitiativen, Zeit der Auseinandersetzung über die möglichen und noch nicht möglichen Widerstandsformen, Zeit, innere Widersprüche zu diskutieren und und ....
Diese Zeit will die DWK nützen, um endlich die Füße auf den Boden zu bringen, und Strauß will keinen Erdrutsch riskieren, bei seinen sonst so treuen Oberpfälzern. Zeitgewinn und Ruhigstellen....
Der aus der Oberpfalz stammende Fraktionsführer der CSU im Landtag, Gustl Lang, wurde mittlerweile mit einem Ministersessel bedacht und der Schwandorfer Bürgermeister Kraus (CSU) und die Stadtratsmehrheit (CSU) werden, obwohl gegen die WAA, in Ruhe gelassen. Der Sprecher der Schwandorfer BI ist ebenfalls Mitglied der Schwandorfer CSU und dadurch dazu beitragen ein breites Spektrum der Bevölkerung gegen die WAA auftreten zu lassen. Aber entgegen Meldungen im SPIEGEL kann man nicht von einer Unmöglichkeit, **die WAA in der Oberpfalz zu bauen, sprechen, die Mitglieder in den BI's sind noch lange keine Bauplatzbesetzer.**

Zivilcourage

Angst vor den "Chaoten aus dem Norden" war anfänglich für viele auch aktive WAA-Gegner grund genug, sich nicht an Demos oder ähnlich "spektakulären" Aktionen zu beteiligen. Heute ist es die Angst, in den Strudel der eigenen "Zivilcourage" zu geraten. Und dabei passieren die kurioesten Sachen, so zum Beispiel bei der Aktion "Baumpatenschaften" am Sonntag nach der Bekanntgabe der Eröffnung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens :
Wie im Dachverband der oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA abgesprochen und zur Vorbereitung an die einzelnen BI's zurückgegeben, wanderten ca. 1000 WAA-Gegner durch den Wackersdorfer Forst um den Bäumen auf dem geplanten Baugelände einen wohlwollenden Besuch abzustatten und diese Bäume durch bunte Stoffahnen mit dem Namen und einem kleinen Spruch versehen unter den persönlichen Schutz desjeweiligen "Wanderes" zu stellen, also um kundzutun :"Dieser Baum soll nicht für eine WAA fallen, dafür trete ich ein !"
Nach der Aktion zu der vornehmlich Leute aus der Studentenszene Regensburgs erschienen und die ansässigen Schwandorfer sehr unterrepräsentiert waren, beklagte sich der Förster (oder Jagdpächter) des geschmückten Waldes bitterböse beim Sprecher des Dachverbandes der oberpfälzer BI's über die" Verschandelung " des Waldes und drohte bei Nichtentfernung der Fetzen geeignete Schritte an.(Mittlerweile ist ein Zahlbescheid eingegangen) Die "Fetzen" sind z.T. wieder an Ort und Stelle.
Einerseits Gegner der WAA und dazu als Förster von berufswegen u.a. mit dem Schutze des Waldes beauftragt, anderseits erkennt dieser Mann nicht,daß in einem Jahr oder noch früher der Wald den ersten Baumaßnahmen weichen wird und sich dann niemand mehr nach den "Fetzen" erkundigen wird. Dies alles wäre ja noch nicht so entscheidend, würde diese "Auseinandersetzungsform" sich nicht auch in den BI's widerspiegeln.

Zeit für Emanzipation

Da es natürlich auch eine stattliche Anzahl langjähriger Atomkraftgegner mit Erfahrungen aus Brokdorf und Gorleben und so weiter im hiesigen Raum gibt, zeichnet sich unter Umständen jetzt schon ein Konflikt zwischen aktionsbereiten und sehr, sehr vorsichtigen Bürgern ab, der nur dazu führen kann, daß F.J.S. und DWK sich die Hände reiben könnten. Wird dieser Lernprozess, der durchaus abläuft, aber eben seine Zeit braucht, wird dieser Wandel in der Bevölkerung nicht schnell genug voranschreiten, werden wir die erste WAA auf deutschem Boden hier in Schwandorf haben.
Daran wird die ohnehin sehr spärliche Unterstützung aus dem Norden der BRD dann auch nichts mehr ändern.
Bei uns ist also das Problem nicht "das Steinewerfen", sondern die Zeit, die Zeit für Emanzipation.

Jürgen Huber

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Kassel 5.-7.11.82

Zur 5. Bundeskonferenz der Anti–AKW–Bewegung kamen am 6. und 7. November ungefähr 400 Leute aus etwas mehr als 100 Bürgerinitiativen in Kassel zusammen – eine Teilnehmerzahl, die in etwa den (nicht allzu hoch geschraubten) Erwartungen entsprach. Spektakuläre Beschlüsse wurden ebensowenig gefaßt wie wegweisende Widerstandsperspektiven aufgezeigt; aber das stand auch gar nicht auf dem Programm. Vielmehr galt es, sich über die gelaufenen Herbstaktionen auszutauschen, sich einen Überblick über Stand und Manöver der herrschenden Atompolitik einschließlich der jüngsten WAA-Weichenstellungen zu verschaffen und nach Möglichkeiten zu suchen, der weiter zunehmenden Kriminalisierung zu begegnen. Daran gemessen – und weitergehende Ansprüche an **diese** BuKo zu stellen wäre Wunschedenken gewesen – war die Konferenz kein Mißerfolg. Daß 'nebenbei' sogar konkrete - Ergebnisse (Start der Energiebroschüren-Kampagne) und Resolutionen (z B zu den Grünen zu de WAA-Plänen u.a.) abgefallen sind, widerlegte jedenfalls die Spekulationen uber das womöglich bevorstehende Ende der Bewegung. Auch wenn sie längst nicht mehr **der** Nabel der (Widerstands-)Welt ist, wird sie dank ihrer relativen Organisiertheit, ihrer Strukturen und ihrer Erfahrung auf absehbare Zeit eine bedeutende Kraft im Lande bleiben, fähig weiterhin sowohl zu großen Mobilisierungen wie auch zu inhaltlichen Auseinandersetzungen mit ihren politischen Gegnern und Partnern.

Wie wenig Anlaß allerdings auf der anderen Seite zu freudigen Luftsprüngen über ein baldiges schwungvolles Come back besteht, wurde auf der BuKo gleichfalls deutlich.

Obwohl das Spektrum 'BBU/Grüne' und auch das der Gewaltfreien Gruppen, die ja an den meisten Standorten eine dominierende Rolle spielen und das Heft fest in der Hand haben, stark unterrepräsentiert war, spitzten sich die Kontroversen auch innerhalb des verbliebenen „Rest-Flügels" der Bewegung so sehr zu, wurden die Auseinandersetzungen z.T. mit solcher Schärfe und Verbissenheit geführt, daß gemeinsame Aktionen und gemeinsames politisches Handeln zumindest für die nahe Zukunft in Frage gestellt werden müssen. Nicht nur in der Frage der Widerstandsformen (wie zu erwarten), sondern auch bei Punkten wie unserem Verhältnis zum BBU oder der Energiebroschüre verhärteten sich die Fronten und wurden völlig aberwitzige Feindbilder aufgebaut: nicht mehr Atomindustrie und Staat, so schien es manchmal, sind länger unsere Hauptgegner, sondern entweder „die sich an keine Beschlüsse haltenden Autonomen" oder „der AKL mit seiner heuchlerischen Prozeßkampagne" sowie Jo Leinen höchstpersönlich.

Dieser Entwicklung, die auf Dauer nur zur Isolierung der verschiedenen Strömungen voneinander (und von anderen gesellschaftlichen Gruppen sowieso) und somit letztendlich zu politischem Sektierertum führen kann, muß ein Riegel vorgeschoben werden!

Um an zwei Beispielen zu verdeutlichen, was gemeint ist:

1. Ins Plenum, das am Sonntag stattfand, wurde von Teilnehmern der Arbeitsgruppe 'Verhältnis zu anderen Bewegungen' ein Resolutionspapier zum BBU eingebracht, das dessen Existenz(berechtigung) und real wichtige Funktion v.a. an manchen Standorten zwar nicht in Frage stellte, seine Machtpolitik (z.B. vor der Kalkar-Demo) und Ergüsse von einzelnen seiner Vorständler (z.B. den Aufruf zur Bildung eines 'Reformblocks' aus SPD, FDP und Grünen) jedoch massiv kritisierte (siehe Abdruck). Einige Autonome plädierten draufhin für Nichtbefassung des Textes, da der BBU **insgesamt** schädlich, spalterisch, „ein Wasserkopf", bürgerlich usw. sei, was eine Zusammenarbeit mit ihm **grundsätzlich** nicht länger möglich mache und er, der BBU, von daher aus der Bewegung herausgedrängt, bzw. rausgeschmissen gehöre.

Eine solche Position, die sowohl die realen Kräfteverhältnisse als auch die eindeutig positiven und unterstützungswerten Aktivitäten vieler BBU-Mitglieder – von Inge Ammon etwa zu den Brokdorf-Prozessen – schlichtweg ignoriert, **muß** zwangsläufig in die Isolation führen.

2. Die AGU Winsen, im Widerstandsgeschehen bisher nicht allzu sehr in Erscheinung getreten, verteilte auf der BuKo ein Flugblatt, in welchem die am 4.9. in Gorleben gelaufenen Aktionen nicht nur kritisiert, sondern diejenigen AKW-Gegner, die an diesem Tag an den Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt waren, als betrunkene, gewaltlüsterne Chaoten beschimpft wurden, mit denen es keine Gemeinsamkeiten gäbe und von denen sich die 'gewaltfreien' Bürgerinitiativen trennen müßten.

Bei Anerkennung aller ja wirklich vorhandenen Differenzen: So eine Art von 'Auseinandersetzung', die den Atombetreibern und Strafverfolgungsbehörden geradezu in die Hände spielt, darf einfach nicht hingenommen werden! (Das Flugblatt wurde auf der BuKo im übrigen auf Mehrheitsbeschluß der Widerstands-AG 'beschlagnahmt')

In das schon erwähnte Plenum flossen die Diskussionsergebnisse aus den fünf Arbeitsgruppen ein, die am Sonnabend getagt hatten. Zusätzlich zu den 3 vorher geplanten (AG Widerstand, AG Andere Bewegungen, AG Atom- und Energiepolitik) waren noch zwei weitere Gruppen eingerichtet worden: eine zu den aktuellen WAA-Standort-Entscheidungen und eine andere zum Zusammenhang zwischen militärischer und 'ziviler' Nutzung der Atomenergie.

Zu unseren Berichten im einzelnen:

Nach dem „Lagebericht aus Aachen" (von dort war niemand in Kassel; die AKW-Nein-Gruppe hatte stattdessen einen Beitrag geschickt), der die Situation und Stimmung in vielen Anti-AKW-Initiativen exemplarisch am Beispiel Aachen schildert, folgen unter den Überschriften der jeweiligen AG-Themen sodann

1. zur AG Widerstand ein Bericht von R. (BUU Hamburg), ein Beitrag von J. aus der Redaktion und der offene Brief der BuKo an die Gefangenen der Bewegung. Über die Kriminalisierung ist an anderer Stelle dieses Atom Express mehr zu lesen. Die Widerstandsfrage ist auch Hauptbestandteil der Artikel zu Schacht Konrad;

2. M. aus Berlin hat einen ausführlichen Artikel über die Diskussionen in der AG Atompolitik geschrieben, den wir leicht gekürzt abdrucken. Es folgen einige knappe Informationen zum Verteilungsbeginn der Energiebroschüre, als deren Herausgeber die 'BuKo 82' mit großer Mehrheit sich selber bestimmte;

3. Zum Thema 'Andere Bewegungen' veröffentlichen wir die beiden vom Plenum verabschiedeten Resolutionen zu den Grünen (mit großer Mehrheit angenommen£ und zum BBU (mit knapper Mehrheit angenommen);

4. Die Diskussion in der AG WAA-Standorte ist Grundlage des Artikels über Dragahn in dieser Nummer. Wir beschränken uns hier deshalb auf die vom Plenum verabschiedete Resolution;

5. In der AG Zivile und Militärische Nutzung ... wurde eine Vielzahl von Themen behandelt, so u.a. der Export von atom-technologischem Know-How in 3. Welt–Länder und die damit verbundenen Abhängigkeiten, die amerikanischen Munitionstransporte in Niedersachsen, die durch die BRD mitfinanzierte Produktion von Atombomben-Material in französischen Schnellen Brütern (vgl. hierzu die aktuelle Diskussion in TAZ, Spiegel u.a.). Als Beitrag zu diesem Themenkomplex verstehen wir den Artikel über Plutoniumanreicherung, der ebenfalls in diesem Atom Express zu lesen ist.

Reimar

Lagebericht aus Aachen

Liebe Genoss/inn/en!
Weil von unsrer auf etwa 10 Leute zusammengeschmolzenen Gruppe keiner zur BuKo kann (bzw. will), hier unser - Beitrag schriftlich:
1. Kriminalisierung: Bei uns gibt's viele Prozesse (wegen Häuserkampf, Parolenmalen gegen Iso-Folter etc.) und deshalb auch einen Ermittlungsausschuß, der im Mai mit uns, der AKW–Nee-Gruppe, zusammen eine Solidaritätsveranstaltung für die Brokdorf-Verfolgten gemacht hat: ganz gut besucht, aber keine konkreten Aktionsergebnisse. Immerhin fühlte sich sogar 'ne ganze (wenn auch kleine) Uni–VV von den Terrorurteilen so betroffen, daß sie Markus und Michael ihre Solidarität erklärte.
2. Für die **Anti-WAA-Demos** am 24. 7. in Cochem und 4. 9 . in Kaisersesch (von Aachen ca. 140 km) haben wir trotz solider Mobilisierung (zumindest für'n 4. 9 .) nur ca. 25 Leute hinkriegen können. Durch Artikel in der alternativen Stadtzeitung versuchten wir, daß Kaisersesch wie Kalkar zum 'Begriff' wird für die Bewegung, ist aber noch nicht. Vielleicht ändert sich's jetzt, wo etwas weiter westlich in die Südeifel Cruise Missiles sollen, den Punkt müssen wir noch mit unseren Friedensgruppen besprechen. Nach Kalkar haben wir auch zusammen mit der AFI (wo die undogmatischen Aachener Friedensaktivisten drin sind) mobilisiert: 3 Busse. Der Frust dieser Latschdemo – und das militante Geplänkel war ja nun auch sehr oberflächlich – war bei den einzelnen verschieden stark, richtig toll fand's, soweit ich weiß, keiner. Phantasievolle Aktionen sind da schwierig, wo man, um Bauzäune, Strommasten, Zulieferfirmen etc. zu behelligen, erst ziemlich weit fahren muß. Was in der eigenen Stadt geht, beschränkt sich oft auf künstlerisches und Symbolisches, was bei uns aber erst des besseren Zusammenwachsens der durch Leutewechsel und abwechselnden Frust und von außen an uns rangetragenen Rödelphasen bedarf. Andere Aachener Öko–Bi's wie die Fahrrad–Ini haben's da leichter (Radwegebemalen und so, was wir natürlich mitmachen können.
3. Friedensbewegung: Schon ein paarmal sind wir bei Veranstaltungen, in Infos usw. ausführlich auf die Zusammenhänge und die Forschungsgeschichte eingegangen und werden wohl auch für den 12.12. mit zur Blockade des Pershing-Standortes Arsbeck (bei Mönchengladbach) aufrufen, vorher aber versuchen, den Friedensgruppen unsere Erfahrungen mit ähnlichen Aktionen zu vermitteln, damit die Teilnehmer nicht wieder einmal naiv und unvorbereitet in eine brenzlige Lage reintappen.
4. Schon im Juni haben wir Kontakt zu den ländlichen Bi's um Kaisersesch aufgenommen, auch mit dort einheimischen AKW-Gegnern verschiedenen Alters offen und locker geredet. Als aber am 4. 9. die Demo geschlossen ungenehmigt zum DWK-Büro abdrehte und da ein bißchen rumbrüllte (für was anderes waren zuviel Bullen davor), machten einige Funktionäre der kleinstädtischen Bi Kaisersesch uns, die Trierer u.a. großstädtische Auswärtige dafür verantwortlich und zeterten hektisch durchs Mega. Die Bauern und andere Dorfbewohner zögern dagegen nicht, in brillianten Aktionen der DWK ihr Propagandamaterial zu klauen, ihr Mist zu servieren usw.
5. Eine umfassende Stellungnahme zur **Energiepolitik** durch die Öko-Bewegung ist gerade für unsere Ecke sehr wichtig, da hier ja Stein- und Braunkohle samt ihren Gefahren eine große Rolle spielen. Gegen den Sauren Regen läuft hier noch nichts konkretes (was im AE stand über die Ungefährlichkeit der Wirbelschichtfeuerung, wurde hier von Genossen mit technischer Ahnung bestritten ...). Gegen die gewaltigen Risiken des Tagebaus im Hambacher Forst gibt es seit längerem eine Gruppe, die auch mit denen der Tagebauregion zusammenarbeitet, Fahraddemos usw. macht. An der Erftschiene, wo noch mehr Kohlekraftwerke und Kohlever-

gasungsanlagen und langfrsitig HTR's geplant sind, gibt's einige neue BI's, zu denen wir auch Kontakt haben. Die Energiebroschüre muß unbedingt auch kurzfristige Forderungen wie „Rauchgasentschwefelungsanlagen für **alle** Kohlekraftwerke" usw. enthalten. Die kann bei uns auch nur verteilt werden, wenn sich sie anderen Öko-Gruppen daran beteiligen.
6. Tihange II in Belgien (von Aachen ca. 65 km) ist trotz der Risse à la Fessenheim jetzt in Betrieb. Bei den Belgiern um Lüttich herum ist's auch schlapp und v.a. furchtbar zerstritten. Das frustet uns, die wegen der Grenze und der anderen Sprache noch mehr von deren Widerstand abhängig sind, natürlich. Für Tips anderer Grenz-BI's wären wir dankbar.
7. Wer was wissen will über die HTR--Weichensteller, soll uns fragen.
8. Die Aachener **Grünen**, zumindest die Funktionäre, sind sehr oberflächlich und abgehoben. Jetzt gründet sich bald wohl 'ne GAL. Ansonsten sind viele bei uns antiparlamentaristisch eingestellt.

Viele Grüße

AKW–NEE-Gruppe Aachen
c/o Öko–Zentrum
Charlottenstraße 6
51 Aachen

Arbeitsgruppe Widerstand

Arbeitsgruppen-Protokoll

Zunächst wurde von den Demonstrationen vom 4.9. (WAA-Standorte und Gorleben), 2.10. (Kalkar) und 30.10. (Schacht Konrad) berichtet – von Vorbereitung und Durchführung, dabei muß noch betont werden, daß es im Rahmen der großen Aktionen kleinere gab, die in der Öffentlichkeit nicht eine so große Rolle gespielt haben, die aber im Zusammenhang mit den Demonstrationen stehen. So wurden am 10.9. in Lübeck zwei von den Wasserwerfern, die in Gorleben die schweren Verletzungen verursachten, bei der Herstellerfirma völlig zerstört. Eine Gruppe UHU hat vor der Kalkar-Demo die Türschlösser der RWE verklebt. Ferner wurden auf INTERATOM und GRS (Gesellschaft für Reaktorsicherheit) in Bensberg und Köln am 1.10. Anschläge verübt. Am 1.11. wurde ein Strommast, dessen Leitung ausschließlich die Kalkar-Baustelle versorgt, gesprengt.
Die Diskussion bezog sich im wesentlichen auf die Aktionen in Gorleben, Kalkar und Schacht Konrad. Es wurden Fragen aufgeworfen, die im Zusammenhang mit den Aktionen aufgetaucht sind. Auch wenn nicht zu allen Fragen diskutiert wurde und zu anderen längst nicht endgültige Klarheit entstand, so können sie doch zu weiteren Diskussionen anregen.

1. Was sind die Ziele unseres Widerstandes?
Es kamen Vorschläge, nicht nur die Atomanlagen selbst, sondern auch ihre politische und technische Umgebung (Behörden, Betreiber und Firmen) miteinzubeziehen.

Ist die Anti-AKW-Bewegung eine 'Ein-Punkt-Bewegung'?
Hierüber und über den Zusammenhang zur Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung wurde schon auf der Bundeskonferenz in Bremen gesprochen. Es kamen Berichte, daß sich BI's auch mit den Waffen- und Munitionstransporten beschäftigen (z.B. in Bremen). Darüberhinaus wurde die Meinung geäußert, daß die Anti-AKW-Bewegung in der Auseinandersetzung vor Ort wirtschaftspolitische Zusammenhänge mit einbeziehen muß, d.h., die Fragen, wozu dient die betreffende Atomanlage (z.B. Industrialisierung), welche Rolle spielen bestimmte Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur (Autobahnen). Auch wurde angeregt, darüber nachzudenken, daß das Abwandern von aktiven Leuten aus den BI's in andere politische Bereiche (v.a. Friedensinitiativen) nicht zur Schwächung, sondern zur Bereicherung der Anti-AKW-Bewegung führen kann.

Welche Rolle hat die SPD in der Oppositionsrolle für uns?
Hierüber wurde nicht weiter gesprochen.

Welchen Maßstab setzen wir für das Gelingen von Aktionen an, mit welchen Zielsetzungen rufen wir zu Aktionen auf?
Dieser Punkt war eines der Hauptthemen. Zunächst einige Stichworte, die in der Debatte fielen, die nicht gegeneinander stehen müssen und die völlig unterschiedlich gewichtet wurden: Schaffen von Öffentlichkeit, Nähe zum Bauzaun, Massenhafte Regelverletzung, Lust am Widerstand, Sachschaden, Verbreiterung der Bewegung, Radikalisierung der Aktionsformen, Erschütterung der Loyalität großer Teile der Bevölkerung.
Grundlage der Diskussion war vor allem die Erfahrung mit den letzten Demonstrationen, die zumindest teilweise an Teilnehmerzahlen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Außerdem mußte berücksichtigt werden, daß es einerseits bei vielen Leuten zu einer Radikalisierung der Aktionsformen bzw. bei anderen zu einer positiven Einstellunggegenüber z.B. Steinewerfen gekommen ist, daß aber andererseits auch viele deswegen und wegen zu befürchtenden Unsicherheiten (Bullenübergriffe, Festnahmen, Verletzungen), aber auch wegen Zweifeln an der weiteren Perspektive solcher Aktionen weggeblieben sind. Gerade an diesem Punkt blieben viele Fragen offen.

5. Verhältnis von Großaktionen und kleineren Aktionen.
Kleinere Aktionen in überschaubaren Gruppen sind besser zu planen und durchzuführen, egal ob gewaltfrei oder nicht, ob legal oder illegal, und es braucht sich vorher kaum politisch auseinandergesetzt zu werden. Andererseits erreichen größere und gemeinsame Aktionen mehr Menschen und Öffentlichkeit.

Brauchen wir künftig für gemeinsame Aktionen Absprachen, an die sich alle halten (z.B. über politisches Ziel, Zeit, Ort, Angriffsziele, Hilfsmittel, Leitung, Koordination)**?**

7. Sind verschiedene Aktionsformen nebeneinander in einer Aktion möglich ('Einheit der Vielfalt')**?**

8. Sind (angesichts der Erfahrungen vom 30.10.) **Bündnisse z.B. mit den Grünen für Aktionen möglich?**
Die Punkte 6. bis 8. wurden ausführlicher besprochen. Die Einschätzung insbesondere der Konrad-Demo war bezüglich dieser Fragen sehr unterschiedlich: Einige sahen sich darin bestätigt, daß gemeinsame Aktionsformen nebeneinander nicht mehr praktiziert werden können, andere sahen positive Ansätze für die 'Einheit in der Vielfalt' verwirklicht, die es auszubauen gilt, ohne die ganze(n) Aktion(en) als Erfolg einzuschätzen, während wieder andere die Demo als gelungene Sache bewerteten – mit einigen Mängeln (Rückzug usw.).

Werden unsere Aktionen für die Gegenseite immer kalkulierbarer und damit wirkungslos?
Kalkar einerseits und Gorleben bzw. Konrad andererseits haben durchblicken lassen, daß wir in vielen Punkten von der Polizeistrategie abhängen (weiche Welle in Kalkar, harte Welle bei den anderen Aktionen). Über diesen Punkt wurde nicht weiter gesprochen.

10. Sind Verhaftungen bei Aktionen in Zukunft unausweichlich und unabhängig von unserer Demonstrationsstrategie und lediglich abhängig von der Bullenstrategie?
Es wurde betont, daß der Kriminalisierung nicht nur durch öffentliche Kampagnen begegnet werden muß, sondern auch dadurch, daß die Betroffenen nicht das Gefühl bekommen, man läßt sie im Knast alleine und dadurch, daß an unserem weiteren Widerstand festegehalten wird. – Über die Kriminalisierungsdiskussion wurde vor dem Plenum gesondert berichtet.

R., BUU Hamburg

Kleine Einschätzung

Freilich sollte es jetz nicht heißen wir wollen 2,3 ganz viele Schacht Konrads; denn die Formen Illoyalität zu demonstrieren sind vielfältig und in jeder Situation neu zu diskutieren. Wenn in Kaisersesch tausende Einheimische ihren Protest in einem Volksfestcharakter auf die Straße tragen, so ist dies für eine solche Region auch als EErfolg zu werten, wo weite Bevölkerungsteile Demonstrationen schlechthin als Chaotentum ansehen.
Über den Einfluß des BRD-Atomprogramms auf Veränderungen in der Gesellschaft, den Arbeitsbedingungen und der Infrastruktur wurde nicht näher eingegangen. Die Anregung -insbesondere im Hinblick auf Verbreiterung der Bewegung- die AKW-Problematik nicht isoliert von Militarismus und der Umstrukturierung der Industriegesellschaft zu sehen, wurde von Anwesenden nicht wahrgenommen. Der ATOMEXPRESS wird hierzu aber zwei Abhandlungen in Kürze abdrucken

Die Mehrheit der anwesenden BI-Vertreter sahen die Funktion einer Großdemo nicht im bloßen Füße zählen. Vielmehr geben solche Aktionen die Möglichkeit den Vertrauensschwund, bzw. -bruch mit dem Staate zu demonstrieren. Diese Illoyalitätsdemonstration ist um so eindrucksvoller, je weniger sie von Distanzierugshickhack und Passivität der Massen begleitet wird. Dies setzt - voraus, daß im Vorfeld von Aktionen deren Konzept- leider ist oft nur keines vorhanden -deren Konzept breit und offen diskutiert werden muß. Die konspirative Kleingruppenaktion, die nicht in ein Konzept eingebettet ist, erweist sich als nachteilig; die damit verbundene Unsicherheit, führte bei vielen dazu, keinen Bock mehr auf Demos zu haben, bei anderen bewirkte sie wieder eine Äktschen-Neugier, die die eigene Phantasie zu Aktivitäten oft im Keime erstickte.
Unter den oben genannten Gesichtspunkten wurde die Demonstration am Schacht Konrad (30.10.82) als Erfolg gewertet.

Die Arbeitsgruppe **Widerstand war hoffnungslos überfordert ihren Themenkomplex auszudiskutieren. Den über 100 Teilnehmern gelang es nur den Bereich Kriminalisierung halbwegs befriedigend abzuhandeln. Perspektiven für den weiteren Widerstand konnten nicht mal angesprochen werden, zu sehr nahm die Auswertung der Aktionen an den WAA-Standorten, in Kalkar und am Schacht Konrad die Zeit in Anspruch.**
Leider wurde oft rein technisch und nicht politisch diskutiert. Wie ein Rückzug zu organisieren sie,schien einigen wichtiger zu sein, als die Funktion von Demos zu klären.
Hier zeigte sich auch bei vielen Gruppen eine Engstirnigkeit: so wurde zum einem über die Demos in Schwandorf, Kaisersesch und Frankenberg fast nicht diskutiert, sogenannte Latschdemos schienen es nicht wert zu sein auf ihren Erfolg oder Mißerfolg hin analysiert zu werden, zum anderen gab es Behauptungen, daß die sog. Gewaltfreien bei ihren Aktionen gut auf die sog. Militanten verzichten könnten, aber dies umgekehrt wohl nicht der Fall sei.
So wurde die Vermutung erzeugt, daß für manche Widerstand auch eine große Portion Selbstzweck enthält.

Arbeitsgruppe Atompolitik

zur energiepolitischen Lage

Ausgangspunkt der Diskussion war die noch von der alten Koalition vorgelegte 3.Fortschreibung des Energieprogramms und das Energieforschungsprogramm bis 1985. Mit diesen beiden Papieren wurden die Weichen gestellt und die Wende für einen verstärkten Ausbau der Atomenergie eingeleitet. Die 3.Fortschreibung ... verzichtet erstmals ungeschminkt auf alle Floskeln wie die »Deckung des Restbedarfs« an Energie durch AKWs und erklärt die Atomenergie für unverzichtbar.

Daß diese Wende nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch vollzogen wird, deutet sich an. Der westdeutsche Bergbau wehrt sich bereits dagegen, daß der immer wieder beschworene Vorrang der Kohle endgültig aufgegeben worden ist. Auch rein zahlenmäßig läßt sich der neue Atomkurs ablesen. Vorraussichtlich wird 1982 der Atomteil der Atomenergie an der Stromerzeugung erstmals bei 20% liegen. Gleichzeitig werden alle anderen Energieträger zurückgenommen , Kraftwerke teilweise stillgelegt. ...

Den GAU abgeschafft

Die 3.Fortschreibung fordert die Bereitstellung von umgerechnet 14 weiteren AKWs vom Biblis-Typ bis zum Jahr 1995. Damit soll der Atomstromanteil am Gesamtenergieverbrauch von jetzt vier auf 17% erhöht werden (nicht zu verwechseln mit dem Gesamtstromverbrauch). Dies ist indes nur über ein »vernünftiges Investitionsklima« zu erreichen, also über eine Verkürzung der Bauzeiten, ein Zurückschrauben der Sicherheitsansprüche und eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren. Mit der Reduzierung des Sicherheitsstandards ist schon unter Innenminister Baum, der gerade als entschlossener Umweltschützer überall gefeiert wird, begonnen worden. Unter Baums Anleitung wurden die Leitlinien zur Reaktorsicherheit verändert und dabei unter anderem der GAU (größte anzunehmende Unfall) schlicht abgeschafft. Ein vollständiger Bruch der Kühlmittelleitung wurde per Beschluß als ausgeschlossen erklärt und stattdessen nur noch ihr Anriß als größtes mögliches Schadensausmaß bei der Auslegung von Atomkraftwerken berücksichtigt. ... In denselben Leitlinien zur Reaktorsicherheit wird die Annahme, daß bei einem GAU 100% der Brennelementhüllrohre beschädigt werden, auf 10% gesenkt.

Wem dies nicht nachvollziehbar, weil »zu technisch« erscheint, der wird zumindestens beim nächsten Punkt aufhorchen. In Kassel wurde bekannt, daß auch die Sicherung der AKWs gegen Flugzeugabstürze aufgegeben werden soll. Unter dem Motto »Zurück zum Realismus« wird intern über diese Möglichkeit bereits diskutiert. Hintergrund: die Auslegung der AKWs gegen Flugzeugabstürze kostet »wahnsinnig Geld«. Die bisher 2 Meter dicke Reaktorkuppel könnte dann auf 60 cm verringert werden und auch bei der Fundamentierung würden zig Millionen eingespart. Fazit der Sicherheitsdiskussion: Während Frankreich und die USA die Sicherheitsanforderungen erhöhen, werden sie in der BRD abgebaut. ...

Als erste Reaktoren der sogenannten Baulinie 80 werden die Meiler in Ohu und Lingen, deren Bau seit einigen Wochen läuft, erstmals nach reduzierten Sicherheitsstandards gebaut. Die Baulinie 80, also die Standardisierung von Atomkraftwerken, macht der Kraftwerksunion als Hersteller aber noch einige Schwierigkeiten. Wie in Kassel berichtet wurde, wehrt sich der TÜV bisher noch erfolgreich gegen die Abschaffung einer standortspezifischen Begutachtung. Die KWU will eine einmalige Begutachtung erreichen, die dann für alle kommenden baugleichen AKWs übernommen wird, unabhängig vom jeweiligen Standort. Durchgesetzt hat die KWU bisher nur ihre Forderung nach zeichnungsgleichen Reaktoren, womit sie künftig Zeit und vor allem Geld sparen wird. Nach dem Baubeginn in Ohu, Lingen und jetzt auch in Neckarwestheim muß noch in diesem Winter mit der Baufreigabe für Biblis C gerechnet werden, die bisher von Börner wegen der Verhandlungen mit den Grünen noch zurückgehalten worden ist. Als fünftes AKW in der Baulinie 80 wird Wyhl erwartet, als weitere Folgeobjekte wurden Hamm genannt (Antrag ist bereits gestellt), Pfaffenhofen (wo sich allerdings der Widerstand sehr günstig entwickelt; Schützenvereine und katholische Kirche machen gegen die Atom-Pläne Front), Vahum (bei Kalkar), Borken (in Hessen), Neupotz (Baden-Württemberg) und Pleinting (Bayern).

Export von Atomanlagen

Die Offensive der Atomindustrie im Inland muß auch im Zusammenhang mit dem zunehmend ungünstigeren Auslandsmarkt gesehen werden. So wurden in Kassel die Exportchancen für die westdeutsche Atomindustrie als sehr gering angesehen, weil die AKWs mit Baukosten von jetzt 6 Milliarden DM für die sogenannten Schwellenländer einfach nicht mehr finanzierbar sind.
Gegenwärtig konkurrieren international 6 Anbieter auf dem atomaren Exportmarkt, der für die westdeutsche Kraftwerksunion in absehbarer Zeit keine großen Geschäfte abwerfen dürfte. Das Atomgeschäft mit Brasilien, das sich dabei finanziell übernommen hat konnte nur schwer eingeschätzt werden. Bisher werden in

Brasilien zwei AKWs gebaut, wieviele von den geplanten acht Meilern tatsächlich errichtet werden, ist noch fraglich. Anders sieht es mit den »Mini-AKWs (50-200 Megawatt)« aus. Verschiedene Länder, zuletzt National-China, haben Interesse angemeldet, da mit diesen kleinen AKWs vor allem auch Akzeptanzprobleme zu brechen sind. ...

Entgegen den bisherigen Sicherheitsbestimmungen könnten die »Kleinen« dicht an die Städte gelegt werden und - ökologisch progressiv - durch Wärme-Kraft-Kopplung die angrenzenden Stadtgebiete mit Heizwärme versorgen. Alle großen Hersteller haben die Mini-AKWs inzwischen im Angebotsprogramm.

Schneller Brüter

Hängt auch der Weiterbau des Schnellen Brüter - entgegen allen kapitallogischen Gesetzen - mit der Hoffnung auf Exportchancen dieser technologie zusammen? In der Diskussion um den Brüter wurden im wesentlichen drei Gründe genannt, die trotz der irrsinnigen Kosten, technischen Schwierigkeiten, der wachsenden öffentlichen Kritik und dem Fehlen jeglicher Nachfolgeobjekte den Brüter vor dem Abriß retten:

- Das Aufgeben dieser Technolgie wäre ein schwerer psychologischer Knacks und Imageverlust für die Atomindustrie und ihre Lobby.
- Die eigens zum Brüterbau gegründete INTERATOM und nochmals etwa 1000 Leute im Kernforschungszentrum Karlsruhe sind ausschließlich mit dem Brüterbau beschäftigt und stellen eine mächtige Lobby dar.
- Da der Brüter als konkurrenzfähiger Stromlieferant noch für Jahrzehnte ausscheidet (herkömmliche Druckwasserreaktoren sind erheblich billiger) scheint seine militärische Nutzung als Plutonium-Lieferant die einzig sinnhafte Möglichkeit.

(Anmerk. d. Red.: ein weiterer Punkt dürfte die Tatsache sein, daß aufgrund der eingegangenen Verträge ein Baustop oder sogar Abriß keineswegs billiger kommen würde, als die Fertigstellung)

Hamburger Verhältnisse

Über die Situation in Hamburg und die Chancen, mit dem Ausstieg aus der Atomenergie dort ein Signal zu setzen, wurde ausführlich und teilweise kontrovers diskutiert. Während einerseits der GAL vorgeworfen wurde, sie ... rücke von der Forderung nach dem »sofortigen Ausstieg« ab, wurde andererseits festgestellt, daß ein sofortiges Ausknipsen der AKWs Stade und Brunsbüttel (liegt zur Zeit sowieso still) noch kein Ausstieg aus der Atomenergie bedeutet, wenn man stattdessen aus benachbarten Versorgungsgebieten Atomstrom »importiert«. Ein eigenes Energiekonzept für Hamburg und der Zubau von »vernünftigen kleinen Kraftwerken« wurden deshalb für unverzichtbar erklärt, ohne allerdings von der Forderung eines sofortigen Ausstiegs abzurücken.

In mehreren Städten der BRD sind alternative Energiekonzepte bereits entwickelt worden, z.B. in Tübingen, Stuttgart, Basel, Mainz, Saarbrücken, Bielefeld und Berlin. Diese kommunalen Energiekonzepte basieren auf einer Bestandsaufnahme der Daten und der Errechnung von Einsparkapazitäten. Die BIs sollten in ihren Städten verstärkt solche Alternativ-Konzepte vorlegen, um damit weg vom nur militärisch-strategischen Denken wieder mehr konkrete politische Arbeit zu leisten («auf die Demo fahren allein genügt nicht«).

Das Nadelöhr ist breiter geworden

Die Einschätzung der Entsorgungsproblematik überraschte: Während in der Vergangeheit immer wieder diskutiert wurde, ob AKWs in der BRD abgeschaltet werden müssen, weil der strahlende Abfall den Betreibern bis zum Hals steht, wurde dies in Kassel anders gesehen. Danach hat sich inzwischen die Situation entspannt, die (papierne) Entsorgung scheint durch zusätzliche Lagermöglichkeiten gesichert, auch wenn die Wiederaufbereitung und Endlagerung weltweit nicht vorankommt. Die Fertigstellung des Gorlebener Zwischenlagers im nächsten Jahr, aber auch zusätzliche Lagermöglichkeiten in Winscale (Großbritannien) durch die dortige Einführung der Kompaktlagerung (engere Lagerung) und in La Hague durch die neuen Lagerbecken im erweiterten Teil der WAA eröffnen der Atomindustrie zusätzliche Möglichkeiten, den Atommüll zu stapeln. Zudem soll mit einem neuen Trick der hochradioaktive Müllberg verringert werden. Was in Biblis in diesem Jahr bereits angelaufen ist, wird künftig wohl auch in anderen westdeutschen AKWs praktiziert: Statt bisher 3 Jahre wird die Standzeit der Brennelemente auf 5 Jahre verlängert. Die radioaktiven Konzentrationen werden dadurch allerdings so hoch, daß diese Brennelemente in La Hague nicht mehr zur Wiederaufbereitung abgenommen werden. Öffenbar nimmt man dies aber zugunsten einer Verringerung des hochradioaktiven Atommülls in Kauf.

Da die Atommüllager, über deren Verhinderung das gesamte Atomprogramm zu stolpern schien, ihre Funktion als Nadelöhr und Knackpunkt vorläufig verloren haben, treten jetzt die »politischen Nadelöhre« in den Vordergrund, die sich z.B. durch die Hamburger Verhältnisse ergeben haben.

Akzeptanzforschung

Die Atommafia arbeitet in den letzten Jahren verstärkt mit Soziologen und Psychologen zusammen. Unter anderem haben die Siemens AG, die Kernforschungsanlage Jülich, aber auch das Batelle-Institut sozialwissenschaftliche Arbeiten zum »Konfiktfeld Energie« vorgelegt. Insgesamt existieren ganze Fluten von Veröffentlichungen über die Akzeptanzproblematik der Atomenergie. Diese Berichte bestätigen eigentlich den Erfolg der Bürgerinitiativen, die es geschafft haben, die Gefahrenpotentiale der Atomenergie überall bewußt zu machen. 70% aller Versuchspersonen, die ein Präperat mit »kerntechnischen Essenzen« schluckten (das Präperat war in Wirklichkeit völlig neutral) zeigten Wirkung und beklagten eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes.

»Die Ergebnisse der Akzeptanzforschung laufen uns ständig über den Weg«, wurde in Kassel gesagt. Die verstärkte Argumentation mit Arbeitsplätzen, die angeblich an den Ausbau der Atomenergie gekoppelt sind oder die »saubere Atomenergie« als Retter des deutschen Waldes sind Beispiele dafür. Eine andere Strategie der Betreiber als Ergebnis ihrer Akzeptanzforschungen drückt sich im Anwerben kritischer Wissenschaftler aus, die in die Planung von Atomanlagen mit einbezogen werden sollen, um so eine »demokratische Endscheidungsfindung« zu legitimieren.

M., Berlin

Betr.: AG Akzeptanzforschung
Das konstituierende Treffen der auf Initiative der Atompolitik-Gruppe entstandenen AG ist am 18. und 19.12. in Marburg. Alle Interessierten sollen bitte ihre Wünsche anmelden. Von den Koordinatoren wird Literatur und Material an die Leute versandt, die sich in Kassel in die Listen eingetragen haben.
Kontakt:
Rainer Nickel
Auf der Boine 12
3572 Amöneburg
Tel. 06424/2112

AG »Andere Bewegungen«

Energiebroschüre aktuell

Vom Plenum der Bundeskonferenz wurde die 'Energiebroschüre' in Form und Inhalt verabschiedet – Herausgeber ist demnach die gesamte Anti-AKW-Bewegung.

Momentan arbeitet eine Werkstatt an den Lithographien (das sind die Druckvorlagen); nach langer Suche ist eine Druckerei ausgewählt worden, wo bei einer Startauflage von 500 000 Exemplaren Druckkosten in Höhe von knapp 80 000 DM entstehen werden. Für die Lithographien müssen rund 10 000 DM bezahlt werden, und die laufenden Kosten für Telefon, Porto, Transport usw. sind gleichfalls mit 10 000 Mark veranschlagt.

Auf u nserem Konto wartet ein Guthaben von 60 000 DM. Mit einzelnen Landesverbänden und dem Bundesverband der Grünen laufen Gespräche über Stützkredite.

Wir werden jedoch erst dann endgültig den Druckauftrag vergeben, wenn alle zu erwartenden Kosten für die erste Auflage gedeckt sind!

Wir hoffen trotzdem, daß ab Ende Dezember die fertigen Broschüren von Kassel aus an die BI's verschickt werden können. Dabei sind wir von unserem ursprünglichen Plan abgekommen, in nur einer Region flächendeckend mit der Verteilung zu beginnen; vielmehr sollen diejenigen Initiativen mit der Erstverteilung anfangen, die schon konkrete Vorbereitungen zu ihrer Kampagne vor Ort getroffen haben. Meldungen liegen bisher aus Frankenberg, Neckarwestheim, einem Essener Stadtteil, Hamburg und dem Kreis Pinneberg vor.

Unabhängig davon bekommt **jede** BI bis zu 200 Exemplaren von uns zugeschickt. Das gilt auch für alle Einzelpersonen, die durch schriftliche Beiträge an der Erstellung der Broschüre beteiligt waren oder ihr Interesse bekundet haben.

Noch einmal der eindringliche Appell an alle, die über Gelder verfügen: Tragt durch Spenden oder Kredite dazu bei, daß nun endlich gedruckt werden kann!

Martin/R.

Informationen: **Koordinationsbüro Energiebroschüre, c/o Umweltzentrum Kassel, Elfbuchenstraße 18, 3500 Kassel, Tel. 0561/75307.**
Spenden: **Sonderkonto Energiebroschüre, KtoNr. 199'919, BLZ 520 501 51, Stadtsparkasse Kassel.**

Resolution zu den Grünen

Der energische Widerstand zahlreicher Bürgerinitiativen führte unter anderem zur Herausbildung grüner und alternativer Listen. Als Bundespartei werden die Grünen erstmals mit Erfolgschancen bei der nächsten Bundestagswahl kandidieren. Bei grundsätzlicher Gegnerschaft gegenüber den etablierten Parteien betont die Bundeskonferenz den autonomen Charakter der Anti-AKW-Bewegung auch gegenüber der Partei »Die Grünen«. Auf der anderen Seite gibt es inhaltliche Berührungspunkte und zum Teil auch personelle Verflechtungen mit den Grünen, deren Politik die Rahmenbedingungen unseres Widerstandes auch weiterhin beeinflussen wird. Mit wachsendem Einfluß der Grünen entwickelten sich innerhalb dieser Partei allerdings Positionen, die von den versammelten Anti-AKW-Initiativen abgelehnt werden.

1. Der Druck der etablierten Parteien führte bei Teilen der Grünen zu Überlegungen, daß Gewaltmonopol dieses Staates anzuerkennen. Diesem Druck nachzugeben und sich nicht weiterhin von dem Atomstaat und seinen Gewaltorganen zu distanzieren, würde einer weiteren Zusammenarbeit den Boden entziehen. Wir fordern die Grünen auf, deutlich, öffentlich und uneingeschränkt Solidarität mit allen staatlich verfolgten AKW-Gegnern zu praktizieren und die geplanten Aktivitäten zum Revisionsverfahren gegen Markus und Michael zu unterstützen. Wir erwarten, daß dies gerade in den bevorstehenden Wahlkämpfen geschieht.

2. Wir kritisieren alle Tendenzen, die darauf abzielen, unsere zentrale und sachlich wohlbegründete Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen zu verwässern zugunsten neuer Zeitpläne »für einen allmählichen Ausstieg aus der Kernenergie« (FR, 5.10.82). Wir halten es für weitaus angebrachter, deutlich zu machen, daß in diesem Land niemals Verhandlungen und Kompromißformulierungen gegenüber den etablierten Parteien, sondern ausschließlich der massive außerparlamentarische Widerstand Teilerfolge gegen das Atomprogramm erzielt hat.

3. Anläßlich der letzten Demonstration gegen den Schacht Konrad wurde von den Niedersachsen-Grünen alternativ und zeitgleich zu den von den örtlichen Bürgerinitiativen lange geplanten Aktivitäten die Durchführung eines Festes in der Nähe des Schachtgeländes beschlossen. Wir verurteilen dieses Vorgehen auf das Schärfste. Es spaltet unseren Widerstand und leistet einer Kriminalisierung von Demonstrationsteilnehmern Vorschub.

4. Um keine falschen Fronten aufkommen zu lassen: Wir halten gerade angesichts der bereits eingeleiteten AKW-Ausbau- und Kriminalisierungsoffensive von Betreibern und Staat eine enge Zusammenarbeit auch mit den Grünen für erforderlich und wünschenswert. Einen positiven Beitrag hierzu könnte unter anderem eine umfassende Informationsweitergabe sowie die stärkere Ausschüttung anfallender Gelder an eigenständige außerparlamentarische Initiativen sein.

(Mit überwältigender Mehrheit auf dem Plenum der Bundeskonferenz in Kassel bei ca 400 Vertretern von Bürgerinitiativen und Anti-AKW-Gruppen verabschiedet)

Protestresolution zu den jüngsten WAA-Standorten

Nach jahrelangem Hin und Her sollen nun - nach offensichtlicher Absprache zwischen den Regierungschefs der Bundesländer Niedersachsen und Bayern (Albrecht und Strauß) und der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) zur Zeit bundesweit vorrangig zwei Wiederaufbereitungsanlagen für abgebrannte Brennelemente gebaut werden: eine in Schwandorf und eine in Dragahn/Gorleben. Trotzdem werden die Pläne und Genehmigungsverfahren in Frankenberg und Kaisersesch weiter verfolgt.

Die Wiederaufbereitung ist der juristisch, technisch und politisch umstrittenste Teil des Atomprogramms. Deswegen haben sich an allen Standorten, die jemals im Gespräch waren, starke Widerstandsbewegungen dagegen entwickelt. Für Bayern stellte Ministerpräsident Strauß bereits vor Monaten klar, daß eine Wiederaufbereitungsanlage unabhängig vom Genehmigungsverfahren bei Schwandorf in der Oberpfalz gebaut wird (s. HAZ v. 6.2.82). Für Niedersachsen brach Albrecht sein vor drei Jahren gegebenes Wort, als er im Landtag erklärte, eine WAA sei im Landkreis Lüchow-Dannenberg »vom Tisch«.
Damals bereits betrachteten die Bürgerinitiativen diese Aussage als einen taktischen Schachzug, um Ruhe in den Landkreis zu bringen. Damit sollte eine bessere politische Durchsetzbarkeit für die geplanten End- und Zwischenlager er öglicht werden.
Mit der jetzt bekanntgewordenen Entscheidung Albrechts für den Standort Dragahn/Gorleben wird praktisch das ursprüngliche Konzept eines Nuklearen Entsorgungszentrums weiterverfolgt.

Diese beiden Wiederaufbereitungsanlagen sind die größten und gefährlichsten Industrieanlagen, die derzeit in der BRD errichtet werden sollen. Aufgrund der politischen und ökonomischen Situation in der BRD und der Machtverhältnisse in Bayern und Niedersachsen steht zu befürchten, daß die WAA-Pläne zügig und rücksichtslos durchgesetzt werden sollen. Die Bürgerinitiativen gegen Atomenergie kündigen ihren entschlossenen Wiederstand gegen diese Vorhaben an. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um die Wiederaufbereitungsanlagen zu verhindern und das gesamte Atomprogramm zu Fall zu bringen.

(Auf dem Plenun der Bundeskonferenz einstimmig verabschiedet)

Atomkraft-Nein-Danke
KALENDER 1983
ist wieder da!

Mit erweiterten inhaltlichen Schwerpunkten und neuer Aufmachung:

* *Umweltverschmutzung*
* *Antimilitarismus*
* *Energiepolitik*
* *Kriminalisierung*
* *Probleme der Dritten Welt*

und natürlich wieder mit umfangreichem Adressenteil, sowie Material- und Filmlisten.

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Erschienen im Gegenwind Verlag

Der Anti-AKW-Kalender 1983 kostet immer noch nur **6 DM.** Bürgerinitiativen und Buchläden erhalten den Kalender für 4,- DM incl. MWSt. Einzelbesteller für 6,80 DM incl. Porto.

Bestellungen an den Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Marienstr. 10, 3400 Göttingen.

Resolution zum BBU

Die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen stellt die wichtige Rolle des BBU für viele noch isolierte Bürgerinitiativen nicht in Frage. Sie kritisiert jedoch das politische Eingreifen und das Ausspielen von Machtpositionen in der Anti-AKW-Bewegung.
Diese Politik scheint auf einer Linie zu liegen, wie sie in den Äußerungen des BBU-Pressedienstes zum Ausdruck kommt. Dort heißt es z.B.: „Die Bildung eines neuen Reformblockes zwischen den zukunftsorientierten Kräften in der SPD, FDP und den Grünen könnte eine neue Basis für eine durchsetzungsfähige und glaubwürdige Regierungspolitik schaffen", um die „Gefahr der Unregierbarkeit noch einmal abzuwenden." An anderer Stelle begreift sich der BBU als „notwendiges Frühwarnsystem für bereits vorhandene fehlentwicklungen."
DieBundeskonferenz lehnt ein solches Selbstverständnis als Anhängsel von Parteien ab und betont die Selbständigkeit der Bürgerinitiativen. Als exemplarisch für ein von Parteiinteressen dominiertes Verhalten kritisiert sie das Vorgehen des BBU anläßlich der Kalkar-Demonstration; konkret: der BBU-Vorstand verhinderte durch massive Machtpolitik eine Position, wie sie die nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen erarbeitet hatten.
Vor allem das Verhalten von Jo Leinen erschwert es vielen Bürgerinitiativen, bei weiteren Aktionen eine Zusammenarbeit als sinnvoll anzusehen.
Die Bundeskonferenz ist der Ansicht, daß das Rotationsprinzip auch im BBU ein sinnvolles Instrument wäre, daß Vorstandsmitglieder grundsätzlich keine Funktionen in politischen Parteien ausüben und sich nur auf Vorschlag ihrer Bürgerinitiativen zur Wahl stellen sollten.

Anmerkung:
Auf den leserbriefseiten findet Ihr noch einen Nachbereitungsartikel zur BuKo von der BI Kassel.

Atomwaffen aus Atommüll

Was verheimlicht das Bundesforschungsministerium?

In den letzten Wochen wurde bekannt, daß der Schnelle Brüter in Malville in erster Linie den Rohstoff für das französische Atomwaffenprogramm beschaffen soll. Die BRD ist über einen intensiven Technologie-Austausch (auf 350 deutsch-französischen Brüterkonferenzen wurden über 1.400 Dokumente ausgetauscht) und über den halbstaatlichen Strom-Konzern RWE mit 16 % in Malville engagiert. Bombenreines Plutonium wird zukünftig nicht allein in den Schnellen Brütern anfallen. Mit Hilfe neuentwickelter Hochleistungslaser ist es neuerdings möglich, das im Atommüll ziviler Atomkraftwerke anfallende Plutonium zu „reinigen" und bis zur Bombenqualität anzureichern. (Ausführlich wird dies dargelegt im IFEU-Bericht Nr. 19 - „Atommüllbomben" -, der über's IFEU, Im Sand 5, 6900 Heidelberg zu beziehen ist)
Führend bei dieser Technologie sind neben den USA erneut die BRD, die sich dabei sogar eine Spitzenposition erobern konnte.
Bekannt, aber kaum öffentlich zur Kenntnis genommen, wurde, daß die BRD auch in diesem Zusammenhang wieder einmal engste Kontakte nach Südafrika pflegt.
In den USA ist es bereits in Vorbereitung, mit diesem Verfahren endgültig dem Problem des Atommülls zu Leibe zu rücken: Bis 1990 sollen, hauptsächlich aus Atommüll, 14.000 neue Atombomben produziert werden.
Speziell zu diesem Zweck soll die WAA Barnwell in Betrieb genommen werden. Zu den potentiellen Mitbetreibern dieser WAA gehört die DWK, deren Engagement in Barnwell auch die ehemalige Bundesregierung ausdrücklich „begrüßt" hatte. Begrüßt wurde damit folgende Option: Bei einem Atomkrieg in Europa vernichten uns nukleare Sprengsätze, hergestellt aus Plutonium, Made in Germany!
Der folgende Artikel wurde im August '82, also noch zur Amtszeit der alten Bundesregierung im „Arbeiterkampf" (Nr. 224) veröffentlicht.

Zur Herstellung von Atombomben werden Uranatome mit der Massenzahl 235 und Plutoniumatome mit der Massenzahl 239 gebraucht. Das U-235 taucht im Natururan nur zu 0,7 % auf. Für den Betrieb von AKWs muß es auf 3 %, für eine Atombombe auf 90 % aufkonzentriert werden.

Plutonium (Pu) 239 ist erst in einer Konzentration von über 94 % optimal waffentauglich. Das hängt damit zusammen, daß andere Plutoniumisotope entweder bereits nach ca. 12 Jahren zerfallen (pu-241), oder aber erst in größeren Mengen eine kritische (d.h. zur schnellen Kettenreaktion und damit zur Atomexplosion fähige) Masse bilden. Atomsprengköpfe sollen möglichst wenig Ballast tragen; man ist deshalb an einer möglichst kleinen kritischen Masse (in der Regel unter 5 kg) interessiert.

In optimaler Konzentration wurde Pu-239 bislang nur in militärischen Reaktoren produziert. Das in Leichtwasserreaktoren, den derzeitig gebräuchlichen AKW's, erzeugte Plutonium besitzt einen nur mäßig waffentauglichen Pu-239-Anteil von 55 %. **Für die Waffentechnik hochinteressant ist hingegen das Pu aus dem Brutmantel von Schnellen Brütern: dieses hat bei 96 % Pu 239 eine kritische Masse von 4,5 kg!** (1)

Im Zuge der atomaren Aufrüstung wurde in den letzten Jahren fieberhaft daran gearbeitet, über Laserbestrahlung schneller und billiger an Uran-235 und an Pu-239 zu gelangen. Mit Erfolg! An führender Stelle bei der Entwicklung dieser Methode, auf die sich sicher alle die stürzen werden, die schnell und billig Atombomben bauen wollen, steht ... die BRD!

BRD-Spitzenposition bei der Laserforschung

Zur Urananreicherung gehört eine sehr teure, aufwendige und komplexe Technologie, die bisher nur in großen Anlagen realisierbar war und nur von wenigen Staaten beherrscht wurde. Welche Bedeutung der Anreicherung beigemessen wird, mag folgendes Beispiel verdeutlichen: Bei der Degussa war Mitte der 60iger Jahre das sogenannte Zentrifugenverfahren entwickelt worden, das effektiver arbeitete als das bisher verwendete Gasdiffusions-Verfahren. Die *„Amerikaner befürchteten, daß man damit schneller als mit dem amerikanischen Verfahren in wenigen Stufen zu hochangereichertem Uran komme. Sie waren besorgt, daß so die Atombombe unerwünschten Außenseitern zugänglich würde. Deshalb verlangten sie eindringlich, daß dieses Zentifugenverfahren für geheim erklärt wurde. Als die amerikanische Forderung durchsickerte, gab es natürlich Aufregung an der Börse. Die Degussa Aktien stiegen daraufhin — ohne Hinzutun des Unternehmens — von ihrem damaligen Kurs, der etwa bei 750 bis 800 lag, auf 1500".* (2)

Die Laseranreicherung (siehe Kasten) bietet nun die Möglichkeit, in kurzer Zeit auf kleinem Raum und erheblich billiger als bisher reines Atomwaffenmaterial herzustellen. (3)
Die Erfindung und Erforschung von geeigneten Lasern erfolgte auf Anregung eines israelischen Forschungszentrums zunächst in den USA. Die ersten Patente zur Urananreicherung wurden 1972 in den USA angemeldet und sogleich unter Geheimhaltung genommen, was für das amerikanische Kapital bedeutete, daß es nicht weltweit den Profit aus diesem Verfahren einstreichen konnte.
„Die Rücksichtnahme der Amerikaner auf die Proliferationsgefahr" (4) durch die neue Lasertechnik wurde durch westdeutsche Firmen bestraft: Am 7.10.1974 meldete die Kraftwerksunion in Erlangen (KWU) ein Verfahren zur Isotopentrennung an, das am 8.4.1976

Das Prinzip der Laseranreicherung

Will man Uran 235 anreichern, d.h. den Anteil gegenüber anderen Uranisotopen erhöhen, wird das Uran erst einmal in eine gasförmige Verbindung mit dem gasförmigen Element Fluor überführt (UF_6 = Uranhexafluorid). Das Uran-Atom und die Fluoratome bewegen sich gegeneinander, d.h. sie schwingen, wie bei Kugeln, die mit Federn miteinander verbunden sind. Jede Verbindung und jedes andere Isotop (d.h. z.B. Uran 235 oder Uran 238) schwingt mit einer anderen Energie. Gelingt es nun eine Energiequelle zu bauen, die genau die Infrarotstrahlung abgibt, mit der die Uran-235-Hexaluorid-Verbindung abstrahlt, kann man damit genau diese Verbindung anregen bzw. abtrennen. Eine solche Energiequelle nennt man Laser. In den letzten Jahren ist das Problem gelöst worden, Infrarotlaser für beliebige Energiebereiche zu bauen. In der BRD besitzen die AEG/Telefunken zusammen mit dem Frauenhofer Institut solche Laser.

Brauchte man bei den bisher üblichen Anreicherungsverfahren Tausende von Anreicherungsschritten hintereinander, so schafft das neue Verfahren bereits in einer Stufe, das Uran 235 von 0,7 % (wie es in der Natur vorkommt) auf 22 % anzureichern.

Und das ist auch der Grund, weshalb ein US-Wissenschaftler erklärte: „Diese Technologie erlaubt es, daß man sich Bomben im eigenen Keller baut" (in „Science" 191 (1976) 1162).

vom Deutschen Patentamt offengelegt wurde (Nr. 2447762), und am 11.12.1974 war die Uranit-Uran-Isotopentrennungs-Gesellschaft mbH in Jülich so weit (Offenlegungsschrift Nr. 2458563 vom 16.6.1976). Die Erfinder des Uranit-Patents arbeiteten beim Battelle-Institut e.V. in Frankfurt.

„Die Deutschen hatten damit eine starke internationale Position auf diesem Gebiet". (5) Die Profiteinbußen, *„die die USA durch den Verlust der Überseerechte erlitten haben, sind im Augenblick überhaupt noch nicht meßbar"*, jammerte dann auch ein US-Atom-Wissenschaftler. (6) Der Uranit gelang es sogar, ihr Verfahren 1975 in den USA patentieren zu lassen, während die entsprechenden amerikanischen Verfahren noch der Geheimhaltung unterlagen.

Auch in den folgenden Jahren blieben bundesdeutsche Firmen gut im Rennen um die Rechte für die Laseranreicherung. Insgesamt wurden von 1974 bis 1981 zahlreiche Patente von 3 westdeutschen Firmen angemeldet (25 von der Kraftwerks-Union, 4 von Uranit und eins von Messerschmitt-Bölkow-Blohm. (7) Ihnen kam dabei zugute, daß die USA die Geheimhaltung der Verfahren erst 1978 aufgaben und die US-Firmen erst nun ihre eigenen Entwicklungen patentieren lassen konnten. Nur 8 US-Patente zur Laseranreicherung wurden bis heute in den USA angemeldet und 5 in der BRD. Insbesondere die Kraftwerks-Union als der einzige westdeutsche Kernkraftswerkhersteller hatte sich rechtzeitig wesentliche Rechte sichern können. Sowohl im Batelle-Uranit-Patent als auch im KWU-Patent wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich das entwickelte Laser-Verfahren *„unter anderem"* auf die Urananreicherung beziehe, jedoch *„der Anwendungsbereich dieses Verfahrens dadurch in keiner Weise beschränkt ist."* (5) In der Tat!

Die Lasermethode zur Urananreicherung ist prinzipiell geeignet für alle Isotopentrennungen, was nicht nur für den Bau von Neutronenbomben von großer Bedeutung sein könnte (8): Wie in den USA bereits angegangen, eröffnet sie insbesondere die Möglichkeit, aus dem zivilen Reaktormüll die zu Bombenzwecken wertvollen Pu-239-Isotopen von den anderen Pu-Bestandteilen abzutrennen, d.h. die Trennung von militärischen und zivilen Atomanlagen gänzlich aufzuheben.

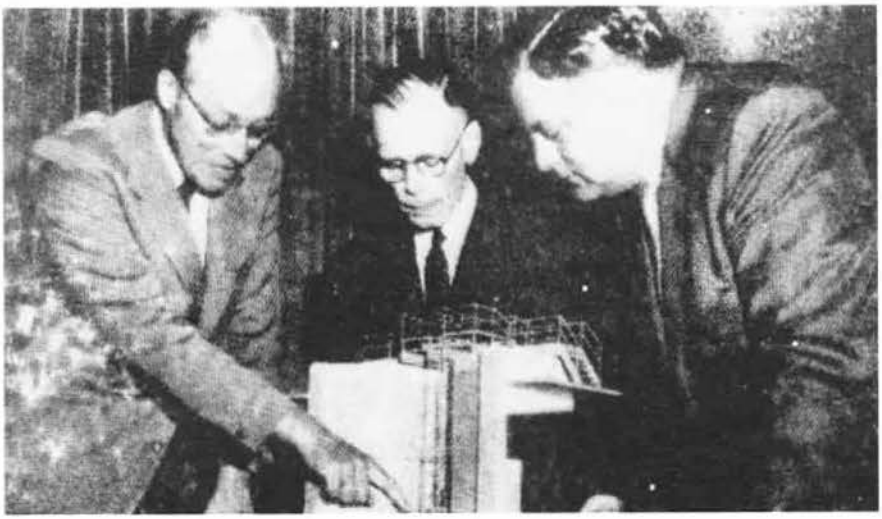
In der benannten IFEU-Studie wird nachgewiesen, daß die Plutoniumanreicherung nur für den Bombenbau notwendig ist. Ein Eingeständnis dieser Forschung wäre praktisch gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, die BRD bereite die Möglichkeit vor, selbst Atombomben zu bauen. Hier dürfte der entscheidende Grund dafür liegen, „daß der damalige Bundesforschungsminister Hauff vor einer Bundestagskommission am 10.1.1981 ausführte, daß in seinem Haus nur ein einziger Bereich der Grundlagenforschung der Geheimhaltung unterliege, das sei der Bereich der Urananreicherung, dort wiederum nur ein bestimmter Spezialteil". (9)

Eine weitere Enthüllung des IFEU-Instituts ist in diesem Zusammenhang hochinteressant: Es wird (mit geänderten Initialen) berichtet von einer Zusammenarbeit eines an der „Universität A." bestallten Professors mit dem südafrikanischen „Southern Universities Nuclear Institute" einerseits und der Uranit GmbH Jülich und KWU (also den beiden Firmen mit BRD-Patenten für Laser-Urananreicherung) andererseits.

Gegenstand dieser von „einer deutschen Forschungseinrichtung und einem südafrikanischem Gremium" finanziell unterstützten kooperativen Forschung sind die „Röntgenlaser", deren erfolgreiche Anwendung auf dem Atomwaffentestgelände Nevada, USA, bereits 1981 von einer US-Fachzeitschrift enthüllt wurde (IFEU, S. 34f).

nen, soll bis 1987 eine *„Vielzweck-Pu-LIS-Produktionsanlage"* in Betrieb gehen, zu deren Finanzierung in Zukunft jährlich 50 - 60 Mio Dollar einkalkuliert sind. *„Von dieser Anlage wird erwartet, daß sie das Plutonium aus zivilen Reaktoren mit 50 - 60 % Pu-239 auf ca. 94 % Pu-239 anreichern kann. Dabei würde aus 100 kg Reaktorplutonium ca. 65 kg Waffen-Plutonium entstehen."* (IFEU, S. 55)

Konkret folgt aus dieser Planung, daß alle Atomkraftwerke in den USA in Bombenfabriken verwandelt werden sollen. Dies bringt selbst Teile der US-Atomindustrie auf die Palme, die um ihren „guten Ruf" fürchten und gegen die Pläne der Reagan-Administration einwenden: *„Dieses wäre eine Katastrophe für die Öffentlichkeitsarbeit. Wir verbrachten Jahre damit, der Öffentlichkeit zu versichern, daß Kern-*



„ und da kommt dann die Bombe für Sie heraus"

USA: Atomwaffen aus Atommüll

„... der beste Weg, den ich sehe, sehen kann, das Plutonium (für unser Waffenprogramm, Anm.) *zu bekommen, ist der, Ihr Müllproblem zu lösen"* — so der US-Energieminister Edwards in einer Rede vor Energieforschungsexperten am 3.9.81. Tatsächlich lagern in US-amerikanischen Abkling- und Zwischenlagerbecken abgebrannte Brennelemente, von deren Plutonium 10.000 Sprengköpfe hergestellt werden können. (10)

Anläßlich einer Anhörung vor dem US-Kongreß zum Thema *„Vorschläge, aus abgebranntem kommerziellen Kernbrennstoff Plutonium für US-Kernwaffen zu gewinnen"*, wurde von einem Militärspezialisten des US-Energieministeriums erläutert, daß das geheime Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Laser-Isotopen-Seperation des Plutonium (Pu-LIS) dazu dienen soll, eine *„starke Sicherheits- und Verteidigungsposition"* herbeizuführen, u.a. durch *„Reinigung von Pu aus dem Brennstoff kommerzieller Reaktoren mit dem Ziel. es für die Waffenherstellung zu verwenden."* (IFEU, S. 120). Um auf diesem Weg den Rohstoff für die bis 1990 zusätzlich geplanten 14.000 Atomsprengköpfe zu gewinnen, soll bis 1987 eine *„Vielzweck-Pu-LIS-Produktionsanlage"* in Betrieb gehen, zu deren Finanzierung in Zukunft jährlich 50 - 60 Mio Dollar einkalkuliert sind. *„Von dieser Anlage wird erwartet, daß sie das Plutonium aus zivilen Reaktoren mit 50 - 60 % Pu-239 auf ca. 94 % Pu-239 anreichern kann. Dabei würde aus 100 kg Reaktorplutonium ca. 65 kg Waffen-Plutonium entstehen."* (IFEU, S. 55)

Konkret folgt aus dieser Planung, daß alle Atomkraftwerke in den USA in Bombenfabriken verwandelt werden sollen. Dies bringt selbst Teile der US-Atomindustrie auf die Palme, die um ihren „guten Ruf" fürchten und gegen die Pläne der Reagan-Administration einwenden: *„Dieses wäre eine Katastrophe für die Öffentlichkeitsarbeit. Wir verbrachten Jahre damit, der Öffentlichkeit zu versichern, daß Kernkraft vom Atomwaffenprogramm getrennt ist."* (IFEU, S. 67) Offensichtlich sind die militärischen Ziele der US-Regierung jedoch wichtig genug, um die totale Demontage des 1953 eingeleiteten Propagandarummels „Atom for Peace" in Kauf zu nehmen. Weniger unerfreulich für die Atomindustrie wäre allerdings die durch die Militarisierung des zivilen Atomprogramms geschaffene Möglichkeit, jede öffentliche Einflußnahme und Kontrolle auf die Genehmigung von Reaktoren, Atommüll-Transporten, -lagern etc. zu umgehen, da dies dann dem Bereich der „nationalen Sicherheit" und somit der Geheimhaltung unterläge.

In einer interessanten Rechnung haben die IFEU-Wissenschaftler den Versuch gemacht, die Folgen der Atommüllnutzung zu Bombenzwecken für die BRD zu veranschaulichen: Demnach wären zur Produktion einer Nagasaki-Bombe aus dem Leichtwasserreaktorplutonium pro Jahr ca. 400.000 stromverbrauchende Einwohner nötig (z.B. Bochum, Bielefeld, Mannheim, Nürnberg).

Das bedeutet, *„daß die Stromverbraucher jeder größeren Stadt pro Jahr eine Atombombe der Nagasaki-Stärke produzieren würden, allemal genug, um diese Stadt jährlich einmal dem Boden gleichzumachen."* (IFEU, S. 66)

Besondere Beachtung verdient das

Interesse der Bundesregierung an der Anwendung der Plutonium-Isotopentrennung, ist doch diese Technologie (im Unterschied zur Urananreicherung) besonders unter militärischen Gesichtspunkten zu gebrauchen! (IFEU, S. 36f) Bisher sind neben der erwähnten Kooperation mit Südafrika zwei weitere Initiativen in diese Richtung bekannt geworden, die angesichts der Geheimhaltungsklausel (s.o.) vermutlich nicht mehr darstellen als die Spitze des berühmten Eisbergs:

Das Interesse der Bundesregierung an der WAA Barnwell (USA)

Zum einen handelt es sich dabei um die Versuche der DWK, einen *„größtmöglichen Anteil an der Betriebskapazität"* (atw 7/81) der seit 1977 eingemotteten WAA Barnwell (South Carolina) zu übernehmen.

Die Bundesregierung hat inzwischen dieses Engagement ausdrücklich *„begrüßt, weil ein Know-How-Austausch und internationale Kooperation auch von sicherheitstechnischem Interesse"* sei.

Es spricht einiges dafür, daß sich das Interesse der Bundesregierung weniger auf Fragen der Betriebssicherheit (11) sondern in erster Linie auf die militärischen Aspekte der Barnwell-WAA konzentriert. Denn gerade die Barnwell-WAA ist ein Musterbeispiel dafür, daß die militärischen Interessen der Reagan-Regierung im Begriff sind, die kommerziellen Interessen vollends zu überlagern. Aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit bei kommerzieller Nutzung wollen weder die US-Regierung und noch viel weniger die AKW-Betreiber auch nur einen Pfifferling in diese WAA stecken. Anders sieht es unter dem Aspekt der „Waffenschmiede" Barnwell aus. So ist mittlerweile zur Aufstockung militärischer Pu-Vorräte seitens der Reagan-Administration geplant, *„das bei der Wiederaufarbeitung gewonnene Plutonium einfach aufzukaufen, zu Preisen, die ein Engagement der Wirtschaft lohnend machen würde."* (12) Nach Berechnungen des US-Physikers Cochran, müßten 85 % des dort abgetrennten Pu's für Atombombenzwecke aufgekauft werden, falls die Anlage je rentabel arbeiten soll. Ein DWK-Engagement in Barnwell eröffnet somit die reizende Aussicht, bei einem Atomkrieg in Europa vernichtet zu werden durch nukleare Sprengsätze, hergestellt aus Plutonium Made in Germany! Das entscheidende „sicherheitstechnische" Interesse der BRD an Barnwell könnte jedoch darauf beruhen, daß innerhalb dieser WAA Ende September 82 ein großangelegter Versuch mit der neuen Lasermethode durchgeführt werden soll. *„Als Gastteilnehmer für den ohne Spaltmaterial durchzuführenden ‚cold test' (kalter Versuch), der die Funktion von IAEA-Sicherungen im Falle der Herstellung von Waffenplutonium demonstrieren soll, sind — gegen entsprechende Bezahlung — Japan, die BRD, Frankreich und England vorgesehen."* (taz, 23.7.82, IAEA = Internationale Atomenergiebehörde)

Auch hier werden „Sicherheitsinteressen" vorgeschoben, um einzig und allein die perfekte Umrüstung einer „zivilen" WAA für den Atomkrieg praxisnah erproben zu können!

Was will die Bundesregierung mit den neuen US-Atomwaffentechnologien?

Während bisher BRD-Patente für die Urananreicherung vorlagen, wurde seitens der Reagan-Administration im Juli dieses Jahres ebenfalls der Export der Pu-LIS-Technologie in die BRD und nach Frankreich bestätigt. Es handelt sich hierbei um ein Patent, das von der Firma „Laser Analytics Inc." (BRD-Zweigstelle: 61 Darmstadt, Alsfelderstr. 12) entwickelt wurde.

Ganz im Unterschied zu den USA, wo dieses „Exportgeschäft" breit publiziert und kritisiert wurde, ist dieser Vorgang in den Massenmedien der BRD nahezu unerwähnt geblieben.

Lediglich die „FAZ" verdeutlichte in einem empörten Kommentar, jedoch gegen den *„amerikanischen Enthüllungsjournalismus"*, daß sie derartige Vorgänge am liebsten ganz unter den Teppich geschoben sähe. — Die „kluge" Argumentation dieses Kommentars gegen die *„Unterstellung"*; die BRD könne nun besser Bomben herstellen, spricht allerdings für sich:

Zum einen sei doch klar, *„daß es diese (Laser-) Geräte ohnehin in Deutschland gibt und daß solche Geräte auch neuerdings von deutschen Firmen hergestellt werden"*, zum anderen sei es ohnehin *„unmöglich, zivile und militärische Kernkraftnutzung sorgfältig zu trennen"* und schließlich, so die augenzwinkernde Schlußbemerkung, sei bei solchen Fragen zwischen den USA und der BRD ohnehin die ganz spezielle *„Vertrauenswürdigkeit maßgebend"*.

Leider sind Ereignisse dieser Art, die eigentlich jedem Menschen kraß das Interesse auch dieser Bundesregierung an der Entwicklung von Atombombentechnologien vor Augen führen könnten, auch in der fortschrittlichen Presse, kaum verbreitet, ganz zu schweigen von der Friedensbewegung, die dieses Thema bisher weitgehend ignoriert. Gerade in einem Land, dessen Atombombenforschung im Faschismus und in der Hoffnung auf den „totalen Sieg" wurzelt, sollten alle Indizien für eine gezielte Atomwaffenforschung besonders aufmerksam verfolgt und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Anmerkungen

1) H.Grupp, A.Schmalenströr: Atommüllbomben IFEU-Bericht 19, Seite 29; Dr. Hariolf Grupp, Physiker, ist einer der Gründer des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg e.V. Er ist zur Zeit Bundestagsassistent der Energieenquetekommission, die herausfinden soll, ob der Brüter gefährlicher ist als Leichtwasserreaktoren. Mensch kann annehmen, daß er über gute Insiderkenntnisse verfügt.

2. Winnacker, Wirtz: Das unverstandene Wunder Kernenergie, Seite 221

3. Die Standard-Technologie zur Urananreicherung war bisher der Gas-Diffusion-Prozeß, der nur in Riesenanlagen mit Investitionskosten von 3 bis 4 Milliarden Dollar realisiert ist. Weiterhin ist eine Riesenmenge an Energie — in der Regel 2 bis 3 große AKWs — für diesen Prozeß notwendig. Andere Anreicherungsverfahren etwa das Zentrifugenverfahren — sind von den Investitionskosten ähnlich ernorm, verbrauchen aber wesentlich weniger Energie. Allen gemeinsam ist, daß der Prozeß einige tausend Mal wiederholt werden muß, um die gewünschte Anreicherung zu erreichen, was in der Regel durch eine Hintereinanderschaltung der Einzelprozesse erreicht wird. Das bedeutet große, kaum vor neugierigen Augen zu versteckende Fabriken und enorme Investitionskosten.

4. Proliferation (lateinisch: Sprossung, Wucherung, Nachkommenerzeugung): mensch versteht darunter die Weitergabe und Verbreitung von Atomwaffenmaterial bzw. auch von Produktionsanlagen für solches Material.

5. H.Grupp, A.Schmalenströr a.a.O. Seite 32

6. R.K.Lester Bull. of the Atomic Scientists 37, (1981) 35

7. Zusammenstellung nach Chemical Abstracts für die Jahre 1974 bis 1981

8. Als Zünder für die Neutronenbombe werden u.a. spezielle Isotope des Californiums und des Curiums diskutiert, die eine besonders kleine kritische Masse haben. Auch hochreines Plutonium-239 ist im Gespräch. Die Abtrennung dieser besonders geeigneten Isotopen stellt gegenwärtig zumindest noch eine erhebliche ökonomische Schwelle dar. Auch hier eröffnet die Laseranreicherungsmethode neue Möglichkeiten. Ein Artikel zur Neutronenbombentechnologie ist für den AK in Vorbereitung.

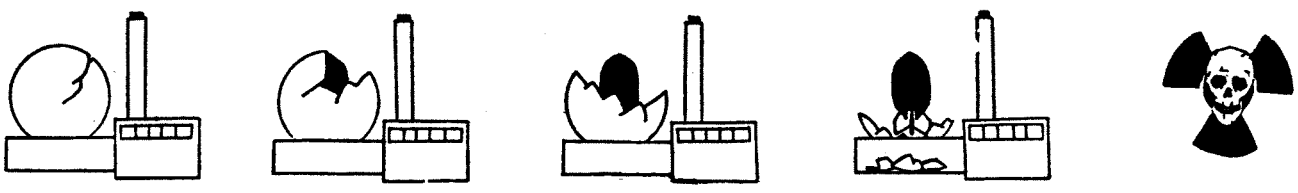
9. H.Grupp, A.Schmalenströr, a.a.O., S. 40

10 Atommüllzeitung Nr. 19, S. 17

11 Als Demonstrationsobjekt für „Betriebssicherheit" wäre die Barnwell-Anlage denkbar ungeeignet: „Die heißen Zonen und die Ausrüstung im Sicherheitsbereich sind nicht für fernbediente Wartung vorgesehen... wichtige Vorsorge für Rettungsmaßnahmen bei Strahlenverseuchungsfällen innerhalb der Zellen sind nicht getroffen worden... Die Konstrukteure sind davon ausgegangen, daß die Anlage wartungsfrei sein werde und so wurden Fragen der Reparierbarkeit vernachlässigt...", so eine US-Studie, zit. nach H.Grupp, ...S. 100

12 taz, 8.4.82

Zwei Genossen aus Heidelberg und Lüneburg



Kriminalpolizei

unter uns

Sein und Schein

Straße
Wohnort
Telefon
Arbeitgeber
Stadt
Arbeitsplatz

Name:
Kai Uwe Cramm
Iffiandstr.37
3000 Hannover 1
0511/881132
Landeskriminalamt
Hannover
0511/3102-8027
Ausbildung beim MEK

Deckname:
Thomas Kalkhoff
???????
???????
???????
VW-Werk
Wolfburg
Kurzarbeit am Band
augebildeter Kraftfahrer

Personenbeschreibung:
geboren am 28.5.55 in Braunschweig, 1.75 - 1.80 m groß, sportliche Figur, rundes Gesicht, mittelblonde Haare (während seiner Spitzelaktivität Dauerwelle, jetzt geschnitten), trug einen Oberlippen- und Kinnbart (jetzt abrasiert)

Auftreten:
Kai Uwe Cramm trug in der Regel »unauffällige Kleidung«. Auf Demonstrationen (Kalkar, Schacht Konrad) trug er eine olivgrüne Militärtasche mit aufgenähtem Sani-Emblem: weißer Kreis mit rotem Kreuz und der Aufschrift SANI. Auf der Demo zum Schacht führte er einen weißen Jet-Helm mit sich. Außerdem gehörte zu seiner Ausrüstung eine Gasschutzbrille und Arbeitshandschuhe, die er sich extra zur Demo gekauft hatte.

Chronologie einer

Cramm tauchte Anfang September anläßlich eines Geburtstages in einer Braunschweiger Wohngemeinschaft auf, der seine wahre Identität bekannt war. Dort erzählte er, er wolle bei der Polizei aufhören, sich in Braunschweig eine neue Existenz aufbauen, und wollte als Thomas angeredet werden. Es war die Zeit kurz nach der Gorleben- und den WAA-Demos und bei uns liefen die Vorbereitungen für die Kalkar- und die Konrad-Demo auf Hochtouren.

In dieser Zeit passierte in unserer Region so einiges: Am 13.9. explodierte bei der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung GSF, Betreiberin des Endlagers Asse II und der Untersuchungen der Grube Konrad, eine Bombe. Die danach von der Polizei bei mehreren Braunschweiger WGs durchgeführten Hausdurchsuchungen blieben ohne Erfolg.

Am 23.9. lud der Bürgerdialogsspezialist Kulke vom BMFT zu einer Podiumsdiskussion nach Salzgitter ein. Diese wurde von den BIs der Region zu einer offenen Diskussion, die alle Aspekte der Grube Konrad umfaßte, umfunktioniert. Die gesamte Veranstaltung wurde von der Kripo überwacht und mitgeschnitten, wovon Kulke wußte. Was er allerdings nicht wußte, war, daß der Polizeifunk den ganzen Abend über abgehört und mitgeschnitten wurde. Der Mitschnitt wurde veröffentlicht. (siehe auch letzten Atomexpress)

In dieser Phase tauchte Cramm öfter in Braunschweig auf und fuhr mit den Braunschweigern nach Kalkar zur Demo, wo er sich als Sani ausgab. Auf der Veranstaltung »Atomstaat in Salzgitter« in der darauffolgenden Woche sprach er einige von uns an und nahm spätestens von da an regelmäßig an den Plenen des Arbeitskreises teil.

Er nannte sich Thomas Kalkhoff, gab sich als VW-Arbeiter aus, der von Hannover nach Wolfsburg versetzt worden sei. Im folgenden war er immer dabei, wenn es irgendwelche Aufgaben zu erledigen gab, sei es das organisatorische Krams der Demo-Vorbereitung, sei es einen Büchertisch zu machen. Überhaupt fügte er sich gut ein und es gelang ihm geschickt, den Eindruck zu erwecken, dazuzugehören. So war er auf sämtlichen Vorbereitungstreffen für die Schacht-Konrad-Demo dabei, sowohl dem bundesweiten am 16.10., als auch dem regionalen am 20.20. und arbeitete intensiv in der »Lebenstedt-Gruppe« mit, welche die Demo und insbesondere die Auftaktkundgebung in Lebenstedt mit vorbereitete.

Bei der Diskussion hielt er sich zurück, war aber um so fleißiger bei der Erledigung organisatorischer Arbeiten. Aus der Vorbereitung von Aktionen vor und während der Demo wurde er allerdings herausgehalten (das gilt insbesondere für die Schacht-Besetzung am 19.10., die ansonsten bestimmt nicht so gut geklappt hätte).

Obwohl er auffällig viele Fragen stellte, obwohl er in Braunschweig nicht zu erreichen war (er wohnte angeblich bei 'Bekannten', wo er nicht so gut zu erreichen sei), schöpfte zunächst niemand Verdacht. Zwar schrieben einige von uns kurz vor der Demo nach Hannover, um seine Angabe nachzuprüfen, er habe im I.D.E.E.-Bündnis mitgearbeitet, einen konkreten Hinweis auf seine wahre Identität erhielten wir erst während der Demo, als ihn Leute aus der oben genannten WG trafen und uns jemand aus Hannover den Tip gab, daß Thomas in Wirklichkeit Kay Cramm, Kiminalbeamter aus Hannover sei.

Das 'Mäntelchen der Verschwiegenheit' - oder die mißglückte Enttarnung

Wir standen nun also vor dem Problem, jemanden im Arbeitskreis zu haben, der höchstwahrscheinlich ein Spitzel war. An sich war allen klar, daß wir dem Typen das Handwerk legen mußten, aber dabei ging zunächst einmal so ziemlich alles schief.

Die Nachricht, »Thomas« sei ein Bulle, verbreitete sich in Windeseile im gesamten Arbeitskreis. Erstaunlich, daß »Thomas« selbst nichts davon erfuhr. Dann versäumten wir es, seinen Braunschweiger Aufenthalt ausfindig zu machen, Bilder von ihm zu machen, nicht mal seine Autonummer wurde notiert. Stattdessen erschienen zum Nachbereitungsplenum - wo wir noch gar keine konkreten Erkenntnisse hatten - Leute aus der WG, die ihn obendrein auch noch gleich ansprachen. Folge: »Thomas«, alias Cramm roch Lunte und verschwand aus Braunschweig.

Wir wissen heute, daß Cramm (seine wahre Identität siehe »Schein und Sein«) schon bei der I.D.E.E. im Einsatz war (Pavillion), daß er an den Demos in Gorleben und Kalkar teilgenommen hat und natürlich auch bei der Konrad-Demo dabei war.

Cramm ist kein Einzelfall

Kay-Uwe Cramm ist nicht der erste, vom Landeskriminalamt in Bürgerinitiativen eingeschleuste Spitzel, der enttarnt werden konnte.

Anfang 1979 flogen in Göttingen insgesamt 4 LKA-Agenten auf, von denen zwei - einer wurde als Klaus Eggert identifiziert - knapp ein Jahr im Göttinger Arbeitskreis gearbeitet hatten. (vergleiche auch Atomexpress Nr.11)

Zwischen diesen und Cramm bestehen allerdings Unterschiede. Wurden erstere mit einer fast perfekten Tarnidentität ausgestattet und langfristig eingesetzt, war Cramm's Einsatz unseres Erachtens nur kurzfristiger Natur. Er wurde speziell im Hinblick auf die Konrad-Demo eingesetzt, um dort fürs LKA Informationen zu sammeln - was er auch fleißig tat. Die Behauptung vom LKA-Chef Burghardt, Cramm sei zur »Aufklärung des GSF-Anschlags« eingesetzt worden, ist wohl mehr eine Schutzbehauptung, um die Bespitzelung von Bürgerinitiativen besser rechtfertigen zu können.

Cramm hat zwar auch versucht, über die GSF-Bombe und die Fredenberg-Lauscher Informationen zu sammeln, in der Hauptsache interessierten ihn die Vorbereitungen für die Demo sowie die persönlichen und politischen Verhältnisse im Arbeitskreis sowie der einzelnen AK-Mitglieder. Er hat allerdings gegen Ende seiner Tätigkeit versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu provozieren. So erwarb er ein Seil für die Demo, vertrat bei der Diskussion über die Kundgebungsrede die Auffassung, diese müsse »so fetzig« sein, daß die Leute danach tatsächlich zum Schacht gingen und da auch etwas machten. Auf der Demo selbst - er trat wieder als Sani auf, seine restliche Ausrüstung zeigt das Foto - ging er nach vorne, wo er sich auch an konkreten Aktionen beteiligte.

Bespitzelung - eine Kriminalisierungsmaßnahme

Zynisch betrachtet könnte man sagen, die Einschleusung eines Spitzels ist ein Zeichen dafür, daß ins die Gegenseite mittlerweile ernst nimmt. In Wirklichkeit ist die Einschleusung von Spitzeln in Bürgerinitiativen eine Kriminalisierungsmaßnahme. Cramm's Job ist es, kriminalpolizeilich verwertbare Fakten zu sammeln über Leute, Aktionen etc., die dann auch konkret in Verfahren, Repressionen gegen BI's bzw. deren Mitglieder enden können.

Die Einschleusung Cramm's ist der vorläufige Höhepunkt in der Folge von Maßnahmen, mit denen seit Anfang des Jahres versucht wird, den Widerstand gegen die Atommüllendlagerung in Salzgitter und Braunschweig zu kriminalisieren und in der Region zu spalten bzw. zu isolieren. Dazu gehören Maßnahmen wie die Hausdruchsuchungen nach dem Auftauchen fingierter Briefe von Stadtverwaltungen im Frühjahr, in deren Folge ein Freund aus Salzgitter seinen Job verlor. Dazu gehört die Diffamierung von BI's und WG's im Verfassungsschutzbericht für 1981. Desweiteren wurde einem Mitglied des Braunschweiger Arbeitskreises mit Kündigung gedroht, als er sich nach dem Anschlag auf die GSF nicht eindeutig von 'Gewalt' distanzierte. Dazu gehört auch, daß nach der Gorleben und auch nach der Konrad-Demo Leute bis zu zwei Wochen in Untersuchungshaft gehalten wurden, unter dem Vorwurf des schweren Landesfriedensbruches - wobei Leute aus der Region 'bevorzugt' wurden!

Die Observation von Veranstaltungen des Bürgerdialogmanagers Kulke ist üblich. Der Effekt solcher Maßnahmen, wie auch der Ergebnisse der Einschleusung eines Spitzels, sollen folgende sein:

Die BI's sollen so in die kriminelle Ecke gedrängt werden, Menschen von der Mitarbeit in BI's durch die Drohung persönlicher Repressalien abgeschreckt und der Widerstand so isoliert oder/und gespalten werden. Daß darüber hinaus innerhalb der BI's ein Mißtrauen gegen neue Leute entsteht, ist wohl auch nicht ganz unerwünscht.

Wir müssen lernen, mit diesen Gefahren zu leben und uns dadurch nicht abzuschotten oder aus lauter Mißtrauen gegenüber anderen den Mund nicht mehr aufzumachen! Gerade deshalb werden und müssen wir weiterhin in aller Öffentlichkeit arbeiten und agieren.

...

Stefan
Mitglied im AK Braunschweig

Bespitzelung

Landeskriminalpolizeiamt Niedersachsen

Interview mit LKA-Boß Burghardt:

taz: Sie können sich wohl denken, weshalb ich anrufe ...«

Burghardt: Jawohl, das kann ich!

taz: Der Frankfurter Rundschau haben sie gesagt, was Kai Uwe Cramm beim Braunschweiger Arbeitskreis gemacht habe, sei 'ganz selbstverständliche Aufklärung'. Entspricht es tatsächlich ihrer üblichen Praxis, Bürgerinitiativen zu bespitzeln?

Burgh.: Das hat mit Bürgerinitiativen überhaupt nichts zu tun und darf auch nicht auf diese Ebene geschoben werden. Vor so rießigen Demonstrationen muß die Polizei aufklären. Sie muß halt wissen: Kommen gewalttätige Gruppen und was haben die vor? Um solche Fragen aufzuklären, versucht die Polizei,-Informationen dieser Art dort zu bekommen, wo man sie erhalten kann. Dabei braucht man nicht in einer Gruppe zu sein, die selbst gewalttätig ist. Nicht nur die Gewalttätigen machen uns Mühe, sondern auch die, die die Gewaltsamen abdecken oder sie tolorieren.

taz: Gab es einen konkreten Anlaß für die Observation?

Burgh.: Ja. Anlaß war zunächst einmal die Aufklärung der Anschläge auf die GSF am 13.9. Das war der Ausgangspunkt. Da hat sich das eigentlich so ergeben, daß gleichzeitig Informationen über die Demonstration am Schacht Konrad zu erhalten waren, und zwar sogar sehr gute.

taz: Ist denn nun Herr Cramm, ähnlich wie sie das 1979 für ihre in den Göttinger Arbeitskreis eingeschleusten Beamten erklärt haben, ganz zufällig an diesen Auftrag gekommen?

Burgh.: Ähnlich, ja. Es gibt keine Spezialgruppe für solche Aufgaben. Es gibt aber für Observation und Aufklärung ausgebildete Beamte. Diese Aufklärung war nichts anderes, als der Versuch, Informationen für einen gezielten Einsatz zu schaffen.

taz: Diese Informationen hat ja auch Innenminister Möcklinghoff stets aktuell präsentieren können ...

Burgh.: Das haben sie geschrieben. Ich fand das übrigens großartig, besser recherchieren können auch wir solche Dinge nicht. Ich fand den Artikel gut!

taz: Haben sie denn keine Probleme, daß ihre Arbeit öffentlich wird?

Burgh.: Ich bin bereit, mich für alles, was ich tue, zu stellen und ohne jeden Vorbehalt Auskünfte zu geben. Auf die Wertung dessen, was wir tun, habe ich leider keinen Einfluß. Das wird aber der Bürger einsehen, daß man bei solchen Großveranstaltungen nicht einfach ins blaue Wasser springen kann.

taz: Der Bürger wird aber nicht verstehen, wenn ihre Bramten selbst bei Aktionen mitmischen ...

Burgh.: Unsere Beamten, die so eingesetzt sind, haben den Generalauftrag, sich nicht als 'agent provokatuer' zu betätigen. Bei den Umständen könnte es nun sein, daß doch einmal der Eindruck entsteht, als wäre der Beamte mittendrin. Das ist aber sicher eine subjektive Betrachtung und sieht aus unserer Sicht anders aus, als aus der Sicht der Verärgerten. Herr Cramm hat mir noch einmal geagt: Ich habe an keiner Stelle etwas getan, was mit 'anheizen' zu bezeichnen wäre.

taz: In welcher Abteilung er arbeitet, wollen sie natürlich nicht sagen?

Burgh.: Er gehört unserem Fahndungskommando an.

(Anmerk. d. Red.: Wolf Burghardt hat ganz schön Kreide gefressen und Schaf taz kaum was gemerkt. Übringens: wens interessiert, der schaue sich den Atomexpress Nr.10 noch einmal an mit der Dokumentation über die Göttinger Spitzelaffäre)

Spitzelanwerbung in Emden

»Heiko Köving«
Dunkelbraune Haare, kurz, links gescheitelt

Nach eigenen Angaben Mitarbeiter des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Als Anwerber für Spitzel tätig. Früher im Rauschgiftdezernat Hannover.

ca. 1.80 m groß, rundes Gesicht, ungefähr 30 Jahre alt
blauer Audi 100
E L — E 489

Wir wollen nicht nochmal den ganzen Hergang schildern. Einiges erscheint uns aber über den 'Fall' in Emden hinaus von Bedeutung:

Der Verfassungschutz versucht, die offensichtlichen Widersprüche in der Bewegung über die Formen des Widerstandfes für sich zu instrumentalisieren

Der Verfassungsschutz wußte von Jörg, den Heiko Köving anzuwerben versuchte, daß er konsequenter Verfechter gewaltfreier Widerstandsformen ist. Bei der Emder Hausbesetzung im März 81 habe Jörg sich positiv verhalten. Er hätte sehr 'besonnen' auf die anderen Besetzer eingewirkt und damit zum 'friedlichen' Verlassen des Hauses beigetragen. Bei den vierzehntätigen Treffen waren Hieko Köving auch nicht die Informationen Jörgs das wichtigste. Es ging ihm vor allem darum, deutlich zu machen, daß Gewaltfreie und Verfassungsschutz doch das gleiche Interesse hätten: Militante Aktionen zu verhindern. Als Beispiel führte er die »ohne viel Gewalt« verlaufene Räumung des Dorfes 1004 in Gorleben an.

Dieses dreiste Vorgehen des Verfassungsschutzes, seine Einschätzung, die Widersprüche zwischen 'Gewaltfreien' und 'Militanten' für seine Interessen instrumentalisieren zu können, ist ein Spiegelbild der desolaten Situation der Anti-AKW- und anderer Bewegungen, in der kaum noch gemeinsame Aktionen unterschiedlicher Strömungen möglich sind, Distanzierungen und offene Feindschaft an der Tagesordnung sind. Um so notwendiger ist es jetzt, die unterschiedlichen Formen des Widerstandes zu diskutieren. Der Staat und seine Geheimdienste müssen wissen, daß 'Gewaltfreie' und 'Militante' das gleiche Ziel haben: Das Atomprogramm zu Fall zu bringen !!!

Der VS hat Schwierigkeiten, in den »Zentren« des Widerstandes Spitzel anzuwerben

Beim letzten Treffen machte der VS-Agent Jörg den Vorschlag, nach Göttingen zu ziehen. Er könne sich dort erstmal einige Monate einleben - bezahlt natürlich - ohne irgendwelche Informationen liefern zu müssen.

Es gibt immer noch Leute, die auf den VS hereinfallen

Der VS-Agent aus Hannover wäre wohl nie aufgeflogen, hätte nicht Jörg einem aus dem Emder Arbeitskreis gegen Atomanlagen, den er nur flüchtig kannte, aber wohl für verschwiegen hielt, von der Anwerbung erzählt mit den Worten: »Das muß aber unter uns bleiben«.

Einige Leute setzten sich zusammen. In Gesprächen konnte Jörg aber nicht überzeugt werden, die Sache auffliegen zu lassen. Ihm ginge es darum, Einblick in die Strukturen und Arbeitsweise der 'Gestapo' zu gekommen, er könne das Geld gut gebrauchen, er habe schon immer eine Vorliebe für 'heiße' Spiele gehabt und außerdem sei der VS-Agent aus Hannover nicht der schlimmste in diesem Laden. Erst die Drohung, ihn, Jörg, öffentlich auf Flugblättern und Plakaten als Spitzel darzustellen, konnte ihn 'überzeugen'.

Wir müssen verstärkt deutlich machen, daß jeder Versuch, den VS mal aushorchen zu wollen oder ähnliches ein Versuch am untauglichen Objekt ist. Genau das ist nämlich **ihr** Geschäft, darin sind sie geschult, sie verstehen das besser als wir. Wird jemand vom VS angeworben, dann sofort mit anderen sprechen, den Spitzel öffentlich enttarnen: Fotographieren, zur Rede stellen, durchsuchen ... Nur so kann die Handlungsfreiheit dieser Leute eingeschränkt werden und nur das ist der beste Schutz für den Umworbenen selbst.

Es ist mit wenigen, entschlossenen Leuten möglich, Spitzel auffliegen zu lassen!

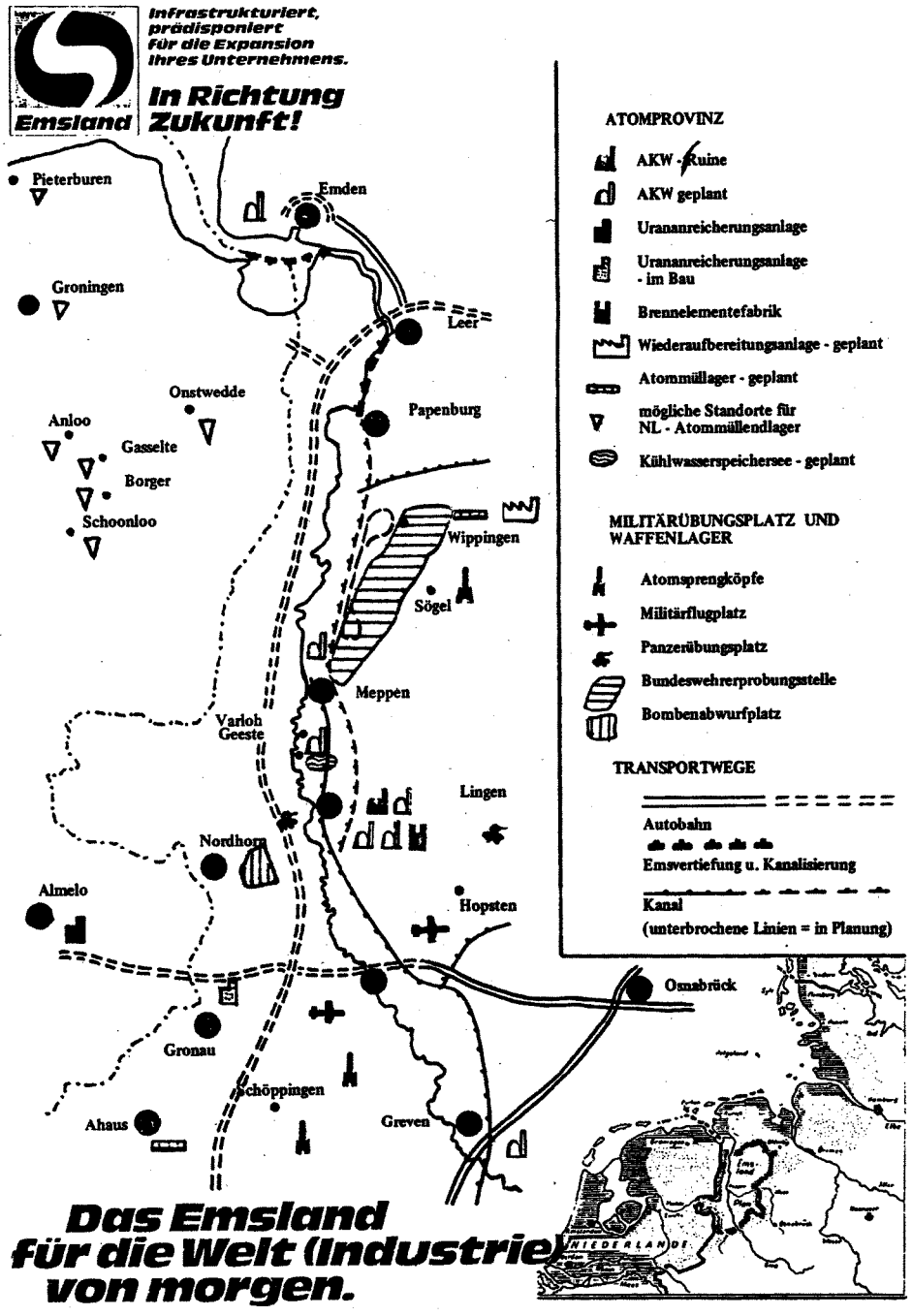
Es war eine gute Erfahrung, daß es auch hier in der Provinz möglich ist, mit ein paar Leuten den Typen aus Hannover auffliegen zu lassen. Folgendes Vorgehen halten wir für richtig, auch wenn in Emden in der Praxis vieles schief gelaufen ist:
Das ganze Vorgehen muß gut durchdacht sein, alle Möglichkeiten müssen bedacht werden. In einem ersten Schritt den Spitzel von weitem mit einem guten Telezoom fotographieren, ohne das er es merkt. Man hat dann schon mal ein Bild im Kasten. Die Filme sofort wegbringen. In einem nächsten Schritt den Spitzel zur Rede stellen, durchsuchen nach Notizbüchern, Autoschlüsseln oder ähnlichem und nochmal aus der Nähe fotographieren ...

Kontakt: Emder Arbeitskreis gegen Atomanlagen
c/o Peter Kromminga
Friederich Ebert Str.86
2970 EMDEN
Tel.: 04921/31479

Emsland - Atomland?

Im Emsland, genauer zwischen Lingen und Meppen, wird seit Monaten fleißig gebaut, ohne daß die Anti-AKW-Bewegung großen Anteil daran nimmt.
Am 10. August erteilte das niedersächsische Sozialministerium die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung für den Bau des 1300 MW Druckwasserreaktor KKE 1 (Kernkraftwerk Emsland 1), der zweite Reaktor der Baulinie 80.
Seit dieser Zeit wird hier ein 54 ha großes Gelände " sicher " gemacht - mit Betonmauer und Graben.

Nachdem der damalige Innenminister Baum zwar schon Anfang Februar seine Zustimmung zur Genehmigung des standardisierten Typs gegeben hatte, sich aber die Entscheidung über ein neues Sprühsystem zur Kühlung des Sicherheitsbehälters von außen offengehalten hatte, gab er dann aber endgültig am 30. Juni den Ländern Niedersachsen, Hessen und Bayern die Zustimmung für die Genehmigung der AKWs Emsland 1, Biblis C und OHU II - dies auf Druck der Elektrizitätswerke und mit der Begründung, daß sich durch das Sprühsystem kein " nachweisbarer Vorteil zur Restrisikominderung erreichen läßt ". Daraufhin erteilte die bayerische Landesregierung bereits am 16. Juli die 1. TEG für Ohu II, Niedersachsen zog dann im August nach, Hessen wartet noch ab.
Obwohl es nach Aussagen von Mitgliedern der Landesregierung als auch der Kraftwerksbetreiber keinen regionalen Bedarf für die zusätzlichen 1300 MW gibt, der größte Teil des Stroms soll in das Hauptgeschäftsgebiet der VEW nach Nordrhein-Westfalen und eventuell später in die Niederlande zum Ausgleich für Gaslieferungen gehen, wird das AKW im Emsland gebaut. Das hat nach Auffassung der BI mehrere Gründe:
– Mit dem Standort Lingen geht die VEW den Auflagen des Landes NRW, die den Einsatz von Steinkohle fordern, aus dem Weg.
– Die Erwartung, im Emsland wegen dem vorhandenen alten AKW in Lingen ein geringes Protestpotential vorzufinden.
– Dünne Besiedlung, hohe Arbeitslosigkeit und eine katholisch - konservative Bevölkerung (letzte Landtagswahlen: CDU 78,6; SPD 17,2%; GRÜNE 5,3%; FDP 4,7%).
– Die konservative Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ), die in der Gegend das Pressemonopol hat.
– Der geplante Ausbau des Emslandes zur Atomprovinz.
Um die Kühlung des AKW zu " gewährleisten ", soll ein 152m hoher Kühlturm und zusätzlich bei Geeste ein 3,5 Quadratkilometer großer Speichersee mit einem 20m hohen Ringdeich entstehen.
Schon für das seit vier Jahren stillgelegte AKW Lingen 1 mit 267 MW Leistung, daß noch immer vor sich dahinstrahlt, reichte die Wasserkapazität der Ems bei Niedrigwasser nicht aus, sodaß zusätzlich Wasser aus der Hase entnommen werden mußte. Damals erwärmte sich die Ems um durchschnittlich 8,7 Grad.
Nun soll das Winterhochwasser der Ems in den Dortmund-Ems-Kanal eingelassen und von dort in den Speichersee gepumpt werden, um dann in Niedrigwasserzeiten der Ems die Kühlung " garantieren " zu können. Für diesen See werden 230 ha Kiefernwald abgeholzt. Ferner muß für den Bau des Bekkens, das aus einer Asphaltschicht bestehen soll, der Grundwasserspiegel abgesenkt werden. Die ökologischen Folgen für die Region wären verheerend. Trotz Speichersee soll die Kühlkapazität der Ems weiterhin voll ausgeschöpft werden - so daß die Ems dann wohl endgültig " umkippen " wird. Bei dem Erörterungstermin zum Speicherbecken wurde außerdem klar, daß es in der Region ein weiteres AKW geben soll: " zur Kühlturmzusatzversorgung von zwei Kraftwerken " heißt es in den Plänen zum Speichersee.



Um den zügigen Bau des Speichersees zu gewährleisten wurde sogar das Niedersächsische Naturschutzgesetz, daß das Abholzen von Bäumen in der Zeit vom 1. März bis 30. September untersagt, umgangen.
Neben den ökologischen Folgen gibt es aber noch andere Gefahren, die noch existentieller erscheinen - die Konzentration der militärischen Anlagen im Emsland:
zwei Militärflughäfen, die Bundeswehrerprobungsstelle bei Meppen für neue Rüstungstechnologien, den Nato-Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range, und die Atomwaffendepots Sögel, Schöppingen und Bramsche.
Typisch für den Stil der Atomindustrie sind auch die in der emsländischen Presse angekündigten Sanktionsmaßnahmen gegen die Bauindustrie des Nachbarkreises Grafschaft - Bentheim. Aufgrund der Einwände dieses Kreises gegen das AKW sollen dort ansässige Firmen keine Aufträge erhalten. Auch so kann man sich unliebsame Einwänder vom Hals schaffen. Denn die kosten Zeit und Geld. Andere potentielle Einwänder sind vorgewarnt. Denn nach den Plänen der Atomindustrie soll es im Emsland weitergehen:

- eine Urananreicherungsanlage in Gronau
- je ein Naß- und Trockenlager (Zwischenlager) für abgebrannte Brennelemente in Ahaus
- je ein weiteres AKW für die Region Meppen/Lingen und Emden
- der Brennelementehersteller Exxon-Nuclear in Lingen hat die Ausweitung seiner Produktion gleich um ein vielfaches beantragt
- die früher geplante WAA in Wippingen, die Albrecht unter dem Druck der Bevölkerung vor 5 Jahren zurückzog, soll jetzt wohl nach Dörpen. Dort ist ein 200 ha großes Industriegebiet ausgewiesen. Dortige Grundstückskäufe des Landkreises und die Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Emsländer Kreistag, daß dies der Standort für eine WAA werden soll, zeigen den künftigen Weg
- die geplante Autobahn 31, die durchs gesamte Emsland führen wird
- zudem planen die Holländer im Grenzgebiet eine Anreicherungsanlage und ein Atommüllendlager und betreiben schon das AKW Almelo.

Die ersten Protestaktionen, neben dem gerichtlichen Weg, von Gegnern des Lingener Atomreaktors kam es einen Tag nach Bekanntwerden der 1. TEG am 11.8.:
150 Demonstranten sperrten die Hauptausfallstraße nach Süden in Höhe der Abfahrt zum alten Lingener AKW ab. Den gestoppten Autofahrern wurden Jod-Tabletten und Flugblätter verteilt.
Am 21. August blockierten 250 AKW-Gegner die Zufahrten zur Baustelle des neuen AKW. Die Polizei ging mit Stiefeltritten und Radlader vor, es gab 5 vorrübergehende Festnahmen.
Eine weitere Blockadeaktion fand am 11.9. statt.
Zudem gab es an mehreren Tagen auf dem Lingener Marktplatz " Schweigedemonstrationen ".
Dieser Widerstand, der trotz der denkbar schlechten Bedingungen stattfindet, zusammen mit den Eingaben der Grünen im Landtag und Kreistag, werden den Ausbau des Emslandes zur Atomprovinz wohl kaum verhindern können, wenn die emsländischen BIs keine Unterstützung von außerhalb erfahren.
Auch Spenden zur Finanzierung der gerichtlichen Klagen gegen das AKW sind unbedingt erforderlich.

Gegen eine atomare Versorgungs- und Entsorgungsschiene von Ahaus / Westfalen bis zum Rysumer Nacken / Ostfriesland !!!

Gegen eine Atomprovinz Emsland !!!

Kontakt:
Bürgerinitiativen Emsland gegen Atomanlagen BEgA
gartenstraße 53, 4478 Geeste 3
Tel.: 05907 - 545

Rechtshilfefond Emsland (W. Bußmann)
Volksbank Bawinkel (BLZ 280 699 95)
Konto 3089

Dieser Aufkleber wird zum Solidaritätspreis verkauft: 1,50 DM, für BIs 1,00 DM
Zu bestellen beim Göttinger Arbeitskreis oder bei der BBA - Bremen.

Täglich Brokdorf-Demo

Seit dem 15. Oktober befindet sich ein Trekker auf Dauerdemoeinsatz in der Wilster Marsch. Auf 6 km / h gedrosselt, damit auch alle über 16-jährigen ohne Führerschein fahrberechtigt sind, behindert dieser Traktor den Baustellenverkehr, klagt den Bau Brokdorfs an und mahnt Solidarität mit - Michael zu bekunden.
Um die Treckeraktion, die breiten Anklang findet, durchführen zu können, werden Treckerfahrer gesucht und Spenden benötigt.

Tel.: 04821 / 5311
BUU Itzehoe und Bewegung Weiße Rose
221 Itzehoe, Postfach 1253

Brokdorf — Prozess

Im letzten Atom Express ist uns ein großer Fehler unterlaufen: wir hatten gemeldet, daß das schriftliche Urteil den Anwälten schon zugegangen ist – dem ist nicht so!
Auch heute, am 6. Dezember, ist das am 13. Mai gesprochene Urteil den Anwälten noch nicht in der schriftlichen Fassung zugestellt worden, ebensowenig wie die Protokolle der einzelnen Prozeßtage.
Anscheinend soll hier die U-Haft, in der Michael sich nach wie vor befindet, zur vorgezogenen Knaststrafe umfunktioniert werden, bevor das Urteil überhaupt „rechtskräftig" ist.Zudem wurde die Haftbeschwerde, die zusammen mit der von Markus eingereicht worden ist und aufgrund der Markus dann aus dem Knast kam, mit der Begründung abgelehnt, daß noch keine schriftliche Urteilsbegründung vorliege, man so nicht das tatsächlich zu erwartende Urteil absehen könne und somit von den fünfeinhalb Jahren ausgegangen werden müsse, was vollkommen zur Begründung der weiter bestehenden Fluchtgefahr ausreiche.
Mit jedem Tag, mit dem die Zustellung des schriftlichen Urteils hinausgezögert wird, wird auch der Termin der Revisionsentscheidung herausgezögert.
Michael sitzt jetzt seit über 20 Monaten im Knast, gesundheitlich und seelisch geht es ihm nicht gut und er ist nach wie vor häufigen Schikanen ausgesetzt (siehe hierzu auch Dienstaufsichtsbeschwerde).
Wir fordern, daß der neuerlichen Haftbeschwerde – im folgenden abgedruckt – Rechnung getragen wird!

– Sofortige Freilassung von Michael Duffke!
– Keine Kriminalisierung von AKW-Gegnern!
– Freiheit für Markus und Michael!
– Stillegung aller Atomanlagen!

An das
Landgericht Itzehoe

In der Haftsache gegen Michael Duffke erhebe ich namens meines Mandanten erneut Haftbeschwerde, mit dem Antrag,

den Haftbefehl gegen Michael Duffke aufzuheben, hilfsweise: den Haftbefehl außer Vollzug zu setzen.

Mit Urteil v. 13.5.1982 ist Michael Duffke wegen schweren Landfriedensbruches u.a. zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren und 6 Monaten verurteilt worden. Gegen das Urteil wurde binnen einer Woche Revision eingelegt. Die Revision konnte bis heute durch die Verteidigung nicht begründet werden, weil die schriftlichen Urteilsgründe immer noch nicht zugestellt sind. Michael Duffke ist seit 1.4.1981 in Untersuchungshaft, welche nur für die Zeit v. 5.12.81 – 18.1.82 durch Strafhaft in anderer Sache unterbrochen wurde. Mit anderen Worten: Michael Duffke ist jetzt bereits rund 18 Monate in Untersuchungshaft. Läge ein rechtskräftiges Strafurteil wegen schweren Landfriedensbruchs von 2 Jahren und 3 Monaten vor, würde Herr Duffke jetzt aller Voraussicht nach nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe bedingt entlassen werden.

Ein solches rechtskräftiges Urteil liegt nicht vor, es wäre im übrigen einmalig im Bereich der Verurteilungen wegen schweren Landfriedensbruchs in den letzten Jahren. Umso weniger kann erwartet werden, daß das von der Kammer verhängte Urteil von 5 1/2 Jahren Freiheitsstrafe rechtskräftig werden wird, welches mit seinem Strafmaß ohne Vergleich und Vorbild in der Rechtsprechung der BRD ist.

Es ist ohne Zweifel unzulässig, wenn durch Verhinderung der Revisionsbegründung und andauernden Vollzug der Untersuchungshaft das Gericht, dessen Urteil mit der Revision angefochten ist, faktisch die von ihm erkannte Strafe vorweg absitzen läßt.

Nach § 275 Abs. 1 StPO war das Urteil nach der Verkündung am 13.5.1982 mit der schriftlichen Begründung „unverzüglich zu den Akten zu bringen." Dem Vernehmen nach soll sich das von den Berufsrichtern der Kammer unterzeichnete Urteil in der Urschrift seit 8.9.1982 bei den Akten befinden. Jedoch ist bis heute seine Zustellung nicht erfolgt. Ohne zustellung der schriftlichen Urteilsgründe kann die Revision durch die Verteidigung nicht begründet werden.

Die im vorliegenden Falle vom Gesetzgeber eingeräumte Frist von 17 Wochen (bis 9.9.82) zur Abfassung der schriftlichen Urteilsgründe bedeutet nicht, daß sich das Gericht solange Zeit lassen darf. Vielmehr hat die Abfassung unverzüglich zu geschehen „bis spätestens" zu diesem Zeitpunkt. Hinzu kommt, daß es sich vorliegend um eine Haftsache handelt. Verwiesen wird hierzu beispielhaft auf den beschluß des OLG Frankfurt vom 22.8.1968, NJW 68, 2117 ...

... Insbesondere liegt jedoch in der seit mehr als zwei Monaten anstehenden, nicht erfolgten Zustellung des bereits abgesetzten und bei den Akten befindlichen Urteils eine Verfahrensverzögerung, die unter keinem erdenkbaren Grund gerechtfertigt werden kann.

In der Rechtsprechung ist anerkannt, daß eine erhebliche, ungerechtfertigte Verzögerung in der Abwicklung des Verfahrens auch nach Erlaß eines auf Freiheitstrafe erkennenden Urteils zur Aufhebung des Haftbefehls oder wenigstens zur Haftverschonung führen muß. Verwiesen wird insoweit auf OLG Frankfurt, NJW 68, 2217; OLG Karlsruhe NJW 69, 1682; OLG München NJW 1970, 156 und OLG Saarbrücken NJW 75, 941.

Zwar ist diese genannte Rechtsprechung zu § 275 StPO alter Fassung ergangen, als die Höchstfristen für die Urteilsbegründung noch nicht gesetzlich fixiert waren, deswegen ist sie jedoch keineswegs überholt. Zu Recht weist das OLG Frankfurt in dem genannten Beschluß darauf hin, daß „ein vom Angeklagten nicht veranlasstes, erhebliches Stocken des Vefahrens und eine dadurch verursachte unangebrachte Verlängerung der Untersuchungshaft für den Inhaftierten eine erhebliche, unnötige und vom Gesetz nicht gewollte Belastung" darstelle. Eine solche ungerechtfertigte Verzögerung müsse analog § 121 StPO zur Aufhebung des Haftbefehls oder doch zur Haftverschonung führen. Im konkreten Fall wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt nach knapp 3 1/2 Jahren Untersuchungshaft, wiewohl gegen den Angeklagten 7 Jahre Zuchthaus und anschließende Sicherungsverwahrung verhängt worden waren.

Auch das OLG Karlsruhe ordnete in dem zitierten Beschluß die Aufhebung des Haftbefehls an, nachdem die Haftdauer aufgrund verzögerlicher Bearbeitung um sieben Monate verlängert worden war.

In vorliegender Sache haben die Ausnutzung der gesetlichen Frist bis zum letzten Tag u. anschließende Nichtzustellung des Urteils bereits zu einer derart gravierenden Verzögerung des Verfahrens geführt, daß der Haftbefehl nunmehr aufzuheben ist.

Der Verteidiger

Baisch, Rechtsanwalt

Am 4.11. haben die Anwälte folgende - Dienstaufsichtsbeschwerde an den Justizminister von schleswig-Holstein gegen die Anstaltsleitung der JVA Neumünster gestellt, da sie fortwährend Michaels und seiner Verteidiger Anträge und Beschwerden nicht bearbeiten. In der abgedruckten Dienstaufsichtsbeschwerde sind nur einige davon wiedergegeben – Michaels Anträge und Beschwerden gegen die Schikanen dürten sich jetzt schon der Zahl 750 (!) nähern.

An den
Justizminister
des Landes Schleswig-Holstein

Betr.: Frühere Strafhaft und jetzige Untersuchungshaft des Gefangenen Michaell Duffke, JVA Neumünster

Vom 5.12.1981 bis 18.1.1982 befand sich mein Mandant Herr Duffke in Strafhaft. In dieser Zeit wurden diverse Briefe meines Mandanten aufgehalten. Mit Schreiben v. 21.12.1981 an die Justizvollzugsanstalt Neumünster habe ich Auskunft über das Anhalten eines Briefes beantragt, ggfs. eine Kopie der Anhalteverfügung bzw. des Briefes selbst.

Nachdem keine Reaktion der JVA Neumünster erfolgt ist, hatte ich mit Schreiben v. 11.1.1982 an die Bescheidung erinnert und darauf hingewiesen, daß inzwischen praktisch der gesamte Briefverkehr meines Mandanten nach draußen – mindestens 32 ausgehende Briefe zwischen Mitte Dezember und 7.1.82 – angehalten worden waren. Zugleich hatte ich beantragt, künftig von sämtlichen Anhalteverfügungen Kopien an mich zu übersenden mit Kopien der beanstandeten Schreiben selbst. In erster Linie war Weiterleitung der Briefe beantragt worden. Mit Bescheid v. 3.6.1982 (!) wurde die Beschwerde durch Ihre Behörde zurückgewiesen. Einsichtnahme in die angehaltenen Schreiben bzw. die Anhalteverfügungen wurde mir nach wie vor nicht gewährt. Im Antrag auf gerichtliche Entscheidung gem. § 109 - StVollzG v. 28.6.1982 wurde zu diesem Punkt Einsichtnahme in die Gefangenenpersonalakte beantragt, nachdem immer noch keine Kopien zugegangen waren. Daraufhin heftete die JVA Neumünster ihre Stellungnahme an die Strafvollstreckungskammer v. 12.7.82 eine-Ablichtungen von angehaltenen Schreiben bei und übersandte die Gefangenenpersonalakte an die Strafvollstreckungskammer. Seitens des Gerichts wurden die Personalakten Ende September erneut dem Leiter der JVA Neumünster vorgelegt mit der Bitte zu prüfen, inwieweit mir die angehaltenen Briefe sowie die dazugehörigen Verfügungen in Fotokopien zur Kenntnis gegeben werden könnten. das Gericht hatte den Leiter der JVA gebeten, mich direkt zu verständigen. Nach Angabe meiner Stellungnahme auf Grundlage der Kenntnis dieser Aktenvorgänge sollten dann seitens des Landgerichts Kiel entschieden werden.

Bis 2.11.82 blieb ich erneut ohne Reaktion seitens der JVA Neumünster ...

... Die gerügte Untätigkeit der Anstaltsleitung Neumünster ist nicht singulär. Während aber Schreiben von meiner und Rechtsanwalt Werners Seite (Mitverteidiger von Herrn Duffke) durch die Anstaltsleitung in Neumünster in anderen Fällen auch beantwortet worden sind, hat sich Herr Duffke selbst mit einer Fülle von Anträgen und Beschwerden in den gesamten letzten Monaten an die Anstaltsleitung Neumünster gewandt, die nur in wenigen Einzelfällen überhaupt beschieden worden sind.

Bereits im April 1982 rügte RA Werner gegenüber dem Leiter der JVA Neumünster, daß Beschwerden von Herrn Duffke nicht bearbeitet würden, weil sie angeblich nicht die richtige Form hätten. Daruflhin teilte die Anstaltsleitung meinem Kollegen mit Schreiben vom 8.4.82 mit, daß „Eingaben, Beschwerden und Dienstaufsichtsbeschwerden, die nach Form oder Inhalt nicht den im Verkehr mit Behörden üblichen Formen entsprechen, nicht beschieden zu werden brauchen". Angeblich soll Herr Duffke Beschwerden in grob beleidigender Form abgefaßt haben. Die Passage schließt mit dem Satz: „Die Anstalt sieht sich demnach nicht veranlaßt, die Beschwerden des Herrn Duffke zu bescheiden".

Die Maßnahme wurde gestützt auf § 108 des Strafvollzugsgesetzes. Da Herr Duffke sich zu jener Zeit und seither nicht in Strafhaft, sondern in Untersuchungshaft befand und befindet, gibt diese Bestimmung keinerlei Rechtsgrundlage.

Um einige Beispiele zu nennen:

BESCHWERDE NR. 673 V. 7.8.82
„Am 5.8. sollte mir ein bestimmter Gefangener eine Salbe einreiben. Dieses Einreiben hat der Knastarzt angeordnet. Als ich einem Wärter das mitteilte, gab er dem Gefangenen ein Verbot, das zu tun."

NR. 674 V. 7.8.82
„Am 5.8. hatte ich trotz Sonne, Windstille usw. nur 55 Minuten Auslauf (statt 60 Minuten). Um Irrtümer zu vermeiden, habe ich extra andere Gefangene um Rat gefragt, die meine Ansicht bestätigten."

NR. 675 V. 10.8.82
„Am 5.8. sollte ich Besuch haben. Als ich den Raum aufsuchte, wo sonst der Besuch stattfand, wurde ich von einem Wärter wieder in meine Zelle gejagt. Angeblich hatte ich keinen Pullover an. Auch das Angebot, in diese berüchtigte Einzel-KZ-Zelle Besuch zu machen, wurde mir nicht angeboten, so daß ich totales Besuchsverbot hatte."

Mir ist unverständlich, weshalb die genannten Beschwerden nicht bearbeitet werden. Von „Knast" und „Wächtern" zu sprechen, ist keinesfalls ungewöhnlicher Sprachgebrauch, jedenfalls nicht beleidigend. Mir ist keine Vorschrift bekannt, welche Gefangenen Sanktionsandrohungen auferlegt, nur von „Justizvollzugsanstalt" und „Vollzugsbediensteten" zu sprechen.

Mit Schreiben v. 22.9.82 habe ich mich bei der JVA Neumünster beispielhaft wegen der Nichtbescheidung einer ganzen Reihe von Anträgen und Beschwerden aus der Zeit von Anfang bis Ende August bechwert und um Mitteilung gebeten, was in den angesprochenen Vorgängen geschehen sei, ggfs. um Mitteilung, ob und ggfs. bis wann etwas geschehen solle. Kopie des Schreibens lege ich zur Information bei.

Auch dieses Schreiben blieb ohne jede Antwort. Die Leitung der JVA verhält sich so keineswegs nur im Fall von Beschwerden, sondern auch bei Anträgen meines Mandanten. Wiederum ein Beispiel:

Am 22.8.82 beantragte Herr Duffke unter Nr. 681 wie folgt:
„Vor Wochen per sogenanntem Vormelder darum gebeten, wieder mein Stirnbrett am Knastbett mir wieder auszuhändigen. Das Brett wurde irgendwann mal von einem Wächter aus meiner Zelle genommen. Als ich die Zelle bezog, war das Brett nicht mehr vorhanden."
Die Entfernung des Stirnbretts sichert die totale optische Kontrolle, während sonst ein – wenn auch kleiner – toter Winkel entsteht. Für jeden Gefangenen ist ein minimaler Rest von unkontrollierter persönlicher Sphäre elementar wichtig. Eine richterliche Anordnung, dieses Brett im Falle von Herrn Duffke zu entfernen, gibt es nach meiner Kenntnis nicht. Andere Zellen haben dieses Stirnbrett.

Obwohl Herr Duffke seinen Antrag mit Beschwerde v. 30.8. und 3.9.82 wiederholte, auch mit Beschwerde Nr. 710 v. 23.10.82 erneut auf die Dringlichkeit dieser Sache hinwies, ist dieser Antrag über Monate hin bis heute nicht entschieden.

Dieses Verhalten der Anstaltsleitung Neumünster verletzt elementare Rechtsgrundsätze. Untersuchungsgefangene sind nicht aus dem Grundrechtsschutz ausgenommen. Die Würde der Person eines Menschen kann durch nichts härter getroffen werden, als wenn sein Vorbringen praktisch ignoriert wird. Ich werde diesen Vorgang jetzt daher auch öffentlich machen.

Für meinen Mandanten beantrage ich, im Aufsichtsweg die Anstaltsleitung der JVA Neumünster anzuweisen, die Anträge und Beschwerden meines Mandanten zu bearbeiten.

gez. Baisch, Rechtsanwalt

- Es ist wichtig, Michael kontinuierlich zu besuchen. Wenn die U-Haft vorbei ist hat er nur noch Anrecht auf 30 min im Monat !
  Besuchszeiten Mo., Mi., Fr. 10 - 15 Uhr, Sa., So. 9 - 11 Uhr.
  Besuchserlaubnis wird ohne Schwierigkeiten erteilt von
  Richter Selbmann, Landgericht Itzehoe, Breitenburgerstraße 68, 2210 Itzehoe
  Knastadresse: JVA Neumünster, Boostedter Str. 20, 2350 Neumünster
- Schreibt Michael, das ist sein Hauptkontakt nach draußen (legt Briefmarken bei, damit er zurückschreiben kann).
- Spendet auf die Ermittlungsausschuß-Konten
- Verfaßt Protestbriefe und Resolutionen
- Unterstützt die Aktionen und Kampagnen zu seiner Freilassung

Ermittlungsausschuß Hamburg
Turnerstr. 9, 2000 Hamburg 6, Tel.: 040 - 432364
Konto: 111 84 13, Vereins- und Westbank (BLZ 200 300 00)

Ermittlungsausschuß Bremen
St. Pauli Str. 10/11, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421 - 700144
Konto: 110 248 58, Sparkasse Bremen (G. Rodewald)

Knastdemo in Neumünster

Vom 19. - 22. November fanden in Hamburg, Neumünster und Bremen 4 Solidaritätskonzerte für die Brokdorfangeklagten statt. (siehe Ankündigung im letzten AE) Im Anschluß an das Konzert in Neumünster am 21.11. fand eine geplante, aber von den Behörden nicht genehmigte Demo zum Knast statt, um die Solidarität mit Michael zu ünterstützen.

Zu den Konzerten selber kamen wohl 12 - 15 000 Besucher, wodurch auch ein Überschuß zugunsten der Brokdorfangeklagten erzielt werden konnte.

Inwieweit dies einen politischen Erfolg bedeutet, ist schwer zu sagen, denn bei den Konzerten selber waren oft die Musikgruppen wichtiger, als die Leute, die Reden zu den Brokdorf - Prozessen hielten.

Daß es dabei aber doch um Politik ging, zeigt die Tatsache, daß ein Redner wie Ermut Duwe, der das „Rechtsprinzip" dieses Staates anerkannte, ausgepfiffen und mit Eiern bewworfen wurde.

Und daß der vom AKL geplante Auftritt Jo Leinens, wovon Markus z.B. erst 2 Wochen vorher auf der BuKo erfuhr, durch massive Proteste der AKW-Gegner, verhindert wurde.

In den meisten anderen Redebeiträgen wurde aber deutlich gemacht, daß es nicht darum geht, Kritik an der Höhe der Urteile zu üben, sondern diese Justiz grundlegend in Frage zu stellen.

Ganz gewiß ein Erfolg war die Knastdemo im Anschluß an das Konzert in Neumünster. Wohl 700 Leute (die taz meldete 1000) beteiligten sich am Fackelzug zum Knast, trotz des Wissens, daß die Demonstration nicht genehmigt war, und der Erfahrungen früherer Demos in Neumünster, bei denen es zu massiven Ausfällen der Polizei gekommen war.

Obwohl wir nicht damit gerechnet hatten, daß man uns überhaupt bis zum Knast durchlassen würde, kamen wir ungehindert vor das Haupttor. Dort wurden wir allerdings nach sofortiger Aufforderung der Polizei „ uns zurückzuziehen " unter Knüppeleinsatz zurückgedrängt, ohne daß wir eine Abschlußkundgebung abhalten konnten.

Trotzdem wird es für Michael endlich mal ein gutes Gefühl gewesen sein, daß es noch eine Menge Leute gibt, denen er nicht egal ist, und sich auch trotz Demoverbot nicht daran hindern ließen, ihm ihre Solidarität auszudrücken.

Zudem hatte sich Michael auch innerlich auf diese Demonstration eingestellt und sich darauf gefreut, obwohl ihm wegen der Demo von Mitgefangenen massiv gedroht wurde. Die JVA hatte nämlich für das Wochenende besondere Auflagen, die jeden Häftling betrafen, angeordnet. Dadurch wollte man Michael natürlich in die Rolle des Sündenbocks drängen.

Bei dem total chaotischen Rückzug vor den knüppelschwingenden Polizeihorden gab es dann einige Verletzungen und auch 3 Leute wurden vorübergehend festgenommen. Die auf dem Rückzug entstandenen Scherben in der Neumünsteraner Innenstadt nahm der Bürgermeister am nächsten Tag auch gleich zum Anlaß zu erklären, daß es in Neumünster keine Demonstration zum Knast mehr geben wird.

Ob sich die Leute, die sich mit Michael solidarisch erklären, in Zukunft aber daran halten werden (denn diesmal haben sie es ja auch nicht) ist eine andere Sache.

P.S.: In Bremen gab es während des Konzerts auch eine Demo, hier zum Verfassungsschutzgebäude. Sie wurde allerdings sofort aufgelöst.

Gemeinsame Presseerklärung

Es zeigte sich mal wieder, daß sich alle Tragödien als Farce wiederholen: Brokdorf - Richter Selbmann startete bei der Bremer Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Jens Scheer, und der Bremer Wissenschaftssenator leitete eine disziplinarische Untersuchung wegen desselben Verbrechens ein: Es geht um 60 - in Worten sechzig - Pfennige, als Porto von der Bremer Uni auf einen Brief an Michael Duffke im Knast gestempelt. (natürlich zählt Jens Korrespondenz über seine wissenschaftlichen Arbeiten - Atomenergie, Umweltschutz etc. - zu seinen beruflichen Pflichten)

Offenbar ärgert es Selbmann maßlos, daß er Jens vom Vorwurf der Rädelsführerschaft der zweiten Brokdorf - Demo freisprechen mußte, nachdem der Kronzeuge gestand, vom Staatsanwalt zur Falschaussage angestiftet worden zu sein. Und daß Jens nicht nur ständig, so auch in den USA Propaganda gegen die Terrorurteile macht, sondern auch Michael regelmäßig besucht. Ebenso hat der Bremer Senator nicht verwunden, daß Jens nach fünf Jahren Berufsverbot wieder eingestellt werden mußte.

Beide sind offenbar so wütend, daß ein Prof, der normalerweise auf ihre Seite der Barrikade gehört, mit einem Betonarbeiter gemeinsame Sache macht und seine Kämpfe fortführt, daß sie zu den lächerlichsten Maßnahmen greifen. Besonders wurmt Selbmann wohl auch, daß auf dem Brief Michael zu Recht als " Politischer Gefangener der Anti-Akw-Bewegung " bezeichnet wird.

An sich brauchte man über diese Kleinigkeiten kein Wort zu verlieren - vor allem auch in Hinsicht auf die ungleich schärfere Verfolgung von AKW-Gegnern und anderen Widerstandsbewegungen. Wir teilen die Sache auch nur mit, um zu zeigen, wie sich Justiz und Regierung in blindem Haß lächerlich machen.

Michael Duffke, Jens Scheer

Prozeß gegen Jo Leinen

Zur gleichen Zeit, als der BBU sein 10-jähriges Jubliäum feierte, begann am 24. November vor der Zweiten Großen Strafkammer des Itzehoer Landgerichts (vor der 1. Strafkammer wurden Markus und Michael „verurteilt") der Prozeß gegen das alte und neue Vorstandsmitglied des BBU, Jo Leinen.

Ihm wird vorgeworfen, die Demo am 28.2.81 geleitet und zu ihr aufgerufen zu haben. (Ähnliches passiert gerade Alexander Schubart (Startbahn West), nur hat Jo in der „Tagesschau" und Aschu vor der Kulisse von 150.000 geredet)

Wenn wir von diesem Prozeß nicht so berichten, wie vom Prozeß gegen Markus und Michael, dann liegt das daran, daß wir Probleme mit dem Begriff „Solidarität" Jo Leinen gegenüber haben.

Zudem hat Jo, im Gegensatz zu Markus und Michael, einen von den bürgerlichen Medien anerkannten Apparat hinter sich, der dafür sorgt, daß in der Öffentlichkeit ausführlich über sein Prozeß berichtet wird.

Wir wissen, daß Jo eines mit uns gemeinsam hat: den Kampf gegen das Atomprogramm und der menschenvernichtenden Technologie, die uns mehr denn je bedroht. Deshalb ist Jo auch einer aus unseren Reihen. Und mit seiner Kriminalisierung soll eben unser

Widerstand angegriffen werden. Darüber sind wir uns klar.
Doch unser Verhältnis ihm gegenüber zeigt sich schon, wenn man beim Prozeß auf die Zuschauerbänke sieht. Da ist ein ganz anderes Spektrum, als beim Prozeß gegen Michael und Markus vertreten. Dort sitzen nicht die Leute, die mit uns direkt am Bauzaun gekämpft haben, auch nicht die örtlichen BI's, durch die der Widerstand gegen Brokdorf erst so gewaltig werden konnte - dort sitzen Leute seiner eigenen Organisation und vom gewerkschaftlichen „ Aktionskreis Leben ". Dies „Verhältnis" zu ihm ist eigentlich nicht erst seit dem 28.2.81 so, doch seit diesem Tage ist Jo Leinen ein rotes Tuch für uns:
Nach der Demo distanziert er sich von allen Gewaltaktionen und grenzte sich und den BBU von den „Gewaltätern" ab, die er als Resultat des „kaputten sozialen und psychischen Gefüges einiger deutscher Großstädte" bezeichnete. Dies nicht in der Diskussion mit uns, sondern mit großem Trara in der Medienöffentlichkeit. Einen besseren „Mitstreiter" hätten sich Selbmann und Co. nicht vorstellen können. Nicht zuletzt durch solche Erklärungen ist ein Klima entstanden, welches es begünstigte, daß Strafen wie die 8 1/2 Jahre gegen Markus und Michael ausgesprochen worden sind.
Doch auch sein eigenmächtiges Verhalten vor und während der Demo kreiden wir ihm an:
- obwohl auf allen Vorbereitungstreffen eine Demo am Bauplatz vorgesehen war, mobilisierte er zu einer Auftaktkundgebung in Wilster
- obwohl zur selben Zeit eine Pressekonferenz der Vorbereitungsgruppen geplant war, rief er zu einer eigenen auf, zu der dann natürlich die Presse erschien
- obwohl wir uns nicht das Recht nehmen lassen wollten, selber zu bestimmen, wie und wann wir am Bauplatz demonstrieren, verhandelte er eigenmächtig mit der Polizei und forderte uns auf, die aufgestellten Sandcontainer selber leerzuschaufeln und uns durchsuchen zu lassen.
Doch nicht nur an der Brokdorfdemo '81 zeigte sich unser „Mißverhältnis" zu Jo. Immer wieder wird er von der bürgerlichen Presse zur verantwortlichen Person im Kampf gegen die AKW's hochstilisiert. Doch anstatt sich dagegen zu wehren, nutzt er diese „Position" voll aus: er hält eigene Pressekonferenzen ab, gibt dem Widerstand so seinen und unseren Charakter. Er schwingt sich zu unserem Sprecher auf, obwohl er nicht mehr den geringsten Kontakt zur Basis hat, und außer dem Kampf gegen die AKW's keine Gemeinsamkeiten mit uns hat.(Mehr dazu siehe Erklärung der BuKo und Leserbrief „Austritt aus dem BBU")
Trotzdem ist Jo's Prozeß auch unser Prozeß. Ihm wird vorgeworfen, trotz Kenntnis des bestehenden Demonstrationsverbotes am 23.2.'81 in der „Tagesschau" öffentlich zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen zu haben.
Fast dieselbe Ausgangsposition liegt beim Prozeß gegen Aschu vor.
Hier wird versucht, ein „Unrecht" durchzusetzen, welches bedeuten würde, daß zukünftig alle Sprecher von BI's und Veranstalter von Demonstrationen, bei denen es zu Auseinandersetzugen mit der Staatsmacht kommt, mit Geld- bzw. Freiheitsstrafen rechnen müssen.
Dies ist ein weiterer Versuch, unseren Widerstand als kriminell darzustellen. Und genau deshalb gilt Jo unsere Solidarität

Wir fordern Einstellung des Verfahrens gegen Jo Leinen !

Gorleben — Uelzen

Am 4.12. trafen sich in Uelzen der Ermittlungsausschuß und Leute aus Uelzen, - Lüchow Dannenberg, Lüneburg und Celle. Es ging dabei um das eigene Verhalten in den nächsten Monaten, bezogen auf die anstehenden Prozesse.
Zum einen wurde festgestellt, daß nach wie vor Geld fehlt und daß auch weiterhin noch nicht genügend Fotos von den Aktionen am 4.9. und 5.9.82 beim EA eingegangen sind, trotz mehrmaliger Aufrufe in der taz.(siehe auch Artikel zu Wasserwerfereinsätzen in Gorleben in dieser Nummer)
Es wurde beschlossen, sich zum einen mehr an die Öffentlichkeit zu wenden: Plakat drucken, Flugblätter, Veranstaltung 1.Woche vor dem Prozeß gegen Christoph in der PH in Lüneburg mit Musikgruppen (dies steht aber noch nicht fest) - leider fehlt im Moment das Geld dazu.
Zum anderen wurde beschlossen, auf der Regionalkonferenz am 11.12. in Lüneburg den Vorschlag zu machen, für die darauffolgende Regionalkonferenz die Kriminalisierung zum Schwerpunktthema zu machen und dazu bundesweit ein Einladungsschreiben zu verschicken.

In der Zwischenzeit sind auch schon die ersten Gerichtstermine eingegangen:
Carmen (aus Göttingen): Ihr werden Steinwürfe und „schwerer Widerstand" vorgeworfen. Sie ist am 5.9. in Uelzen festgenommen worden. Termin: 17.12., Jugendschöffengericht Göttingen
Christoph (Berlin): Er wurde am 4.9. in der Nähe des Zwischenlagers festgenommen. Ihm wird „versuchte Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch und Widerstand" vorgeworfen.
Termin: 14.2.83, Landgericht Lüneburg

Richard (Salzgitter): Er wurde am 4.9. festgenommen. Bei ihm liegen dieselben Vorwürfe wie bei Christoph vor.
Termin: steht noch nicht fest, Landgericht Lüneburg

Michael (Lauenburg): Er sollte schon im November vor dem Jugendschöffengericht in Uelzen verhandelt werden, ist aber verschoben worden. Ihm wird „versuchte Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch und Widerstand" vorgeworfen.
Termin: steht noch nicht fest.

Termine und Orte für die anderen 4 Verhafteten sind noch nicht bekannt.

David aus Österreich, dessen Haftbefehl aufgehoben worden war und den man nach Österreich abgeschoben hatte, wurde dort als erstes in die Psychiatrie gesteckt. Nach 5 wöchigem Aufenthalt ist er entlassen worden.
Der Ermittlungsausschuß sucht noch dringend Zeugen und Fotos. (Es sind soviel Leute mit Kameras dagewesen, da muß es doch Fotos geben, d.Sz.)
Schickt die Sachen nicht per Post, sondern bringt sie zum nächsten Ermittlungsausschuß.
Außerdem wird noch dringend Geld benötigt! Spendet, die Leute sind Kriminalisierte aus unserem Widerstand !

EA Gorleben
3131 Dangenstorf 36
Tel.: 05883 / 712

Spendenkonto des EA Gorleben:
Kreissparkasse Lüchow (BLZ 2585 1335)
Kontonnr.: 2027357

Schacht Konrad 30.10.

Am 30.10. wurden insgesamt 28 Leute festgenommen. Von ihnen befanden sich 3 in Vorbeugehaft, aus der sie Samstag abend entlassen wurden. 9 Personen sollten am Sonntag, dem 31.10., dem Haftrichter vorgeführt werden, die anderen wurden vorher rausgelassen. Bei 2 Personen verzichtete der Staatsanwalt auf die Vorführung, sie konnten gehen. Bei den restlichen 7, die dem Haftrichter vorgeführt wurden, wurde Haftbefehl erlassen, Einer bekam aufgrund seines jugendlichen Alters Haftverschonung.
In der Woche nach der Demo fanden vier Haftprüfungstermine statt. Bei allen wurde die Haft aufrechterhalten. Vier Tage nach seiner Haftprüfung wurde L. aus Gießen auf Antrag der Staatsanwaltschaft entlassen, der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Begründung: aufgrund der Polizeifotos wurde festgestellt, daß die belastende Bullenaussage gelogen war. Allerdings war dies auch schon bei der Haftprüfung bekannt. Erklären läßt sich die Sache nur damit, daß es im Fall von L. massive Proteste gab, da er Arzt ist und auf der Demo als Sani tätig war.
Am 9.11. fand bereits der erste Schnellprozeß statt. Der voll " geständige " J. wurde zu einem halben Jahr auf Bewährung verurteilt. Die anderen, die keinerlei Aussagen zur Sache gemacht hatten, kamen dann auch nach und nach frei, die letzten am 15.11..
Von den 28 Festgenommenen befinden sich jetzt keine mehr in Haft, was nicht heißen kann, daß uns die Sache nicht mehr zu interessieren hat, da schon für die nächste Zeit mit den Prozessen zu rechnen ist. Zwei Leute haben bereits die Anklageschrift vom Landgericht erhalten und es ist zu befürchten, daß sich die Justiz die Höhe der Brokdorf-Urteile zum Maß nehmen wird.

Haftbedingungen

Am Sonntag nach Erlass der Haftbefehle wurden drei Gefangene nach Braunschweig in den U-Knast Rennelberg gebracht, die drei anderen in den Strafknast Wolfenbüttel. In beiden Knästen wurden die Gefangenen auf verschiedene Häuser verteilt, so daß sie untereinander keinen Kontakt hatten. Auch von den anderen Gefangenen wurden sie isoliert.
In Wolfenbüttel hatten sie Einzelhofgang mit Sonderbewachung, in Braunschweig konnten sie jeden zweiten Abend am gemeinsamen Fernsehen teilnehmen, was einem Gefangenen nach der lautstarken Knast-Demo jedoch für 2 Tage verboten wurde, er nahm aber weiterhin am gemeinsamen Hofgang teil.
P. hatte in Braunschweig die ganze Zeit über Einzelhofgang, auf einem ektra gesicherten Hof.
Die drei Gefangenen in Wolfenbüttel wurden nach kurzer Zeit auf die Knäste Gifhorn, Hannover und Hildesheim verteilt (der Verbleib von H., der nach Hildesheim kam, war eine Zeitlang unklar, da niemand darüber Auskünfte geben wollte).
Richter Pätzmann betrieb die weitere Isolation der Gefangenen: Post wurde aufgehalten und verzögerte sich, Besuchsanträge wurden pauschal abgelehnt, es sei denn, es handelte sich um sehr nahe Verwandte.
" Das ist ja ein entscheidender Einschnitt in das Leben eines Menschen, wenn er im Gefängnis sitzt, da muß man erstmal mit fertig werden. Außenkontakte stören da nur. " (Pätzmann zu Freunden eines Gefangenen, die einen Besuchsantrag stellen wollten.)
Ebenso gab es ständig Schwierigkeiten mit Radios, Fernsehen, Kleidung etc., die Pätzmann teilweise " großzügig " genehmigte, im System von Knast - Bürokratie - Schikane - und Dummheit aber nicht immer bei den eigentlichen Empfängern ankamen. Die Anwendung verschiedener Schikanen bleibt eben jedem Knast-(leiter) selbst überlassen.

Aus einem persönlichen Erfahrungsbericht

... Nachdem der Haftbefehl ausgestellt war, wurden M. und ich in einem VW-Bulli nach Wolfenbüttel gebracht. Am ersten Tag waren wir auf einer Zelle. Am Montag wurden wir dann auf Anordnung des Haftrichters auf Einzelzellen verlegt. Am Donnerstag, den 4.11., hieß es dann " Sachen packen, sie machen eine kleine Reise " - keine Auskunft wohin. Auch sonst wurde darüber niemand benachrichtigt. Mit 3 Mann Bewachung ging es dann nach Hildesheim. Die Entlassung nach 13 Tagen kam dann für mich völlig überraschend und zunächst ohne Erklärung. Am nächsten Tag erhielt ich dann vom Amtsgericht Salzgitter die Mitteilung, daß der Haftbefehl gegen mich auf Antrag der Staatsanwaltschaft aufgehoben worden sei.
Theoretisch war mir schon seit längerem klar, daß man bei einer Demo abgegriffen werden kann. Als es mich dann persönlich traf, war es für mich doch erst mal ein Schock. Wie ich mich bis nach der Vernehmung bei der Polizei verhalten mußte, war mir bekannt (auch weil es in jedem Flugblatt steht), aber was danach kommt, damit habe ich mich nicht beschäftigt - die Auseinandersetzung mit dem Knastalltag in Einzelhaft und der Knastbürokratie. Ich war zunächst ziemlich hilflos. Da gab es zwar die festen Termine: Wecken, Frühstück, Mittagessen, Abendessen - ansonsten Leere, Anträge stellen und warten auf Zeichen von draußen, Briefe, Besuch, Kontakt mit dem Anwalt. Mir war schon klar, daß draußen etwas für mich getan wurde, aber beim Durchhalten haben mir vor allem die Zeichen geholfen, die von draußen kamen - die Freunde, die am Amtsgericht standen, als ich dem Haftrichter vorgeführt wurde und die Sachen, die für mich im Knast abgegeben wurden. Das waren für mich die einzigen Anzeichen dafür, daß man weiß, wo ich bin, weil Briefe erst nach 8 Tagen durchkamen.
Aber mit der Knastbürokratie ist man erstmal alleine und meist ohne Ahnung über seine Rechte. Fragen werden akut wie: Welche Auskünfte muß man bei der Aufnahme geben? Wie erreicht man den Anwalt? Was muß man wo beantragen? Wie verhält man sich bei der ärztlichen Aufnahmeuntersuchung? Muß man eine genaue Personenbeschreibung zulassen (bei mir z.B. Größe, Gewicht, Augen, Ohren, Gebißuntersuchung)?
Ich meine Informationen darüber müßten genauso verbreitet werden, wie Infos zum Verhalten bei Festnahmen.

Das Obenstehende ist im wesentlichen der Braunschweiger Broschüre „Negativ/ Extra 1 zu Knast und Kriminalisierung" entnommen.

Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um - ein Diskussionsbeitrag zur Kriminalisierung

Wer Widerstand leistet kann im Knast landen. Dabei spielt es keine Rolle was man wirklich gemacht oder nicht gemacht hat. Es spielt auch keine Rolle in welcher Form sich der Widerstand ausdrückt, wie der Prozeß gegen Aschu deutlich beweißt.
Widerstand bedeutet für uns selbstverständlich nicht Bratwurstkauend alternative Feste abzuziehen, sich im parlamentarischen Tingeltangel zu beteiligen und schweinische Distanzierungen loszulassen. Es scheint uns gerade angesichts der Ereignisse der letzten zwei Jahre dringend geboten, von der grün - alternativ -liberalen Vorstellung herunterzukommen, daß das System halt ab und an mal gegen die "Rechtstaatlichkeit " verstoßen würde - hier ein kleines Terrorurteil und dort einmal ein " ungerechtfertigter " Bullenübergriff.
Der Knast, der uns heute bedroht, wird mit Sicherheit nicht die letzte Stufe BRD-mäßiger Unterdrückung sein, aber er ist auch nicht der erste:
In Zeiten ungehemmten wirtschaftlichen Wachstums gelang es den Herrschenden in der Regel Konfliktpotential durch ein ausgeklügeltes System gesellschaftlicher Gratifikation für Wohlverhalten zu integrieren.
Doch schon in dieser Zeit begannen die Herrschenden sich die logistischen Fähigkeiten für umfangreiche Repressionsmaßnahmen zu schaffen, um in Zeiten kapitalistischer Krise aufkeimenden, nicht integrationsfähigen Widerstand unterdrücken und zerschlagen zu können.
Erste Schritte waren die Notstandsgesetzgebung und die Installierung von Programmen, die an die Erfahrung der " Counterinsurgency ", die die US-Imperialisten meist erfolgreich in Lateinamerika ausprobiert hatten, anknüpften. Diese Grundlagen wurden in den 70er Jahren im Zuge der " Terroristen " hysterie verfeinert und erstmals zur Anwendung gebracht: bedingungslose militärische Vernichtung der " Terroristen " und zugleich ideologisch-propagandistische Offensive, wie z.B. Einbeziehung der Bevölkerung, Unterhaltungsserien in Zeitungen über die " Terrorszene ", angebliche Bedrohung von zivilen Objekten wie Trinkwasserversorgung, sind Bestandteil dieser propagandistischen Seite (Mann/Frau erinnere sich an die gezielte Pressehetze vor und nach Demonstrationen).
Als weitere Maßnahmen wurden neue Gesetze geschaffen, wie § 129, Verbot der Mehrfachverteidigung, Kontaktsperre etc., die bekanntermaßen inzwischen auch auf uns angewendet werden.
Gleichzeitig wurden aus " Sicherheitsgründen " massenhaft Hochsicherheitstrakte, - tote Trakte und Isolierzellen gebaut. Ebenso fällt in diesen Zeitraum der Ausbau des BKA mit Zentraldateien und anderen Computersystemen, die z.B. Rasterfahndungen ermöglichen.
Auch die Einführung neuer Polizeigesetze wurde in dieser Zeit eingeleitet. Als deren Ergebnis u.a. das Neue Niedersächsische Polizeigesetz zu sehen ist, das den gezielten Todesschuß, die Ausstattung der Polizei mit Handgranaten, den ohnehin schon üblichen Einsatz des BGS im Inneren, die vereinfachte Möglichkeit zu Razzien und die Verhaftung von Personen ohne richterlichen Haftbefehl schon bei schweren Ordnungswidrigkeiten erlaubt.
All diese " Anti-Terroristenmaßnahmen " finden nun in einer Zeit verschärfter Auseinandersetzungen um
– Kaputtsanierung
– Atomkraftwerke
– menschen- und umweltfeindliche Großprojekte
– Kriegsvorbereitung
Anwendung auf einen beliebig vergrößerbaren Personenkreis. Dieser ganze Repressionsapparat läßt sich jederzeit von den Herrschenden kurzfristig erweitern:
– Einführung neuer Waffen (Pepperfog, Gummigeschosse, CS-Gas, Blendschockgranaten etc.)

Knast droht ! - Was können wir tun ?

Unserer Meinung nach wäre es eine fatale, wenn auch vielleicht verständliche, Konsequenz sich nicht mehr an Aktionen zu beteiligen. Auch sollten wir nicht ständig mit dem Horror " Knast " in der Birne herumlaufen, nichtsdestoweniger bleibt uns die Auseinandersetzung damit nicht erspart:
Dazu gehört eine b r e i t e Diskussion unter uns, denn betroffen sind wir alle. Ebenso halten wir es für unausweichlich, uns mehr Informationen über den Knastalltag zu beschaffen, denn wie auch der Genosse in seinem Erfahrungsbericht geschrieben hat, wenn man erst drin sitzt, steht man alleine vor der ganzen unbekannten Situation.
Das Wesentliche ist aber, so glauben wir, den ausgelatschten Begriff " Solidarität " mit mehr Inhalt zu füllen.
Das fängt bei den persönlichen Kontakten zu Gefangenen an, geht über die Einbeziehung des eingeknasteten Teils der Bewegung in unsere internen Auseinandersetzungen und

– Vermummungsverbot
– Demonstrationsverbote
– Einsatz von US - Soldaten (Berlin, 13.9.81 zur " Sicherung " amerikanischer Einrichtungen bei der Anti - Haig - Demo)
– Bereitstellung von Bundeswehrwaffen (Granatwerfer bei der Brokdorf-Demo am 28.2.81)
Komplettiert werden diese polizeistaatlichen Maßnahmen durch eine Justiz, deren Tradition bekanntermaßen teilweise personell, als auch ideologisch bis tief in die Nazi-Zeit hineinreicht.
Doch diese Justiz hat noch lange nicht die Grenzen ihrer repressiven Möglichkeiten erreicht, wie die Nürnberger Massenverhaftungen und die Einrichtung eines Schnellgerichts in Berlin (wenige Stunden nach " Krawallen " wurden die ersten Haftstrafen verhängt) beweisen.

externen Kämpfen, bis hin zur Weiterführung des praktischen Widerstands, d. h. am Beispiel Schacht Konrad, daß wir weiterhin informieren, demonstrieren und sabotieren, denn die Leute sind nicht eingefahren, weil sie etwas " getan " haben, sondern weil sie und wir gegen das mörderische Atomprogramm und das Atommüllager Schacht Konrad und dessen Verantwortliche kämpfen.
Deshalb halten wir es für notwendig, auch im Hinblick auf die anstehenden Prozesse, den Widerstand gegen Schacht Konrad weiterzuführen, z.B. neue Demos, Besuche bei den Betreibern in Braunschweig und andere nette Aktionen zu organisieren.

Dieser Diskussionsbeitrag kommt von Leuten aus Göttingen

Kalkar — und wie weiter ?

Angesichts der Bundestagsentscheidung vom 3.12., in welcher dem Schnellen Brüter Grünes Licht gegeben wurde und angesichts der Demo vom 2.10., die ja auf diese Entscheidung einwirken sollte, halten wir es für wichtig, neue Strategiediskussionen mitanzuregen. Deshalb drucken wir hier die folgende Erklärung ab, die uns anonym zugeschickt wurde.

Die Demo vom 2.10.82 könnte ein neuer Auftakt zur weiteren Mobilisierung gegen den Schnellen Brüter sein, obwohl sich die Bedingungen hierfür auf den ersten Blick verschlechtert haben. Der Klotz konnte in aller Ruhe gebaut werden, fünf Jahre lang, ohne daß wir in der Lage waren (vor allem nach der September-Demo 1977) nennenswert zu stören.
Die Vorgeschichte zu dieser Demo ist auch Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber dem Atomprogramm der BRD. Die Mobilisierung zur Demo war weniger das Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung der Anti-Kalkar-Gruppen mit dem Brüter; sie war vielmehr ursprünglich gedacht als Entscheidungshilfe für die Abstimmung im Parlament und als Unterstützung der „ kritischen Enquetemitglieder " und als solche vom BBU und den Grünen ins Gespräch gebracht worden. Die Diskussion um den Demo-Aufruf hat die beiden Linien in der AKW-Bewegung öffentlich gemacht: Auf der einen Seite BBU und Teile der Grünen, fixiert auf den Parlamentarismus und dessen Spielregeln - sie wollten die gewaltfreien Massen gewaltfrei vorführen - und auf der anderen Seite die Bls und Autonomen, die den Abriß des Brüters auf die Tagesordnung setzten, über das wie jedoch auch wenig äußerten.
Auf der Demo selbst spiegelten sich die Linien wieder: Der BBU hielt eine Kundgebung ab, wenige Meter weiter versuchten 400 Leute die Bullen auf Trab zu bringen, um so wenigstens den Friede-Freude-Charakter der Veranstaltung zu stören. Und zwischen den Steinewerfern und den Wasserwerfern warfen Gewaltfreie ihre Arme hoch, um die Wasserwerfer und die Bullen vor den Steinewerfern zu schützen.

Der Schnelle Brüter wird nach dem Willen von Industrie und Staat zu Ende gebaut. Bei der Hoffnung der Grünen, daß das Gezeter um Finanzierungslücken das Signal für das langsame Sterben bedeute, war wohl auch der Wunsch der Vater des Gedankens.
Der Brüter und der Hochtemperaturreaktor sind Symbole für ihren Fortschritt. Der Regierungswechsel ändert nur insofern etwas daran, als sich die CDU/FDP nicht mehr um den letzten Schein von Sozialstaatlichkeit zu scheren brauchen. Birne macht dort weiter, wo Schmidt nicht mehr konnte, wie er wollte.

Der Weiterbau des Brüters steht für die Glaubwürdigkeit einer Regierung, die in der umfassenden Durchsetzung einer menschenverachtenden und -zerstörenden Großtechnologie ihren Weg zu Wirtschaftswachstum, Macht und Expansion sieht.
Obwohl Herr Riesenhuber von der Notwendigkeit der finanziellen Beteiligung der Atomindustrie spricht, werden im neuen Haushalt große Summen zur Deckung des Finanzlochs bei Brüter und HTR aufgebracht. Die Diskussion, die zwischen von Bülow und den EVUs + Konzernen um die Finanzierung der Projekte begann, hat zwei Funktionen:
- Die Umverteilung der Kosten mußte neu geregelt werden, weil der Staat nicht mehr die Finanzierung für Forschung und Entwicklung allein tragen konnte und wollte. Daß bei der Diskussion der Deal 'mehr Geldeinsatz von EVUs und Industrie gegen einfachere Baugenehmigungsverfahren und politische Unterstützung' herauskam, zeigt, daß die AKW-Betreiber noch auf dem Vormarsch sind.
- Die SPD hat in der letzten Phase der öffentlichen Diskussion ihre Oppositionsrolle vorbereitet. Sie weiß sehr genau, daß sie nach dem Verlust der Macht sich auf neue Partner einstellen muß. Mittlerweile signalisiert selbst ein Börner Gesprächsbereitschaft an die Grünen und Vogels Berliner Weg soll auch in Bonn gangbar gemacht werden. Die breit geführte Diskussion um neue Mehrheiten links von der CDU zeigt, daß die SPD in der Krise allemal in der Lage ist, Integrationsmodelle zu entwickeln. Sie hat angefangen, ihre Legende als ein Opfer von Verrat zu stricken, der Solidarisierungseffekt mit dem gemeuchelten König Schmidt ist offensichtlich.
Es wird jetzt schon geflissentlich verdrängt, daß die SPD in den letzten 13 Jahren verantwortlich die Entwicklung zum Überwachungsstaat betrieben hat, daß sie Hochsicherheitstrakte und Berufsverbote eingeführt hat, daß unter ihrer Regie Genossen und Genossinnen ermordet wurden, daß sie die Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gefördert und geduldet hat, daß unter ihr unsere Städte gesäubert wurden von allem Menschen- und Lebenswertem, daß die Masse ihrer Wähler in Betonburgen verwaltet werden, daß jeder Widerstand gegen die Zerstörung mit Bullengewalt gebrochen und verfolgt wurde, daß diese Sozialdemokraten das Leben aller sozial Schwachen ausgrenzten aus ihrer Wachstumsgesellschaft.
In der Opposition wird sie die Grünen umgarnen und versuchen, sie für eine um Ökoprobleme bereicherte sozialdemokratische Politik zu gewinnen. Die Diskussion bei den Grünen zielt genau in diese Richtung eines Bündnisses mit der SPD. Ihre Widersprüche machen sich nicht an dem ob fest, mit wem und mit wem nicht gilt es zu entscheiden. (taz 8.10. und 21.10.)
So fanden die Gespräche von Bülows in einer Situation statt, in der das Ministerium nicht mehr zahlen konnte. Eine Erhöhung des Etats und die damit verbundene Belastung der Steuerzahler konnte in einer Zeit vor einem zu erwartenden Regierungswechsel nur unklug sein.

Die Durchsetzung des Brüterprogramms hat gegenüber den anderen AKWs einen besonderen Stellenwert:

...

- Die Brütetechnologie muß beherrscht werden, um der BRD den Spitzenplatz in der internationalen Konkurrenz zu sichern, der mit jedem Jahr Verzögerung gefährdet scheint.
Die Brd verfügt nicht über eigene Uranvorkommen. Im internationalen Atomgeschäft spielt für sie der Verkauf von Know How und Technologie die weitaus größte Rolle. Dieses Verhältnis trifft auf fast alle Rohstoffe zu, die die BRD importieren muß. Die Industrie kauft Rohstoffe aus Ländern, in denen mit ihren Maschinen und Ingenieuren das Zeugs aus dem Boden geholt und verarbeitet wird.
Wie wichtig auch der Bundesregierung diese Wissensmacht ist, zeigt der letzte Forschungsetat, der die Masse der Gelder in Brüter, HTR, Mikroelektronik und Biotechnologie investiert und auch der Etat des Herrn Riesenhuber spart überall - nur nicht an der Ecke. Brüter, HTR, Mikroelektronik und Biotechnologie sind von allen Kürzungen ausgenommen, sie bleiben offensiv.
Wenn Mensch gleichzeitig weiß, daß die forschungsintensiven Industrien 1981 die höchsten Zuwachsraten hatten, weiß er, für wen geforscht und investiert wird.

- Der Brüter steht für die fortschreitende Europäisierung des Atomprogramms. Die Beteiligung von holländischen, belgischen und englischen Firmen und Institutionen am SNR 300, sowie der Franzosen und Italiener am Folgereaktor ist zwingend, wenn die BRD an der Entwicklung anderer europäischer Brüterlinien teilhaben will. Die Beteiligung der Deutschen am Superphenix soll einen wissenschaftlich-technischen Alleingang der Franzosen verhindern, was die Marktchancen im internationalen Geschäft für die BRD schwächen könnte.

- Die BRD sichert ihren imperialistischen Einfluß durch den Verkauf von ganzen Reaktorlinien und bestimmt damit direkt die innenpolitische Entwicklung der betroffenen Länder. Mit dem Bau des Brüters muß etabliert werden, was verkauft werden soll. Auf den ersten Blick haben wir schlechte Karten. In der 'Autonomie' 4/5 schrieben wir:

„ Unsere Vorstellung ging dahin, die Atommafia da anzugreifen, wo das Atomprogramm konzipiert, wissenschaftlich vorbereitet, propagandistisch aufbereitet und materiell durchgeführt wird, also nicht den Bauplatz als Schlußpunkt des Programms, sondern die gesamte Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt zu machen. Wir glauben immer noch, daß dadurch die Möglichkeit einer kontinuierlichen politischen und militanten Praxis in jeder Stadt gegeben ist, wir die Möglichkeit der überraschenden Initiative behalten und uns nicht ausschließlich einige Standorte zu 'Entscheidungsschlachten' aufdrängen lassen brauchen."

Das ist auch heute noch die Kampfperspektive. Dabei kann es nicht um die Rettung des ökologischen Gleichgewichts allein gehen - das ist wahrscheinlich eh schon kaputt. Die Finanzierung des Brüters wird im Angriff auf unsere Lebensbedingungen durchgesetzt. Die Milliarden des Forschungsetats kommen aus Steuergeldern. Sozialhilfe, Kindergeld, Arbeitslosengeld werden gekürzt, Strompreise werden erhöht.

Der Bau des SNR 300 führt deshalb unmittelbar zu einer Verschlechterung unserer Lebenssituation. So betrachtet ist die Perspektive unseres Kampfes umfassender, schließt die Menschen mit ein, die sich einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen widersetzen, macht es uns möglich, auf viel breiterer Ebene aufzuwiegeln und anzugreifen.

Der Brüter und der HTR stehen am Rande des Ruhrgebiets. Seit Jahren vollzieht sich hier ein Umwandlungsprozeß, der angefangen hat mit der Schließung der Zechen, der in neuer Zeit mit der Schließung von Stahl- und Kupferhütten wieder öffentlicher wurde.

Ergebnis dieses Prozesses ist nicht etwa, daß die Menschen hier in saubererer Luft und an angenehmereren Arbeitsplätzen besser leben könnten, sondern daß eine Menge von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger einem geringen und hochspezialisierten Arbeitsplatzangebot gegenübersteht mit der Aussicht, sich hier vor Ort auf dem Existenzminimum als Frührentner und Gelegenheitsarbeiter einzurichten.

Wir fänden es mehr als wichtig und toll, wenn die Leute aus der Linken, die seit Jahren in Gewerkschaften und Betrieben arbeiten, mal zu diesen Bewegungen und Veränderungen in der Arbeiterklasse etwas sagen und schreiben würden (das ist 'ne Aufforderung).

Unsere Chance besteht darin, dort einzugreifen und anzugreifen, wo der Brüter noch fertiggestellt werden muß. Sie rechnen selbst noch mit 5-6 Jahren Bauzeit. Jahre, in denen Transporte nach Kalkar fahren, Firmen ihre Aufträge erfüllen und Material anliefern, in denen die Betreiber und Erbauer Steuergelder einstecken, in denen der Niederrhein verkehrsmäßig atomgerecht verändert wird. Jahre, in denen die EVUs versuchen werden, den Strompreis anzuheben. Jahre, in denen wir Zeit haben zu boykottieren, zu sabotieren, zu besetzen, zu sperren, zu sprengen.

– Auf geht's !!!

Wir haben angefangen die Brütermafia anzugreifen. Möglichkeiten sind da viele, denn das Netz von Brüter-Entwicklern, Brüter-Forscher, Brüter-Bauer... ist ausgedehnt. Angefangen haben wir mit Interatom und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS). In der Nacht vom 1.10. haben wir einen Sprengsatz bei Interatom in Bensberg und in Köln bei der GRS gezündet. Interatom mußte seinen Lehrlingen einen Tag freigeben. Bei der GRS ist die Druckwelle nicht nur hinten rein gegangen, sondern auch vorne wieder raus mit ner ziemlichen Wucht, wobei eine Menge Scheiben auf der Strecke geblieben sind.

Interatom gehört zu 100% der KWU und die wiederum voll und ganz Siemens.

Interatom sitzt in Bensberg und besitzt seinerseits wiederum zu 70% die INB - Internationale Natriumbrutgesellschaft (neben einer belgischen und niederländischen Firma Selbige ist erst 1972 zum Zweck des Brüter-Baus gegründet worden.

Im Produktionsprogramm von Interatom finden sich neben den Schnellen Brütern auch gasgekühlte Hochtemperaturreaktoren, auch Urananreicherungsanlagen mit Gaszentrifugen- und Trenndüsenverfahren. Da werden Trainingsreaktoren und Forschungsreaktoren und Brennelemente angeboten. Selbst Standortuntersuchungen und Gutachten zur Reaktorsicherheit verkaufen die.

Interatom hat selber wieder eine Tochter - die GHT (Gesellschaft für Hochtemperaturtechnik) und noch andere nukleare Teiltöchter. Interatom ist ein Gesellschafter in einer Kenntnisverwertungsgesellschaft für Schnelle Brutreaktoren. Interatom baut in Indonesien einen Forschungsreaktor. Interatom ist zu 10% bei NUCLEI beteiligt, eine (bis auf 15% STEAG) brasilianische Gesellschaft, die dort eine Demonstrationsanlage zur Urananreicherung nach dem Trenndüsenverfahren baut. Interatom liefert mit STEAG zusammen den Ingenieur-Architekt in diesem Projekt.

...

In der Gesellschaft für Reaktorsicherheit sind die TÜVs verschidener Länder und des Bundes zusammen mit dem Lloyd vertreten. Neben der Beratung des BMI bei kerntechnischer " (un) Sicherheit " und des nuklearen " Umgebungsschutzes " hat die GRS - eine Reihe anderer Funktionen. Sie erstellt Gutachten i.A. des BMI und der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden, untersucht neue Konzepte und Systeme bei kerntechnischen Anlagen und arbeitet Vorschläge für Forschungsvorhaben aus. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der " Sicherheit " von kerntechnischen Anlagen und sie arbeitet an Regeln und Richtlinien im Bereich " Sicherheitstechnik " mit. Die Öffentlichkeit und interessierte Stellen werden von ihr in allen Fragen der " Sicherheit " von Atomanlagen " beraten " und sie betreut die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission fachlich und organisatorisch.

Am 1. diesen Monats haben wir einen Sprengsatz an einen Strommasten gelegt, der schnurstracks und ausschließlich zum Brüter führt. Wir wollten damit eine Zwangspause für wenigstens einige Tage erreichen, in denen im Gelände lediglich mit Notgeneratoren das Notwendigste beleuchtet und belüftet werden kann. Jeder Tag Verzögerung beim Bau in Kalkar heißt Geld und Ärger und Gerede für sie und Zeit und Luft für uns!!!

Revolutionäre Zellen

DONNERSTAG – 4. NOVEMBER 1982

Bombenanschlag auf Strom-Leitung zum Schnellen Brüter in Kalkar

Von unserem Redaktionsmitglied Alois Puyn

Kalkar – Von vier Sprengstoffpaketen, die schon in der Nacht zum Dienstag an einem Hochspannungsmast der 220-Kv-Leitung zur Großbaustelle des Schnellen Brüters in Kalkar von bisher unbekannten Tätern angebracht wurden, explodierten nur zwei, so daß es keine Stromunterbrechung gab. Erst durch einen gestern zugestellten Bekenntnisbrief einer „Revolutionären Zelle" wurde der Anschlag bekannt, denn die Nachbarn hatten den Schall der Detonation für den Knall eines Überschall-Flugzeuges gehaLten. Die beiden nicht explodierten Sprengladungen wurden inzwischen von Feuerwerkern unschädlich gemacht. Der Schaden, der bei der Detonation an dem Leitungsmast des RWE trotz des Versagens zweier Sprengpakete entstand, ist so hoch, daß die Konstruktion wahrscheinlich durch einen Neubau ersetzt werden muß.

Schacht Matt !

Drei Diskussionsbeiträge zur Demo am 30.10. und ein Interview

Die Demonstrationen in Gorleben und Kalkar habe ich selbst nicht mitgemacht, wohl aber einiges darüber in Gesprächen und Diskussionen mitbekommen. Angesichts der Tatsache, daß ich schon etliche Demos auf dem Buckel habe, glaubte ich, diese Aktionen einordnen zu können, auch ohne selbst dabei gewesen zu sein. Obwohl etliche Bekannte von mir der Gorleben-Aktion einige gute Momente abgewinnen konnten, blieb bei mir doch die Einschätzung prägend: Diese heiße Herbst-Aktionen zeigen allenfalls die momentane Schwäche, nicht aber die Stärke der Anti-AKW-Bewegung.

Und der Gipfel dieses traurigen Spektakels schien die Demo gegen den Schacht Konrad zu werden - ausgerechnet die Demo, an der ich teilnehmen konnte und wollte. Von gemeinsamer Aktion keine Spur, mindestens 3 verschiedene Demorouten und Konzepte standen wahlweise und beliebig kombinierbar zur Verfügung, keine schien überzeugend.

Die Vorbereitung in Göttingen lief ziemlich gut, es wurde offen diskutiert - die Unsicherheit blieb trotzdem. Die Vorbereitung wurde fast ausschließlich von Leuten getragen, die erst seit kurzem dabei sind und einigen, die sich gemeinhin als autonom bezeichnen oder so bezeichnet werden. Von Göttingen aus war die Lage nicht ganz einfach zu überblicken. So wurden Inhalt und Konzept der Vorbereitung von den Leuten bestimmt, die die Arbeit machten.

1.Diskussionsbeitrag (Bernd, Redaktion)

Die Orientierung war schnell klar: Treffen in Engelstedt und dann möglichst bald zum Schacht. Das sich viele andere Gruppen in Lebenstedt treffen wollten, um dort eine Auftaktkundgebung zu machen, war zwar bekannt, galt aber ebenso als Spaltungsversuch, wie das Grünen-Fest in Bleckenstedt. Wir wollten möglichst dicht an den Schacht und wenn möglich, nicht tatenlos rumstehen, sondern der Atomindustrie zumindest ansatzweise zeigen, daß wir es mit Begriffen wie Widerstand auch ernst meinen. Wir wollten versuchen, die Infrastruktur der zukünftigen Atommülldeponie zu stören, Nadelstiche auszuteilen, auch wenn sie letztendlich nur symbolischen Charakter haben. Das war in etwa der Konsens der Vorbereitung in Göttingen.

Ich selbst war nach wie vor unsicher, desorientiert. Mir war nicht klar, in welchem konkreten Zusammenhang diese Demo stattfindet und welche Konzeption richtig ist. Ich weiß, daß es vielen anderen auch so ging und viele deshalb gar nicht erst mitgefahren sind.

Die Demo aus Göttinger Sicht

Es ging ganz gut los. Es fuhren überraschend viele Leute mit - mindestens 150 im Göttinger Konvoi . Gemessen an anderen Aktionen fand ich das sehr viel (nach Kalkar fuhren nicht mal 50). Die Stimmung war von Anfang an gut, der Konvoi gut organisiert. Als wir gegen 10 Uhr in Engelstedt ankamen, erwartete uns ein bizarres Bild: ein friedliches, verschlafenes Örtchen und am Ortseingang ein Haufen von 200-300 »Kämpfern«, voll ausgerüstet in Leder und Helm, manche mit einem nervösen Flackern in den Augen - nun ja, ich will nicht ausfallend werden, aber so ganz wohl ist mir nicht dabei, wenn ich solche Konstellationen mitkriege. Die Dorfbewohner guckten keineswegs unfreundlich. Sie machten eher den Eindruck, als wären eben Marsmenschen gelandet, von denen man aber nichts schlechtes zu erwarten hat.

Als ich hörte, daß die Demo erst losgehen sollte, wenn die Leute aus Lebenstedt da sind, setzte ich mich dorthin in Bewegung, um mir die 'Spalterdemo' anzusehen. Ich war überrascht, als ich dort ca 5000 Leute antraf, die einen ziemlich bunten und geschlossenen Demozug bildeten und die offensichtlich guter Stimmung waren. Zurück in Engelstedt war dort die Demo inzwischen auf ca. 2000 Leute angewachsen und als die Lebenstedt-Demo dort eintraf, ergab sich zusammen ein stattlicher Demozug nach Bleckenstedt. Von Spaltung war plötzlich nicht mehr die Rede, die beiden Demozüge vereinigten sich ohne Probleme.

Demonstration Schacht Konrad 30.10.82

Das Konzept, sich in Engelstedt zu treffen, schien mir nachträglich völlig überflüssig. Wir hätten besser von Anfang an gemeinsam laufen sollen. Insgesamt mögen es schon an die 10000 Teilnehmer gewesen sein. Mit dieser Beteiligung hatte niemand gerechnet, Leute, die es hätten wissen müssen, waren von maximal 3-5000 ausgegangen, Pessimisten noch weit darunter.

Es war schon seltsam, die Demo schien anders zu laufen, als erwartet. Die Stimmung in dem langen, geschlossen wirkenden Demozug von Engelstedt nach Bleckenstedt war hevorragend. Kurz vor Bleckenstedt kreuzten wir dann den Bahnanschluß, der direkt zum Schacht Konrad führt und auf dem, so planen es die Atomis, bald Güterzug auf Güterzug mit Atommüll eintreffen wird. Linkerhand waren bereits die Hundertschaften der Polizei zu sehen. Im Sichtschutz des langen Demozuges beteiligten sich viele am Unterhöhlen der Schienen. Kein Protest aus der Demo selbst - sonst war niemand da.

Dann endlich Bleckenstedt. Die Demo bewegt sich durch den Ort. Von Zeit zu Zeit Schilder »Hier zum Anti-Atom-Fest«. An besagter Kreuzung dann ein grüner Vorständler aus Hannover mit Megaphon: »Hier rechts ab zum Fest«. Ich war überrascht, daß die ganze Demo geschlossen vorbeizog. Die Stimmung war ganz eindeutig zum Schacht. Am Ortausgang dann Schacht Konrad - nur weniger hundert Meter entfernt. Keine Polizeisperre. Die Hundertschaften auf dem Schachtgelände oder irgendwo in Bereitschaft.

Man spürte es ganz genau - es war jedem klar, der bis hierhin gekommen war, daß es jetzt weitergehen würde, daß jetzt nicht das Fest ansteht, sondern der Schacht. Einige Hundert gingen schnell in Richtung Schacht, der Rest folgte zögernd - in unterschiedlichem Abstand. Aber fast alle blieben irgendwie dabei. Als die ersten anfingen, Leitplanken an der Schnellstraße abzumontieren, erste Barrikaden zu bauen, um den Nachschub der Polizei und des BGS zu behindern, als die ersten Demonstranten auf dem Bahndamm keine 50 m vom Schachtgelände anfingen, dort stehenden Waggons zu lösen und in Richtung Schacht zu schieben, rückten die Hundertschaften der Bullerei an, um in offener Feldschlachtmanier das Gelände zu räumen. Es kam jedoch anders. Im Steinhagel plötzlich vorstürmender Demonstranten mußten die Polizeiketten zurückgehen, anstatt vorzustürmen. Der Wind stand schlecht, wie schon einige Male zuvor mußte die Polizei vor ihren eigenen Tränengasschwaden zurückweichen. Der Zugang zum Schacht war mehr oder weniger frei.

Den weiteren Ablauf im Detail zu schildern, würde zu weit führen. Nur soviel: Vielleicht eine Stunde noch waren wir zumindest zeitweise in der Offensive, konnten Telefonleitungen zum Schachtgelände gekapt, der Schienenstrang kurz vor der Brücke auf der Länge von ca 30 m in seine Einzelteile zerlegt und zum Barrikadenbau genutzt werden, Ausfälle der Bullerei zurückgeschlagen werden und last not least gelang es sogar, kurze Zeit auf das Schachtgelände zu kommen, als es einigen beherzten Leuten gelang, mit einem Waggon das Tor zum Schacht aufzustoßen.

Aber wie immer kommt dann der Moment, wo die alten Kräfteverhältnisse wiederhergestellt werden, die Bullerei die Oberhand bekommt, der sogenannte Rückzug beginnt. Müßig, sich darüber zu streiten, was man alles auf dem Rückzug hätte besser machen können: wenn alles erst mal am laufen ist, wirds immer schwierig. Viele Verletzte und Verhaftete sind die Folge. Ich selbst war nicht in den letzten Reihen und habe so das 'dicke Ende' nicht miterlebt. Zwei Leute aus dem Göttinger Arbeitskreis wurden verhaftet, sie erwartet harte Verfahren - ihre wochenlange Untersuchungshaft läßt das Schlimmste befürchten. Der Göttinger Sani-Wagen wurde von den Bullen dann noch kurz und Klein gehauen, samt dem Fahrer.

Auf dem Rückmarsch keine besonderen Vorkommnisse, nur das latente Gefühl , da könnte noch was kommen, so wie Uelzen nach der Gorleben-Demo. Es kam aber nichts.

SCHACHT KONRAD

Gedanken nach der Demo

Nach der Demo war ich in erster Linie irritiert. Es war alles ganz anders gekommen, wie ich erwartet hatte. Ich hatte das Gefühl, als müßte ich neu anfangen, zu überlegen, einzuordnen, vielleicht Vorurteile zu überdenken. Was war eigentlich passiert? Eine Aktion - die Demo gegen den Schacht Konrad - ,totgesagt, bevor sie überhaupt erst richtig losging, der letzte Aufguß der fehlgeschlagenen Herbstaktionen, sozusagen der Gipfel des Abgesangs der (norddeutschen-) Anti-AKW-Bewegung, hatte eine Eigendynamik bekommen.

In anderen Artikel zum Schacht Konrad in diesem Atomexpress steht schon einiges zur Einschätzung der Demo drin, ich will das nicht wiederholen. Im folgenden möchte ich aber einige Punkte ansprechen, die wie ich meine in den vielen Diskussionen nicht oder nicht genügend beachtet werden:

1. Die Schacht Konrad-Demo war noch viel weniger eine bundesweite Demonstration, als die Gorleben- und Kalkaraktionen. Vergleiche mit der Teilnehmerzahl der großen bundesweiten Demos der letzten Jahre sind nun wirklich hergeholt. Die überwiegende Zahl der Teilnehmer kam aus dem Umkreis von 50 - 80 km. Aus den großen, mobilisierungsstarken norddeutschen Städten kamen jedenfalls nicht die »Massen« - aus Bremen warens gerade 50, aus Hamburg 100 und Göttingen stellte mit seinen 150-200 Teilnehmern den größten Block der »Auswärtigen«. Insofern war die Demo von der Teilnehmerzahl her ein unerwarteter Erfolg - immerhin hat der Schacht keinen so ruhmvollen Namen in der Bewegung, wie Gorleben oder Kalkar.

2. Obwohl die Demo stark regionalen Charakter hatte, konnte sie sich nicht auf einen nennenswerten örtlichen Widerstand stützen. Wenn man nach den Gründen forscht, so wird man sicherlich schnell auf die Industrie- und Arbeiterstruktur des Raumes Salzgitter kommen, in der es Umweltprobleme erfahrungsgemäß noch schwerer haben, Beachtung zu finden, als anderswo. Als wir uns auf die Fahrt zum Schacht machten, war die örtliche Bevölkerung woandershin unterwegs: Eine Buskolonne nach der anderen mit IG-Metall-Schildern kam uns entgegen, auf dem Weg zur DGB-Demo in Hannover gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit.

Bei praktisch nicht vorhandenem örtlichen Widerstand verliert natürlich die Argumentation gewaltig an Überzeugungskraft, die meint, mit zu »radikalen« Aktionen würde der örtliche Widerstand seiner Perspektive beraubt.

3. Während der Demo selbst trat die von allen erwartete offene Spaltung in die verschiedenen Fraktionen - wie sie sich in der Vorbereitung zeigte - nicht ein. Daraus aber den Schluß zu ziehen, der Großteil der Demoteilnehmer habe sich nun ideologisch ins Lager der »Militanten« geschlagen, wäre völlig falsch. Das zeigt allein schon die unterschiedliche Diskussion in der Auswertung der Demo in den einzelnen Gruppen. Feststellen kann man aber eines:

Der übergroße Teil der Demo stand den militanten Aktionen gegen den Schacht Konrad mit verdeckter oder offener Sympathie gegenüber.

4. Unter dem Vorbehalt, daß dies ein persönlicher Eindruck ist, der vielleicht auf Göttinger Verhältnisse und Vorbereitung zurückzuführen ist und der so nicht generell übertragbar ist: Ich habe selten eine Demo erlebt, die so einhellig positiv bewertet wurde und das von sehr unterschiedlichen Leuten. Und das, obwohl es gerade in Göttingen zwei Verhaftete und einige Verletzte zu beklagen gab. Von Frust - sonst selbstverständlich nach Demos, ob nun friedlich oder unfriedlich, war jedenfalls nichts zu sehen.

5. Dieses »gute Gefühl« vieler Teilnehmer der Demonstration steht im krassem Gegensatz zu dem, wie die Demo in der engeren und weiteren Öffentlichkeit gesehen und eingeschätzt wurde.

Es wäre also wichtig festzustellen, worauf das »gute Gefühl« der einen und das schlechte der anderen beruht. Das gute Gefühl derjenigen, die dabei waren, beruht meines Erachtens in erster Linie auf der Tatsache, daß wir uns bei der Schacht Konrad-Demo einmal - und wenn es auch nur Stunden gewesen sind - in der Offenvive gefühlt haben. Und wann kommt das schon einmal vor! Die Offensive drückte sich zunächst aus in der unerwartet hohen Teilnehmerzahl und der geschlossenen Demo nach Bleckenstedt. Dort setzte sie sich fort, indem die Demo geschlossen in Richtung Schacht zog und sich dort für einige Zeit einen Handlungsspielraum erkämpfte, von dem man sonst nur träumen kann. Dieses Erfolgserlebnis war einfach ansteckend und dieser Stimmung konnten sich auch viele nicht entziehen, die ansonsten mit militanten Aktionen nichts am Hut haben.

Wer nicht dabei war, hat natürlich von solcher Stimmung nichts mitbekommen und sah die Aktion aus »nüchternerem« Blickwinkel. Das Urteil der zu Hausegebliebenen war schnell zusammengezimmert: Schwache Mobilisierung (im Vergleich zu Brokdorf usw.), nur der harte Kern ist hingefahren (ich nicht, meine Bekannten auch nicht, na wer mag da schon hingefahren sein), die Streetfighter aus Berlin und Hamburg haben ihren Zoff abgezogen, der gegen den Schacht nichts ausrichtet, die Anti-AKW-Bewegung weiter in der Öffentlichkeit isoliert und die zarten Pflänzchen von örtlichem Widerstand mit städtischen Lederstiefeln niedertrampelt. Ach wie einfach ist das doch und wie leicht kann man es sich machen, wenn man ein klares Weltbild von der Bewegung hat, daß man nicht in der Praxis auf seinen Wahrheitsgehalt überprüfen muß. Ich werde das Gefühl nicht los, daß sich hier viele - mehr oder weniger unbewußt - in ihrer eigenen Perspektivlosigkeit an den scheinbaren und tatsächlichen Mißerfolgen derjenigen weiden, die dem Atomprogramm heute noch Widerstand entgegenbringen.

6. Nun aber aus der gutgelaufenen Konrad-Demo eine neue Perspektive massenhaften militanten Widerstandes abzuleiten, zeugt nicht gerade von Weitsichtigkeit. Denn so neu ist das alles ja nun nicht. Und an der grundlegenden, bestimmenden Tatsache, daß wir in der »militärischen« Auseinandersetzung mit dem Staats- und Atomapperat immer den kürzeren ziehen werden, kommen wir auch nach der Schlacht am Schacht nicht vorbei. Aus einer (!) gut gelaufenen militanten Aktion heraus darf man sich nicht der Illusion hingeben, nun die langersehnte Perspektive im Kapmf gegen Atomprogramm und Staat gefunden zu haben. Diese Illusion wird nur allzu schnell zerplatzen.

7. Die Schacht Konrad-Demo war in ihrem praktischen Teil ziemlich gut vorbereitet. Eine ganze Anzahl von Leuten und Gruppen haben sich in den Wochen vor der Demo intensiv mit den örtlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten beschäftigt und so die Voraussetzungen geschaffen, daß in der konkreten Situation, z.B. am Bahngleis, auch wirklich etwas gegen die Infrastruktur unternommen werden konnte. Es war also kein »Zufall«, wenn nach der Demo der Bahnanschluß zum Schacht funktionsunfähig war.

8. Unter den momentanen Bedingungen muß man einfach sehen, daß Konzepte, die daraufhinauslaufen, auf der einen Seite wirksame Widerstandsaktionen zu organisieren, aber auf der anderen Seite jede Konfrontation mit dem staatlichen Gewaltapperat abzulehnen, in der Praxis von Demonstrationen nicht umgesetzt werden können. Dies gilt sowohl für das Blockadekonzept am Gorlebener Zwischenlager, als auch für das Konrad-Konzept der »Lebenstedt-Gruppe«. Will man wirklich ernsthaft versuchen, etwas handfestes in Richtung Widerstand zu tun - seinen es nun Blockaden, Barrikaden oder die Infrastruktur von Atomanlagen, so muß man sich auf eine Auseinandersetzung einrichten und vorbereiten. Und hat man sich für diese Auseinandersetzung aus politischen Gründen entschieden, so muß man auch zu den praktischen Konsequenzen stehen. Und ohne den massiven Einsatz einiger hundert Steineschmeißer am Schacht hätte es keinen Handlungsspielraum für die Demo insgesamt gegeben. Und Bahndammsteine gegen in Ritterrüstung antretende Hundertschaften mit vorgehaltenen Schildern zu schmeißen, um sie sich vom Leibe zu halten, ist bestimmt keine »Leben und Gesundheit« gefährdende Widerstandsform, wie es von Seiten der »Gewaltfreien« hochstilisiert wird.

9. Die Kritik vieler Leute nach der Schacht-Konrad-Demo an den üblen Ausfällen einzelner ist völlig berechtigt. Wir können einfach nicht zulassen, daß unter uns das Faustrecht eingeführt wird. Völlig unabhängig von der Diskussion, wie man zum Fotographieren und Filmen auf solchen Demos steht, muß man die Art und Weise, wie von einigen das von ihnen verhängte Foto-Verbot durchgesetzt wurde, nicht nur ablehnen, sondern sich auch konsequent dagegen zur Wehr setzen. Denn wenn es einreißt, daß Fotographen aus der Bewegung, die ja schließlich unsere Mitkämpfer sind, behandelt werden, wie Zivilpolizisten, wenn regelrecht über sie hergefallen wird, wie ich es selbst erlebt habe, dann gute Nacht. Dann wird diese Bewegung in Windeseile jegliches Vertrauen, sogar das der eigenen Leute verlieren und mit Recht. Gleiches gilt aber auch für Fotographen, die meinen ihr Recht auf Sensationsfotos sei unantastbar und stehe über allem.

Ebenso wichtig ist, sich die Bevölkerung nicht unnötig zum Feind zu machen, in dem man nicht sorgfältig genug zwischen Einrichtungen der Bevölkerung und denen der Atomindustrie und ihren Helfern unterscheidet.

2.Diskussionsbeitrag (Ines, Redaktion)

In diesem Artikel soll versucht werden, die nachbereitenden Diskussionen um die Schacht-Demo im Groben wiederzugeben. Dabei beziehe ich mich auf die Diskussionen in der Widerstandsgruppe auf der Bundeskonferenz, im Göttinger Arbeitskreis und in den Medien (vorwiegend TAZ).

Um es gleich vorweg zu nehmen: Um von einem politischen Erfolg dieser Demo zu sprechen, ist es sicherlich noch zu früh, d.h., ob die Schacht-Demo nun wirklich eine 'Wende' der derzeitigen Flaute in der Anti-AKW-Bewegung darstellt, wird man wohl erst am Ablauf der kommenden Demos beurteilen können, und was diese Demo in Bezug auf Wirkung auf die Gegenseite ausgedrückt hat, kann man genau auch noch nicht sagen.

Von Erfolg kann man aber insofern sprechen, als es endlich einmal wieder eine Aktion war, auf der sich die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer bestimmt keinen Frust geholt hat. Und das nicht ohne Grund. So bot das Ziel der Demo und die schließlich ablaufenden Aktionen gute Voraussetzungen für einen nicht stressigen, sondern phantasievollen Ablauf.

Aus den folgenden Stellungnahmen wird m.E deutlich, daß der Vorwurf, man wollte den Schacht stürmen oder glaubte an eine militärische Überlegenheit, ziemlich aus der Luft gegriffen ist.

„Es war keine Schlacht, sondern eher ein organisierter Angriff. Die vielbeschworene Spaltung in Gewaltfreie und Militante war durch die sich ergänzenden Praktiken aufgehoben." (Radikal Nr. 110)

„ Das Ziel der Demonstration gegen die Atommülldeponie Schacht Konrad war laut Mehrheit der zur Demonstration aufrufenden Regionalkonferenz, vertreten durch verschiedene BIs und Autonome Gruppen, ' die Versorgungsleitungen anzugehen ', bzw. bis ' auf das Schachtgelände vorzudringen, um dort soviel wie möglich zu sabotieren '. In diesem Zusammenhang war nie die Rede von einer Schlacht, sondern viel eher die Frage diskutiert worden, wie erreichen wir diese Ziele und vermeiden dabei eine Schlacht! Jeder der sich an der Demonstration beteiligt hat, weiß, daß es sich dabei um keine Schlacht gehandelt hat, sondern eher um einen halbwegs organisierten Angriff, mit Stärken und Schwächen. Der Bau von Barrikaden aus Eisenbahnbohlen, Leitplanken, Autoreifen ... und Benzin, das Zurückdrängen der Bullen durch Steine, das Beschießen des Hubschraubers samt Filmtrupp mit Katschies, ist nicht aus ' Bock am Zoff ' geschehen, sondern war die Vorraussetzung, um das Absägen der Telefonmasten, als auch das unerkannte und ungestörte Sabotieren der Eisenbahngleise für längere Zeit zu ermöglichen. Erfrischend war dabei, daß es eben nicht die Spaltung in Autonome und Gewaltfreie gegeben hat, sondern daß es an vielen Punkten zu einer Verschmelzung von Gruppen kam und sich einige Aktionen vielfältig ergänzt haben." (Gleisbrigade VF 7, taz 12.11.)

„Insgesamt bleibt jedoch festzustellen: Die Demonstration war ein Erfolg, weil: 1. die zentrale Bedeutung des atomaren Endlagers Schacht Konrad für das Atomprogramm nicht länger verschwiegen werden kann; 2. die Möglichkeit und Notwendigkeit der Sabotage des Atomstaates praktisch demonstriert wurde; und 3. die von den Herrschenden angestebte Spaltung in Militante und Gewaltfreie, die von einigen Grünen-Ortsverbänden tatkräftig unterstützt wurde, indem sie parallel zu den Aktionen am Schacht ein Fest auf einem weiter weg gelegenen Sportplatz feierten, nicht durchgesetzt werden konnte." (Ermittlungsausschuß Braunschweig, TAZ v. 10.11.)

„ Viele scheinen die Auffassung zu teilen, daß jahrelangem, weitgehend erfolglosem politischen und juristischem Kampf gegen die Atomindustrie nun die direkte Form des Widerstandes folgen müsse. So waren erfreulich viele Gruppen auf Aktionen vor und um den Schacht vorbereitet. Dank relativ guter Planung bestand die Demo über weite Strecken nicht aus blindem und verlustreichem Anstürmen gegen Bullenketten, sondern drückte ihren Widerstand in phantasievollem Vorgehen aus.

Besonders erwähnenswert sind die beiden Angriffe auf das Versorgungsgleis von Schacht Konrad, die bezeichnenderweise von der Presse totgeschwiegen werden. Hierbei gelang es verschiedenen Gruppen den Gleiskörper, der ausschließlich zum Ausbau des Schachtgeländes und zum -

Demonstration Schacht Konrad 30.10.82

Transport von Atommüll dient, für die Bevölkerung jedoch keinerlei Nutzen hat, an verschiedenen Punkten zu unterhöhlen und unbrauchbar zu machen." (Göttinger Arbeitskreis, Flugblatt)

Unverständlich bleibt es dann allerdings, warum man gerade diese Demo auf Diskussionen besonders verteidigen muß.
Da kommen dann Behauptungen, wie: Die Demo sei eher aus Zufall so gut abgelaufen, es seien in der Hauptzahl RadikaleMilitante dabeigewesen und überhaupt, die Bedingungen, die man am Schacht hatte, seien wohl einmalig gewesen und damit basta.
Für Leute, die sich Wochen vorher konkrete Gedanken um den Demoablauf gemacht hatten, um auf diese Weise einem erneuten Frust entgegenzuwirken und so letztendlich die Bedingungen für den positiven Ablauf geschaffen haben, mag diese Behauptung (meist aus Mündern nicht dabeigewesener) eher wie eine Verarschung klingen. In der Tat war es doch so, daß man sich nicht ohne Grund für das Sabotieren der Eisenbahngleise u.ä. entschieden hatte, so daß das grobe Konzept war, einer sinnlosen Konfrontation mit der Polizei aus dem Wege zu gehen.
Nur deshalb war es auch möglich, daß so viele Leute sich in die Aktionen mit einbringen konnten. Daß es sich hierbei nicht um die 'Vorhut der Militanten' gehandelt hat, zeigt wohl auch die Tatsache, daß der Großteil der Demonstranten sich nicht in Engelnstedt, sondern in Lebenstedt getroffen hat. Viele waren offensichtlich (nicht vorhandene Ausrüstung) auch nicht auf diese Aktionen vorbereitet und haben sich mehr oder minder spontan entschlossen, mitzumachen.
Hinzu kommt, daß diesmal ein konkretes alternatives Demoziel ins Auge gefaßt wurde, das nach Angaben der Polizei nur zu wenigen Sperr- und Kontrollversuchen geführt hat.
Ganz schlimm in der Diskussion wird es aber erst, wenn verschiedene Leute versuchen, die Konrad-Demo unter das Kapitel 'Mißglückte Herbstaktionen' zu stellen und dann in einem Atemzug dazu übergehen, man solle sich doch zukünftig für Demos etwas anderes überlegen. Aktionen in Demos, so kam es auf der BuKo aus der Ecke der Gewaltfreien, sollte man doch künftig unterlassen, es hätte sich schließlich gezeigt, daß nichts dabei herauskommt. Ihr Motto: Alle Militanten in den Untergrund und auf Demos nur noch 'Demonstranten'.
Vorschläge dieser Art sind aber erstaunlicherweise nicht nur aus den Mündern von Gewaltfreien zu hören, sondern teilweise auch von frustrierten " Aktionisten ". Was letztendlich damit erreicht werden würde, wäre eine klare Spaltung in 'Gut' und 'Böse', so wie die Gegenseite sie haben will. Schließlich und endlich wird hierbei wohl allzu leicht vergessen, daß es sich bei der Anti-AKW-Bewegung um eine breite Bewegung handelt, die sich weder unter das Motto der Gewaltfreiheit noch unter das der Militanz um jeden Preis stellen läßt. Die Fixierung auf die totale Gewaltfreiheit, als die Lösung schlechthin, setzt sich im übrigen über langjährige Widerstandserfahrung dieser Bewegung hinweg, die nicht selten erfahren mußte, daß 'Spaziergangdemos' von der Gegenseite lediglich belächelt wurden.
Dann ist noch häufig die Kritik zu hören, daß in den Diskussionen um die Schacht Konrad–Demo (vor- und nachher) die technische Vorbereitung als ein Allerheiligtum dargestellt wurde. Nur wird dabei oft vergessen, daß jede technische Vorbereitung automatisch eine politische mit einschließt, da die Entscheidung für bestimmte Aktionsformen ja keine zufällige oder blinde ist.
Konstruktiv wird die Kritik m.E. erst, wenn sie sich mit Fehlern der Demo auseinandersetzt und versucht, diese durch eine bessere Vorbereitung auf kommenden Aktionen zu vermeiden.
So sind Fehler beim Rückzug bzw. –trieb wohl kaum eine Seltenheit und auch nicht, daß es hierbei die meisten Verhafteten gibt. Natürlich sollte man sich nicht der Illusion hingeben, Verhaftungen wären durch einen optimalen Rückzug zu vermeiden; trotzdem glaube ich aber, und so ist es auch aus den folgenden Stellungnahmen zu erkennen, daß der Zeitpunkt und die Art (in Salzgitter war er trotzdem noch sehr geschlossen) des Rückzuges Paniken vermeiden könnte.

„Auch diesmal sehen einzelne die Notwendigkeit des rechtzeitigen taktischen Loslösens von der Staatsgewalt nicht oder zu spät ein. So gelingt der zweite Angriff der Bullen – von ihnen selbst mit Steinen und Tränengas eingeleitet. Die nun einsetzende Panik führte u.a. zu den vielen Verletzungen und Verhaftungen. Einzelne Gruppen, die durch das Bilden von Ketten einen geordneten Rückzug zu organisieren versuchen, werden von panisch Zurücklaufenden zersprengt. Viel trugen dazu diejenigen bei, die sich taktisch zu spät von den Bullen lösten und hinter den eigenen Reihen Schutz suchen. Ebenso die Schaulustigen, die nach der Devise " Rette sich wer kann " alles über den Haufen rennen. Die Bullen reagieren in üblicher Manier: " Knüppel frei! ".
Der chaotische und zu späte Rückzug verursacht unter anderem die Festnahme von 25 Demonstranten und eine große Anzahl von Verletzten. Viele der Verhafteten werden von den Bullen mißhandelt, Heiko wird von einem Bullenhund ins Gesicht gebissen, ein Giessener Arzt durch Knebel an der Behandlung von verletzten Gefangenen gehindert. "(aus Flugblatt des Göttinger Arbeitskreis)
" Die darauffolgende Panik bzw. der ungenügend organisierte Rückzug führte dann zu der relativen hohen Zahl von über 20 Festnahmen und der Beschlagnahmung des Lautsprecher- und eines Saniwagens. Hier muß auch die Diskussion ansetzen, denn es hat sich wie bei anderen Demos gezeigt, daß nach entschlossenen und militanten Aktionen der Rückzug der eigentlich wunde Punkt bei uns ist. " (EA Braunschweig, taz 10.11.)
" Was den Rückzug anbetrifft (er erfolgte zum Teil etwas panikartig, nachdem die Bullen auf einen zuerst erfolgreichen Angriff reagieren konnten, weil keiner Steine für den Rückzug aufbewahrt hatte), lief das Ganze weniger ruhmreich ab (ein Denkmal kriegt ihr trotzdem, d. Sz.). Auch wenn schützende Ketten mit Behelmten am Schluß blieben, konnten sie dennoch nicht viel ausrichten, denn der sich wieder formierende Demozug in Richtung Bleckenstedt ging so langsam zurück, daß es den Bullen nicht allzu schwer fiel, den Lautsprecherwagen und einen Saniwagen aus Göttingen zu kaschen. Auch gab es einige Verletzte und über 20 Festnahmen. Natürlich müssen wir mit Verletzten und Festnahmen immer rechnen, doch ist es ärgerlich, wenn dies aufgrund unserer eigenen Fehler passiert.
Wir hatten bei keinem Vorbereitungstreffen über den Rückzug geredet, das ist im Grunde genommen fast immer unser schwächster Punkt, den wir für die Zukunft besser

angehen sollten. Was auch gefehlt hat, waren Autoreifen als einfachste Möglichkeit eine zuverlässige Barrikade zu bauen. " (Radikal nr. 110)

Hilfreich wäre auf der Schacht-Demo sicherlich ein Koordinationsausschuß, an den verschiedene Gruppen Informationen herantragen, der diese auswertet und aber auch befugt ist unter diesen Vorraussetzungen eine Entscheidung zu treffen. So konnte man als einzelner nämlich nicht die Gesamtsituation überblicken (es sei denn, man ist ständig hin und her gelaufen) und hat sich dann oft auf das verlassen, was man selber sah. Auf diese Weise schien für die an unterschiedlichen Standpunkten agierenden Gruppen die Situation auch nicht einheitlich.

Daß sich an der einen Seite der Böschung ein riesiges Bullenaufgebot formierte, blieb für Leute von der anderen Seite z.T. unbemerkt und so konnte es unverantwortlicherer Weise sogar geschehen, daß in dieser Situation eine Frau eine Lautsprecherdurchsage machte, die einem das Gefühl geben sollte, jetzt sei es an der Zeit, den Schacht zu stürmen.

So etwas könnte durch einen Koordinationsausschuß, der das Vertrauen der Leute genießt und solche Durchsagen nicht zuläßt, verhindert werden.

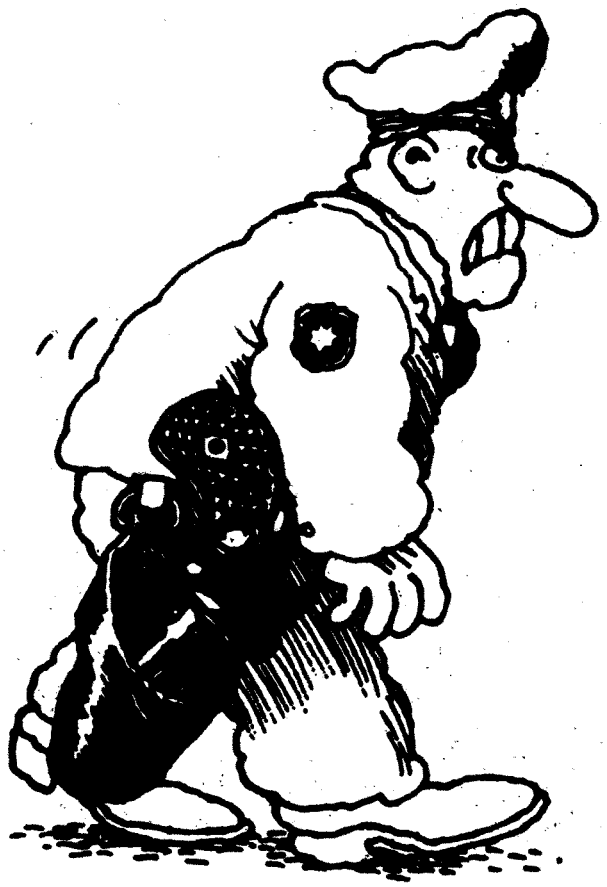
Eine andere, sicherlich angebrachte Kritik ist, daß die sogenannte Einheit der Vielfalt am Schacht eher im Nebeneinander von unterschiedlichen Aktionen bzw. Zuschauen bestand. Was fehlt, ist das gegenseitige Akzeptieren der sich zum Teil ergänzenden Praktiken.

So waren die einstündigen Sabotageaktionen auch nur möglich (jedenfalls die am Schachtgelände), weil der erste Bullenangriff erfolgreich zurückgeschlagen wurde. Dies wollen aber viele nicht wahrhaben oder übersehen es.

Auch muß man zugeben, daß die Bedingungen in Salzgitter (bezogen auf Auseinandersetzen mit örtlichem Widerstand) andere waren, als sie es zum Beispiel in Gorleben waren und in Dragahn werden, doch finde ich, daß man trotzdem aus der Schacht-Demo eine Perspektive für künftige Aktionen entwickeln kann.

So ist z.B. eine gute Demo-Vorbereitung auch andernorts notwendig. Das heißt: ein vorheriges Entscheiden über ganz konkrete Aktionen kann nur von Vorteil sein, da die sonst stattfindenden Aktionen meist aus einer sinnlosen Auseinandersetzung mit der Polizei bestehen.

Um Aktionsformen zu wählen, in die sich größere Gruppen einbringen können, ist bestimmt nicht an jedem Demoort ein Eisenbahngleis notwendig.



Ereignisse des Tages taten Polizeiball keinen Abbruch

Abschnitt Salzgitter feierte im Ratskeller in gewohnter Weise

Der 30. Oktober sei für die Polizei in Salzgitter ein außergewöhnlicher Tag gewesen, erklärte Polizeioberrat Dieter Klosa zur Eröffnung des „Polizeiballs '82" des Abschnitts Salzgitter im Ratskeller am Sonnabendabend. Die Polizei hätte eine Schlacht zu überstehen gehabt. Sie habe sie nicht nur erfolgreich bestanden, sondern habe auch die angekündigte „Zerstörung der City" von Lebenstedt verhindert.

Klosa bat die Gäste um Entschuldigung, daß er diesmal nicht alle persönlich begrüße, aber wie er wären noch viele andere Beamte bis nach 19 Uhr in Einsatzkleidung gewesen. Der ganze Polizeiball sei deshalb für die Veranstalter in diesem Jahr zu einer „Zitteroper" geworden, denn niemand habe voraussehen können, was sich im Laufe des Tages ereignen würde. Der Polizeiball, zu dem wiederum viele Polizeibeamte und Gäste gekommen waren, hätte aber auf jeden Fall stattgefunden, erklärte Klosa, denn die Polizei lasse sich nicht von „irgendwelchen Chaoten" vorschreiben, wann und ob sie feiert.

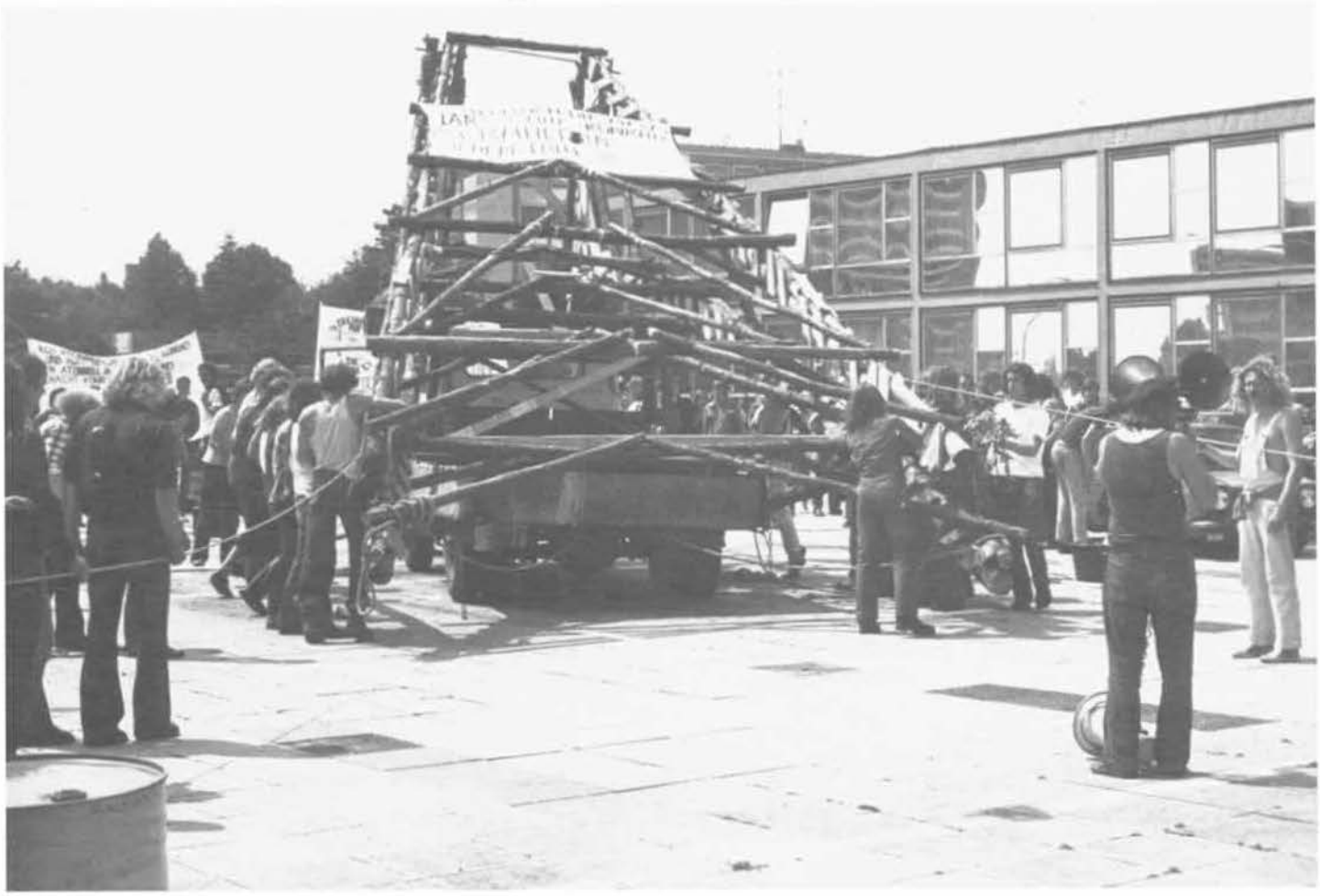
Die Schäden in der Stadt und auch bei einigen Beamten seien gering geblieben. Der Erfolg der Polizei sei ein Erfolg für den Rechtsstaat gewesen. Die Polizei habe die Aufgabe, in dieser Gesellschaftsordnung für Recht und Ordnung im wohlverstandenen Sinne zu sorgen, womit sie dem Bürger diene.

Die Ereignisse des Tages taten dem Polizeiball keinen Abbruch. Er war in gewohnter Weise liebevoll vorbereitet worden. Das Tanzorchester des Musikkorps des Grenzschutzkommandos Nord sorgte für eine schwungvolle Tanzmusik, bei der Nostalgisches mit Modernem gemischt wurde, und die „Dancing-Girls" aus Salzgitter boten einige Kostproben aus ihrem Programm.

Der Abend brachte auch ein Wiedersehen mit Bernd Apitz, einem in Salzgitter lebenden Entertainer, der einige seiner erfolgreichen Plattentitel vorstellte und mit Kostproben der verschiedenen „Wellen" in der Musik die Gäste in Stimmung brachte. Ihm assistierte dabei „Dino" mit einigen Liedern seiner italienischen Heimat. Im kleinen Saal sorgte das „Harmonia-Duo" für eine stimmungsvolle Tanzmusik. ka.

aus "Salzgitter Zeitung"

3.Diskussionsbeitrag (M.Krempin, Grüne BS)



Salzgitter-Lebenstedt: Schacht Konrad-Demo 1981

Die »Herbstoffensive« der Anti-AKW-Bewegung ... haben die Krise dieser Bewegung deutlich gezeigt.
Die Bewegung gegen Atomanlagen hat sich nicht verbreitert, sondern die aktive Teilnahme ging im Vergleich zu früheren Großaktionen ... erheblich zurück. Außerdem sind die Gräben in der Bewegung tiefer denn je, sind die inhaltlichen Differenzen in der »Gewaltfrage« so scharf, daß eine ziemlich einschneidende Spaltung droht. Wie die Betreiberseite die Stärke der »Herbstoffensive« einschätzt, kann man daran erkennen, daß sie jetzt nach Ende derselben die Frechheit besitzt, Dragahn im Kreis Lüchow-Dannenberg entgegen aller Versprechungen von Ministerpräsident Albrecht als neuen Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage zu benennen.

Die Demonstration gegen Schacht Konrad am 30.Oktober ist für mich keine Ausnahme, was diese Einschätzung betrifft. Die einzige Besonderheit ist, daß durch die Demonstration und die Informationsarbeit und die Aktionen - z.B. die Schacht-Besetzung - im Vorfeld dieser Demonstration die Pläne, im Schacht Konrad das erste Atommüllendlager der Bundesrepublik einzurichten, in unserer Region zum Thema des Tages und auch bundesweit vielen Menschen bekannt wurden. ... Allerdings waren die Aktionen am Schacht - insbesondere das, was darüber in den Medien wiederzufinden war - eher eine Art Negativwerbung ... eine sehr zweischneidige Angelegenheit.

Der Verlauf der Demonstration am 30.10. wirft aber noch mehr Fragen auf. Die Lebenstedt-Gruppe (Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Braunschweiger Grüne und die meisten anderen Initiativen und Organisationen) hatte ein Konzept, durch eine Auftaktkundgebung in Salzgitter-Lebenstedt unseren Protest und Widerstand gegenüber dem Rat der Stadt Salzgitter und der Öffentlichkeit kundzutun und dann in der Demonstration mit der geplanten Abschlußkundgebung am Schacht deutlich zu machen, daß wir am Schauplatz des (atomaren) Geschehens und nicht irgendwo demonstrieren, wie es gute Tradition in der Anti-AKW-Bewegung ist.

Gegen dieses Konzept hatten sich zum einem die Grünen Salzgitter, der grüne Landesverband, der BBU und die Mehrheit des Umweltforums Salzgitter gestellt, die in Abgrenzung zur geplanten Abschlußkundgebung am Schacht ein Anti-AKW-Fest auf einem Sportplatz in Salzgitter Bleckenstedt machen wollten. Diese Spaltung ist am 30.10. gescheitert, denn mehr als 300-400 Leute fanden sich auf diesem Fest nicht ein.

Auch die Autonomen waren gegen dieses Konzept. Sie waren der Meinung, daß eine Kundgebung in Salzgitter-Lebenstedt für die Bevölkerung vertane Zeit und Energie sei, die man sinnvoller für Aktionen am Schacht nutzen könne. Deshalb stießen sie erst in SZ-Engelstedt zum Demonstrationszug. Weiterhin hatten sie deutlich andere Vorstellungen über Widerstandsformen und Verhalten auf der Demonstration als z.B. der Braunschweiger Arbeitskreis. Dieser hatte - und wurde darin von den Braunschweiger Grünen und anderen Gruppen unterstützt - bestimmte Aktionsformen vorgeschlagen, wie Blockieren öffentlicher Straßen, massenweises Steigen von Alu-Drachen und Luftballons, Beschädigungen von Infrastruktureinrichtungen der Konrad-Betreiber (z.B. die Bahn-Schienen als eventuelle zukünftige Transportwege für den Atommüll), Sprühen und Plakatieren, und hatte daran folgende Bedingungen geknüpft:
1.Keine Aktionen gegen die Interessen der Anwohner und ihrer Existenzgrundlagen (also z.B. keine öffentlichen Straßen aufreißen und keine Felder verwüsten)
2.Keine Schlacht mit der Polizei, kein Einlassen auf Provokationen.

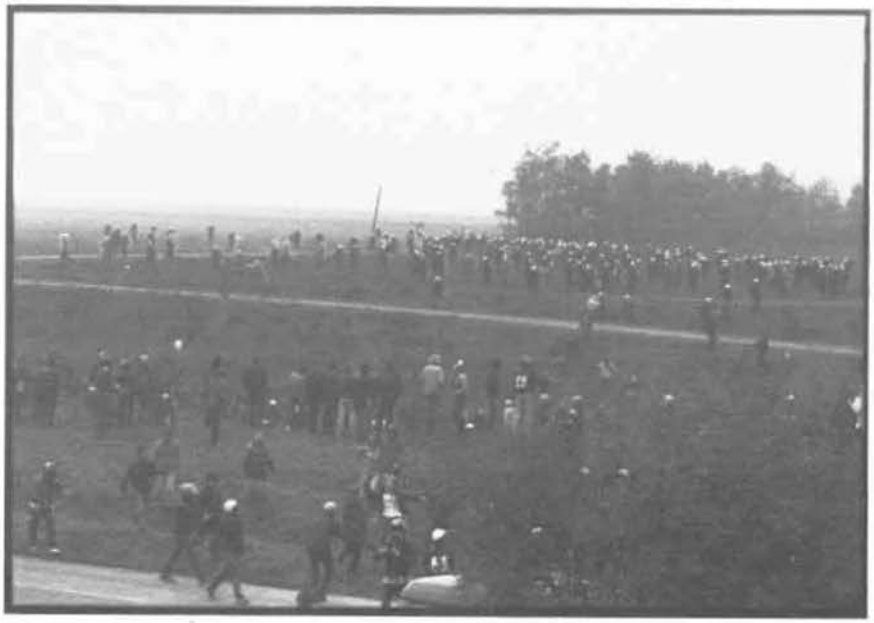
Ferner hatten die Autonomen vor, gegen die Lebenstedt-Gruppe und die Mehrheit der Regional-Konferenz ein generelles Fotographierverbot durchzusetzen.

Das, was dann die Autonomen (oder einige autonome Gruppen) während der Demonstration und am Schacht boten, wirft die Frage auf, ob es mit diesen Leuten noch Gemeinsamkeiten gibt. Ich meine hier nicht nur den Angriff auf die Polizei am Schacht mit Steinen und ähnlichem, den ich nicht nur politisch sinnlos finde, sondern auch aus Gründen meiner politischen Moral nicht gutheißen kann. Ich denke da vor allem auch an die Methoden, mit denen die Autono-

men ein generelles Fotographier- und Filmverbot durchsetzen wollten: sie schlugen und würgten Fotographen, besprühten ihre Objektive und Kleidung mit Farbe usw. Auch Fotographen und Filmer aus der Bewegung blieben davon nicht verschont: ...

Bei allem Verständnis für die Vorbehalte der Autonomen gegenüber Fotographen nach dem Urteil gegen Michael Duffke und Markus Mohr im Brokdorf-Prozess aufgrund eines Presse-Fotos können diese gewaltsamen Einschränkungen der Pressefreiheit nicht hingenommen werden. Ferner fand ich es nicht gut, daß autonome Gruppen Einrichtungen der Bevölkerung beschädigten, z.B. Plattenwege aufrissen, das von der Bleckenstedter Bevölkerung selbst gebaute Feuerwehrhaus besprühten und sogar versuchten, aus Strohballen, die dem Bauern Traube (konsequentester Konrad-Gegner unter den Bauern in Schacht-Nähe), gehörten, eine brennende Barrikade zu errichten. ...

Demonstration Schacht Konrad 30.10.82



Man fragt sich natürlich eines: Wenn nur 300-400 Leute beim Sportplatzfest der Salzgitter-Grünen waren und sich ca. 500 Leute am Schacht mit der Polizei prügelten, was machten dann die übrigen 7000 der 8000 Demonstranten? Was blieb vom Konzept der Lebenstedt-Gruppe bzw. des Braunschweiger Arbeitskreises übrig? Hier muß ganz klar gesagt werden, daß viele dieser 7000 Demonstranten wohl nur eine relativ verschwommene Vorstellung davon hatten, was sie auf der Demonstration wollten. Die Lebenstedtgruppe hat es allerdings auch nicht verstanden, einen bedeutenden Teil dieser großen Mehrheit zu organisieren und dadurch Möglichgkeiten zu geben, in ihrem Sinne Einfluß auf den Verlauf der Demonstration und der Aktionen zu nehmen. Warùm haben wir nicht verhindert, daß einige Leute über Mikro die Auftaktkundgebung in SZ-Lebenstedt mit Gerüchten chaotisierten und sogar der Erdmute von der Lebenstedt-Gruppe das Mikro abdrehten? Warum haben wir die Abschlußkundgebung am Schacht ausfallen lassen, anstatt die von autonomen Gruppen gebaute Barrikade, die uns den Weg zum Kundgebungsort versperrte, entschlossen beiseite zu räumen? Wir müssen selbstkritisch feststellen, daß wir trotz guter Vorsätze schlecht organisiert und wenig entschlossen im Vorgehen waren.

Viele grüne und nichtgrüne Atomkraftgegner haben nach dieser Demonstration gesagt, daß man mit den Autonomen nichts mehr zusammen machen könne. Ich bin allerdings dagegen, daß wir es künftig vom Verhalten der Autonomen abhängig machen sollten, an welchen Demonstrationen und Aktionen wir uns in Zukunft noch beteiligen sollten und an welchen nicht. Doch wir sollten aus unseren Erfahrungen am 30.10. schon einige Konsequenzen ziehen:

1. Demonstrationskonzepte, die das Nebeneinander völlig verschiedener Widerstandsformen auf ein und derselben Demonstration zum Inhalt haben, sind offensichtlich zum Scheitern verurteilt. Denn zwangsläufig - wie die Konraddemo gezeigt hat - kommen dann in der Öffentlichkeit, in den Medien nur noch die militanten Aktionen der Autonomen an, alle anderen Widerstands- und Protestformen werden in den Hintergrund gedrängt. Die meisten aber können sich mit solchen Aktionsformen, wie sie die Autonomen praktizieren, nicht mehr identifizieren; von dem, was sie wollten, steht dann nicht mehr in der - oft sensationsgeilen - Presse.

Wenn wir erreichen wollen, daß jeder seine Form des Protestes und des Widerstandes artikulieren kann, müssen wir andere Wege gehen. Es muß einerseits legale und gewaltfreie Großdemonstrationen geben, zu denen auch jemand hingehen kann, für den es bereits ein großer Schritt ist, überhaupt auf eine Demonstration zu gehen - z.B. der Bauer aus Bleckenstedt oder die Oma aus Engelstedt.
Und andererseits muß es eben illegale größere Aktionen geben mit Blockaden, Beschädigen von Infrastruktur (wie z.B. der Bahnschienen auf der Demonstration) usw., und es muß auch spektakuläre Aktionen kleinerer Gruppen geben. Gerade bei den letzteren Aktionen wird es logischerweise eine erhebliche Vielfalt geben ... Wenn die autonomen Gruppen ein solches Konzept ... nicht mittragen können, sondern versuchen, jeder Großdemonstration ihren Stempel aufzudrücken, dürfte eine Trennung von ihnen nur schwer zu vermeiden sein.

2. Bei allen inhaltlichen Widersprüchen dürften wir Methoden nicht einreißen lassen, wie sie die autonomen Gruppen z.B. gegen Fotographen und Filmer praktizierten. Hier sind die Bewegung und insbesondere die Arbeitskreise gegen Atomenergie aufgefordert, zu solchen Methoden einen klaren Trennungsstrich zu ziehen und von den Autonomen, die daran beteiligt waren, eine Selbstkritik zu verlangen.

3. Uns muß klar sein, daß wir nie und nimmer auch nur irgendeinen Erfolg haben werden, wenn wir nur den Kern der Anti-AKW-Bewegung in regelmäßigen Abständen an den verschiedenen atomaren Standorten zusammenzurufen. Wir werden weder bestimmte Projekte oder gar das ganze Atomprogramm verhindern können, noch werden wir erreichen, daß sich größere Teile der Bevölkerung von einem Staat abwenden, der gegen ihren Willen und mit brutaler Gewalt seine Vorhaben durchsetzt. Nur weil die Mehrheit der Bevölkerung in Gorleben oder Wyhl gegen die atomaren Projekte ist, konnte bisher in Wyhl kein Atonkraftwerk und in Gorleben keine Wiederaufbereitungsanlage gebaut werden. Und die Tatsache, daß ein bedeutender Teil der Bevölkerung des Frankfurter Flufhafenumlandes heute dem Staatsapperat sehr kritisch gegenüber steht, liegt eben genau daran, daß mit der Startbahn West genau ihre Interessen und ihr Wille (und nicht nur der Autonomen) verletzt wurden. Wir müssen also die Aufmerksamkeit für Schacht Konrad, die im Augenblick eben auch teilweise durch die Negativwerbung besteht, nutzen und unsere Basis innerhalb der Bevölkerung unserer Region verbreitern.
... Nur ein Konzept, das ernsthaft versucht, der Mehrheit der betroffenen Bevölkerung die Gefahren eines Atommüllagers im Schacht und die Notwendigkeit des Protestes und Widerstandes dagegen deutlich zu machen, kann die Perspektivlosigkeit von Vorstellungen überwinden, die sich nur auf der Ebene quasi militärischer Auseinandersetzungen bewegen.
...
4. Wir brauchen einen längeren Atem im Kampf gegen das Atomprogramm und das Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Basisbewegungen. ...

Michael Krempin
(Mitglied des Kreisvorstandes der Grünen Braunschweig)

Interview mit den »Massen«

Der ATOMEXPRESS wollte neben dem durchweg positiven Bild, das die meisten Anti-AKW-Veteranen zeichneten, auch den Eindruck, den Nichtinsider gewannen, erfahren.
Wir interviewten R., der mit einer Gruppe von Freunden auf die Demo gegangen war. R. ist Facharbeiter in Salzgitter. Er ist in keiner Initiative aktiv. Am 30.10.82 war das erste Mal auf einer Demo.

R.: Ich ging zum Schacht Konrad, weil ich das Gefühl hatte, mich dafür interessieren zu müssen. Die ganze Atompolitik halte ich für falsch. Der Atommüll gefährdet ja noch viele Generationen nach uns.
R. wertete die Demonstration als Erfolg, obwohl er deren Ablauf mißbilligte.

R.: Ich habe mich auf der Demonstration ziemlich passiv verhalten- es war ja schließlich meine erste.Ursprünglich wollte ich zur Kundgebung nach Lebenstedt, doch auf der Straße dorthin war eine Polizeisperre. So sind wir dann zu dem Fest der Grünen gegangen. Da war aber überhaupt nichts los- vielleicht so 300 Leute waren dort, die in Grüppchen herumstanden. Nur die Musik war gut.
Die Grünen hätten ihr Fest lieber in Salzgitter machen sollen, da wären viel mehr Leute hingegangen. Das soll jetzt aber nicht heißen, daß man am Schacht nicht demonstrieren sollte. Das muß man – machen, aber friedlich. Ich fand das nicht gut, daß da Schilder und Leitplanken verbogen wurden.Ich hatte auch Angst, als der Hubschrauber mit Leuchtraketen beschossen wurde. Stell Dir vor, der wäre auf uns herabgestürzt.
Ich kann mir vorstellen, daß organisierte Gruppen dabei sind, denen das einfach nur spaß macht, na und dann werden auch viele dabei sein, die schon lange in der Atomkraft-Gegner-Bewegung sind und die irgendwie frustiert sind, die denken es geht nicht mehr ohne Gewalt, weil die das ja auch schon lange anders- halt friedlich -versucht haben und darin halt keinen Erfolg mehr sehen.
Aber ich finde das einfach schlecht, weil die Leute , denen das ganze Atomprogramm egal ist, dann irgendwie bestätigt werden, daß nur- wie die sagen -Chaoten demonstrieren, die nur wild etwas zerstören wollen. Und dann besteht eben die Gefahr, daß das Demonstrationsrecht eingeschränkt wird, wodurch der Kampf nur härter wird.
Unter uns hatten wir abgemacht, daß mit Gewalt nichts läuft. Als wir dann vom Fest der Grünen zum Schacht gegangen sind, fanden meine Bekannten die Auseinandersetzungen aber nicht mehr so schlimm. Irgendwie wurden die mitgerissen und sind weiter nach vorne gegangen. Doch was bringst, was die Leute dort kaputt gemacht haben, wird doch hinterher auch von deren Geld wieder bezahlt.

Schacht Konrad war nie das große Diskussionsthema

R.: In der Nachbarschaft und im Betrieb wurde kaum über den Schacht gesprochen. Die glauben eben das wir ohne Atomstrom nicht leben können. Doch ein AKW vor der Türe wollen die meisten auch nicht haben.
Wir kriegen hier auch keine Information über die Unsinnigkeit der Atomenergie, da kommt von den Grünen und den Bürgerinitiativen absolut nichts. Hauswurfsendungen wären wohl gar nicht verkehrt, nur die müßten knallhart und kurz gefasst sein, sonst würde die keiner lesen.

Na und meine Bekannten, die diskutieren auch nicht, die sagen alle, daß ist Scheiße mit dem ganzen Atomkram und damit hat sich das schon.
Durch die Zeitung erfährt man auch nicht viel. Z.Z habe ich auch keine Tageszeitung, ist einfach zu teuer für einen Alleinstehenden
In Salzgiter habe ich dann das erste Mal von der Demo gelesen- hatten welche dort an eine Wand gesprüht.
Über die Sprühereien haben sich die Leute im Betrieb ganz schön aufgeregt, Na und nach der Demo kamen dann die - Sprüche:„ Da müssten halt ein paar Mercedesse vorfahren alle mit einer MG hinten drauf und alle umnieten oder den Schacht aufmachen, alle Leute rein und zumachen.

Was hat die Demo für R. bedeutet ?

Ich dachte früher, daß das ganze Atomprogramm hauptsächlich in Gorleben abläuft. Jetzt habe ich aber gemerkt, daß der Schacht auch ganz schön wichtig ist (!). Es muß hier noch viele Demonstrationen geben. Ich glaube, daß jetzt auch immer mehr Menschen hingehen werden. Am 30.10. waren das ja auch schon ganz schön Viele. Ich werde auf jedem Fall jetzt immer dabei sein. Ich habe auch das Gefühl, daß ich irgendwo mitarbeiten müßte. Das ist ja schließlich nicht nur das Problem mit der Entsorgung und den Atomkraftwerken, da ist ja überall was faul.
Ich war in meinem bisherigen Leben ziemlich unpolitisch- ich habe mich halt einfach nicht dafür interessiert; irgendwie haben mir andere Sachen mehr bedeutet, so an Autos herummuckeln oder was im Haus arbeiten. Vielleicht bin ich auch von Anfang an nie mit den richtigen Leuten zusammengekommen. Ich habe bisher immer ablegen gewohnt und bin erst seit einem Jahr in Salzgitter, aber auch hier hab ich noch nicht die richtigen gefunden. Dabei komme ich mir eigentlich beschissen vor, daß so alles mit anzusehen ohne etwas zu tun. Aber mir fehlt einfach die Vorkenntnis, um in einer Bürgerinitiative mitarbeiten zu können (!!!). Ich hätte Angst, weil die Leute in den Bürgerinitiativen einfach schon zuviel wissen.

Eine letzte Frage :„R. wie würdest Du es finden, wenn der Schacht durch einen - Sabotageanschlag zerstört werden würde ?"

Schweigen, R. scheinen solche Gedanken noch nie gekommen zu sein. Dann aber :„

Ja, daß wäre doch eigentlich großartig."

LESERBRIEFE

Gedanken zur Herbstoffensive

(Erfahrungsberichte und Schlußfolgerungen)

So geht es nicht weiter - dies ist die einhellige Meinung innerhalb der BI Celle nach den Herbstaktionen. Im folgenden Artikel wollen wir durch drei Erfahrungsberichte verständlich machen, wie diese Haltung entstanden ist. Wir wollen aber nicht in unserer Frustration versinken, sondern ein Konzept finden, das von möglichst vielen AKW-Gegnern getragen werden kann. Dazu sollen die Schlußfolgerungen beitragen, die wir aus den Erfahrungsberichten ziehen.
Auf diesem Wege wollen wir versuchen, in eine Diskussion mit denjenigen Gruppen zu treten, denen es ähnlich geht wie uns. Wir halten ein Treffen dieser Gruppen noch im Winter für sinnvoll. Interessierte Initiativen sollten uns eine kurze Stellungnahme schicken oder uns anrufen. Bei entsprechendem Interesse würden wir ein solches Treffen organisieren.
Zum weiteren Artikel ist noch anzumerken, daß wir Strategie und Brutalität der Polizeieinsätze weitgehend unberücksichtigt lassen. Einerseits ist das Vorgehen von Polizei und BGS schon ausführlich geschildert worden, andererseits kommt es uns hier hauptsächlich darauf an, **unsere** Schwächen herauszufinden und wieder zu einer wirksamen Form des Widerstands zu kommen.

Erfahrungsberichte:

Gorleben, 4. September

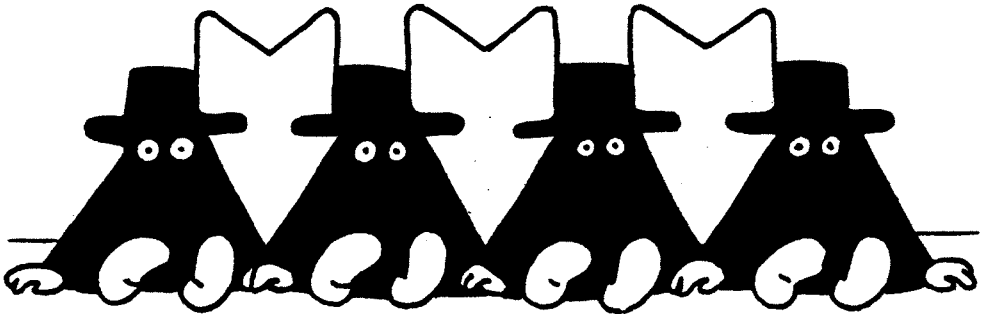
An der Herbstaktion in Gorleben nahmen ca. 50 AKW-Gegner aus Celle teil. Während der Auseinandersetzungen am Zwischenlager kam es immer wieder zu Phasen, wo uns ein Gefühl von Unentschlossenheit leitete. Ursache hierfür war sicherlich auch eine ungenügende Aufarbeitung des Begriffs " Belagerung " seitens unserer BI. Wir hätten in der Vorbereitung noch mehr Gewicht darauf legen müssen, wie eine Belagerung von uns durch konkrete Aktionen geleistet werden kann.
Als wir dann vom Zwischenlager vertrieben wurden, fügte sich unsere Gruppe gut ins Bild der untätig herumsitzenden ein. Einige halfen die immer größer werdende und bald vollendete Barrikade bauen. Wir wurden unentschlossener, je länger wir rumsaßen und diskutierten. Niemand von uns konnte aktiv an den Waldkämpfen teilnehmen. Unsere einzige Aufgabe schien zu sein, die Leute nicht im Stich zu lassen. Endlich nach mehr als zwei Stunden, hatte sich auf einer größeren Versammlung eine Mehrheit dafür gefunden, durch die Barrikaden zurück zum Zwischenlagertor zu gehen, um dort eine Sitzblockade durchzuführen. Doch dazu sollte es nicht mehr kommen. In diesem Moment kam es zu einer Offensive der Polizei und wir zogen mit der Mehrheit der Leute Richtung Gedelitz ab.

Kalkar, 2. Oktober

Morgens um sechs sind wir mit 20 Leuten in Celle losgefahren. Einer der Mängel in der Vorbereitung fiel schon vor der Demo auf: die Strassensperren der Polizei waren nicht rechtzeitig angekündigt und eine Konvoibildung nicht vorgesehen, so daß wir direkt und ahnungslos in die Polizeisperre hineinfuhren. Unsere Helme wurden wir dort schon los. Nachdem Parkplätze gefunden waren, latschten wir los - bis zur nächsten Sperre, wo diesmal die Brauseflaschen einkassiert wurden. Auch diese Sperre wäre mit einer entsprechenden Anzahl von Leuten zu umgehen gewesen. Der weitere Verlauf der Demo war für mich dann ein einziger Frust: Reggae auf dem Marktplatz, organisatorisches war nicht zu verstehen. Dann der lange Marsch durch die Kuhwiesen, freundlich begleitet vom Polizeihubschrauber. Zwischendurch die Nachricht, autonome Gruppen wären schon vorrausgegangen und lieferten sich Gefechte mit den Bullen. Auch das habe ich als sehr frustrierend empfunden, daß da ein paar Leute vorgehen und ihre Aktionen machen, und ich gehe an denen vorbei, um mir eine Kundgebung anzuhören. Da war jedenfalls für mich kein Zusammenhang mehr zwischen den Aktionsformen zu sehen und schnell das Gefühl da, daß es den " " Aktivisten " am Zaun egal ist, ob wir paar tausend da noch rumstehen oder nicht, daß zumindest keine Kommunikation mehr stattfindet. Auch insofern war's ein blödes Gefühl, weil ich auch eine ganz schöne Wut gegen die Repräsentanz des Staates in mir gespürt habe und auch Solidarität mit denjenigen, die am Zaun kämpften, dies jedoch als politisch ziemlich unsinnig empfunden habe und dann zusah, wie zuhause vor der Glotze. Zur Kundgebung fällt mir auch nichts mehr ein, aber sie fand wenigstens statt.

Schacht Konrad, 30. Oktober

Enttäuschung bei der Abfahrt, es fahren nicht mehr als nach Kalkar, nur 20 Leute. Beim Treffpunkt in Braunschweig wird die Stimmung etwas besser, zwar sind auch hier ziemlich wenige, aber immerhin klappt die Organisation und der Zeitplan, so daß unser Konvoi von Polizei unbelästigt in SZ-Engelnstedt ankommt. Hier löst sich der Konvoi auf, für uns folgt eine triste Wartezeit.
Als endlich die Demo aus SZ-Lebenstedt eintrifft und es weitergeht, entwickelt sich eine Mischung aus Spaziergang und Trauermarsch, keine Parolen, keine Musik/Gesang (übrigens ist uns im Gegensatz zu Grohnde, Brokdorf, Gorleben ... noch kein Lied zu Schacht Konrad bekannt geworden - auch ein Ausdruck unserer Phantasielosigkeit ?). Nachdem die Abschlußkundgebung ausgefallen war, weil einige Autonome den vorgesehenen Kundgebungsplatz abgesperrt hatten, diskutierten wir Celler unser weiteres Vorgehen. Der größte Teil unserer Gruppe schloß sich den Leuten an, die zum Schacht gingen. Ein kleiner Teil blieb zurück, weil ihm eine Teilnahme an völlig unkoordinierten und in der Entwicklung nicht zu berechnenden Aktionen zu unsinnig und zu riskant erschien. Für den gemeinsamen Rückweg vereinbarten wir ein Treffen in SZ-Bleckenstedt.
Bei den Aktivitäten am Schacht war die Mehrheit unserer Gruppe froh, daß mal etwas passierte und einige packten auch kräftig mit an. In der Beschädigung der Bahnlinie zum Schachtgelände sehen wir einen symbolischen Widerstandsakt, bei dem es letztendlich nicht darauf ankommt, welche Anzahl von Bahnschwellen demontiert wird. Die Aktivitäten gingen jedoch ohne ein erkennbares Aktionsziel weiter. Die Arbeiten schienen für viele zum Selbstzweck zu werden. Gleichzeitig wuchsen bei uns die Zweifel an der politischen Effektivität dieser Aktionen. Zaghafte Versuche, einen rechtzeitigen Rückzug zu organisieren, scheiterten, weil wir - wie wohl auch die meisten anderen Leute - das Gefühl hatten, die Aktivisten nicht im Stich lassen zu dürfen. Wir warteten also geduldig, bis die Polizei vorrückte und schließlich im Laufschritt angriff. Die Ketten, die wir vor dem Lautsprecherwagen gebildet hatten, um einen geordneten Rückzug sicherzustellen, wurden so schnell aufgerissen, daß uns nur noch die panikartige Flucht blieb. Wir wurden in zwei Gruppen getrennt, die BI-Fahne ging verloren, eine Brille kaputt, ein Schuh weg und das Megaphon verbeult - dazu das erstaunliche Glück, daß keiner aus unserer Gruppe verhaftet und keiner verletzt wurde.
Zwar waren wir nach der Flucht froh, uns alle wiedergefunden zu haben, aber unsere Wut richtete sich nicht nur auf die Polizei, sondern auch auf zahlreiche Aktivisten, die den schnellen Fluchtweg an der Demo vorbei genommen haben. Nach dieser Konrad-Demo wurde innerhalb der BI-Celle erstmalig von einer großen Mehrheit infrage gestellt, ob und wie noch mit einigen Teilen der Autonomen zusammengearbeitet werden kann. Jedenfalls wollen wir uns Ort und Ablauf von Aktionen von Autonomen genausowenig diktieren lassen wie von der Polizei. Allerdings können BI-Mitglieder, die nicht an der Demo teilgenommen haben, unseren Ärger über autonome Gruppen bis jetzt nicht voll verstehen, sondern stehen recht verwundert diesem Stimmungsumschwung gegenüber.



Schlußfolgerungen aus unseren Erfahrungen:

Vorweg: der alte und selbstverständliche Gedanke, daß eine Demonstration / Aktion auch möglichst vielen Teilnehmern Spass machen sollte, scheint zumindest zeitweise und teilweise vergessen zu sein; selbst bei einer Demo durch Wiesen und Felder könnten wir die Stimmung z.B. mit Liedern erheblich verbessern; schließlich müssen die Teilnehmer, wenn und weil mit einer Aktion nicht alles erreicht werden kann, Lust haben oder kriegen an weiteren Aktivitäten teilzunehmen.
In der Anti-AKW-Bewegung gibt es eine breite Strömung, die nicht prinzipiell für oder gegen Gewalt ist, sondern die Wahl der Mittel von der jeweiligen Einschätzung der Lage abhängig macht. Trotzdem ist es im letzten Herbst bei den Aktionen in Gorleben, Kalkar und Salzgitter nicht gelungen, ein Aktionsziel und eine Form der Durchführung zu erarbeiten, die ein gemeinsames Handeln und im Ergebnis das Gefühl einer guten Aktion ermöglicht hätten. Ist ein

Aktionsziel genau formuliert, wird es möglich, die Beendigung einer Aktion und einen eventuellen Rückzug in die Vorbereitung miteinzubeziehen. Aktionen mit der Devise " " Open End " laufen regelmäßig der Polizei ins offene Messer, weil diese dann den günstigsten Zeitpunkt zum Angriff abwarten kann (siehe Salzgitter).
Unserer Meinung nach entspringt die Unfähigkeit, eine Aktionsform zu finden, die von möglichst vielen Widerstandsgruppen getragen werden kann, zum Teil aus der Vermittlungsfunktion zwischen " Gewaltfreien " und " Aktionisten ", wobei das Entwickeln oder gar (argumentative Durchsetzen eigener Positionen der Bürgerinitiativen immer mehr in den Hintergrund trat. Die Frage, wieviele Leute wir für was mobilisieren können, wie die Meinung in den örtlichen BIs und in der Bevölkerung ist und welche Möglichkeiten angesichts der jeweiligen politischen Lage der Staatsapparat, Bullen und " " Grenz " schutz, ausschöpfen kann, muß jeweils neu diskutiert werden; dabei kann selbst die Form " Demo am Bauplatz " kein Glaubenssatz sein. Die " Einheit der Vielfalt ", jeder macht was er für richtig hält, scheint ebenfalls keine brauchbare Form zu sein, weil so insbesondere für Teilnehmer, die in keiner festen Gruppe sind - und das gilt zumindest bei Großaktionen für die meisten -, die Entwicklung der Gesamtsituation und das eigene Risiko völlig unüberschaubar werden. Gerade in solchen Situationen haben auch kleinere Gruppen selbstverständlich das Recht, wegzugehen, wenn sie nicht mehr in der Lage oder bereit sind, die Aktionen zu tragen.
Diese Aussagen mögen überwiegend als Gemeinplätze empfunden werden, trotzdem scheint uns das Anknüpfen an diese alten Hüte der erste Schritt, um unsere Passivität/-Resignation zu überwinden und Vorschläge zu entwickeln, bei denen den Teilnehmern vorher gesagt werden kann, auf was sie sich einlassen, wie groß oder klein das Risiko ist. Wenn wir in diesen Fragen keinen Fortschritt erzielen, werden es immer mehr AKW-Gegner vorziehen, lieber schlechten Gewissens zuhause zu bleiben, als sich auf völlig unabsehbare Eskalationen einzulassen.

BI Celle Tel.: 05141-48843
Postfach 404, 3100 Celle

Leserbrief Liebe Leute!

" Schacht Konrad - Nadelöhr der Atomindustrie " hieß es bei euch im Oktober 81. Zur Brokdorf-Demo im letzten Jahr habt ihr mit dem Titelblatt und mehreren Seiten Euern Beitrag zur Mobilisierung gegen e i n AKW von vielen geleistet. Der Stellenwert des Schachtes ist euch wohl doch nicht ganz klar, denn das ' Nadelöhr ' mit zwei Seiten und einer dummen Entschuldigung abzuhandeln, ist wirklich ein schlechter Scherz. Besonders vermißt habe ich den Anschlag auf die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung GSF in Braunschweig, die an der Erschließung der Schachtanlage beteiligt ist (Sachschaden 50000 DM). War weit vor Euerm Redaktionsschluß! Ich meine, daß dies eine wichtige Form des Widerstandes gegen das Atomprogramm ist.
Damit will ich zu den Konsequenzen aus den letzten Großaktionen kommen: Die viel beschworene " Einheit der Vielfalt " ist m.E. Quatsch, wie Gorleben und Konrad zeigten. Beide Demos wurden klar durch das Verhalten der Autonomen beherrscht. In Gorleben mußte " die Diskussion mit der BI auch mal anhand praktischer Auseinandersetzungen geführt " werden (sinngemäßes Zitat, gefallen auf der Buko), in Salzgitter lenkten die Kämpfer den Demozug durch ne Barrikade in die von ihnen gewünschte Richtung. Das nur als zwei Beispiele von vielen. Genauso verurteile ich die Grünen, die meinten, sie müßten ihr Fest vor der Abschlußkundgebung beginnen.
Allerdings wären ohne den Aufruf der Grünen wohl einige Leute zu Hause geblieben. In Salzgitter gingen 3-400 zum Fest der Grünen, etwa 1000 waren bei den Autonomen, die weitaus meisten (7-8000) waren wohl durch die BIs mobilisiert worden. Auf dieses Maß ihres tatsächlichen Anhangs muß der Einfluß der Autonomen&Grünen z.B. auf den Regionalkonferenzen gebracht werden!
Welcher Weg zum Fall des Atomprogramms führt, kann niemand sagen. Deshalb sollten in Zukunft zum einen verschiedenste legale & illegale Aktionen laufen, durchgeführt durch entschlossene Gruppen mit klaren Zielvorstellungen (sowas wie die Schachtbesetzung im Oktober oder obengenannter Anschlag, Gerichtsklagen usw.). Zum anderen gewaltfreie Großdemos, an denen auch " Normalbürger " teilnehmen können, auf denen die Solidarität mit den illegalen Aktionen ausgedrückt werden muß. Also: Jede Aktionsform (mit Ausnahme von Anschlägen auf Menschen) hat ihre Berechtigung, ist Ausdruck einer bestimmten Richtung unseres gemeinsamen Widerstandes; doch jede Aktion muß klar konzipiert und für jeden Teilnehmer verbindlich sein. Nur so kann die außerparlamentarische Bewegung gegen das Atomprogramm wieder verbreitert werden.
Zur Kriminalisierung: Gerade auf die Frage, ob " Erfolge " wie das Einrammen eines Tores beim Schacht die Zahl von Verletzten und Festgenommenen, den Knast für einige Leute, aufwiegt, gaben die Autonomen auf der BUKO keine Antwort. Klar, Verhaftungen und Anklagen zu unserer Einschüchterung wird man nie verhindern können, es jedoch von vorneherein darauf anzulegen, kann nicht der richtige Weg sein.
Die BUKO hat einmal mehr gezeigt, daß unsere Bewegung gespalten ist, daß es keine gemeinsame Perspektive des Widerstands gibt. Solange Autonome Kämpfer & strikt Gewaltfreie meinen, sie hätten die endgültige Widerstandsform gefunden, wird es wohl bei diesem Nebeneinander bleiben. Die " Undogmatischen ", wozu man die Mehrheit der BIs, zumindest dieser Region, zählen kann, also die, die weder Kampf in jeder Lebenslage noch Gewaltfreiheit um ihrer selbst willen hochhalten, müssen selbstbewußter werden und in Zukunft klare Konzepte entwickeln. Autonome & Grüne müssen dann, wenn es ihnen zu gewaltlos/sam ist, halt zu Hause bleiben.

Tschüß, Christian (im AK gegen Atom Hildesheim)

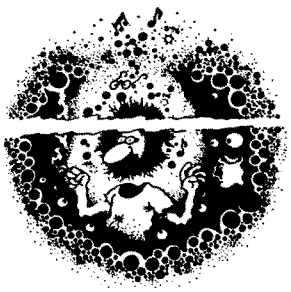
Im letzten AE hatten wir den neuerlichen Besuch des Ehepaares Buchsbaum aus Brasilien und möglicher Vorträge mit ihnen angekündigt. Dazu erhielten wir jetzt zwei Leserbriefe.

Liebe Freunde!

Wenn wir das Wort „ Buchsbaum " hören, und sei es nur im Zusammenhang mit dem schönen grünen Gewächs, könnten wir wieder einen Tobsuchtsanfall bekommen. Allerdings ist das Gewächs noch recht nützlich, Otto und Florence Buchsbaum dagegen nur teuer!
Nun haben wir gehört, daß sie wieder auf Reisen sind und ihr Weg sie auch wieder in die BRD führt. In der letzten Ausgabe des AtomExpress lasen wir eine entsprechende Ankündigung. Uns überfällt dabei ein reichlich ungutes Gefühl. Damit nicht weitere gutgläubige Initiativen ebenso schlechte Erfahrungen machen wie wir, möchten wir unsere schildern und euch bitten, diese weiterzugeben.
Wir hatten am 31.3.80 zusammen mit dem Dritte Welt Laden und der Gesellschaft für bedrohte Völker eine Veranstaltung mit dem Ehepaar Buchsbaum gemacht.
Sie hatten uns angeschrieben und sich angeboten, in einem Vortrag ihre wichtigen und interessanten Informationen weiterzugeben. Wir bekundeten unser Interesse an solch einem Vortrag in einem Einladungsschreiben, machten aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß wir eine kleine und nicht sehr finanzstarke Initiative sind; wir ihnen also kein Honorar oder ähnliches zahlen könnten. Wir einigten uns dann auf freie Unterkunft und Verpflegung und auf Spesen für Fahrtkosten in der Höhe der Einnahmen und Spenden von der Veranstaltung.
Bereits der Vortrag war enttäuschend. Er schien gar nicht vorbereitet gewesen zu sein, vieles war einfach aneinandergereiht und auf neue und wichtige Information warteten wir vergebens. Dennoch bedankten wir uns bei den Buchsbäumen für ihren Vortrag und waren froh, ihnen die Summe von ca. 150,- DM - wie vereinbart - geben zu können. Das Ehepaar Buchsbaum hatte da aber wohl ganz andere Vorstellungen. Sie nannten dann etwas pikiert ihre Geldvorstellungen: 400,- DM, die sich wie folgt aufschlüsselten: Schiffspassage von Oslo nach Kiel, Bahnfahrt von Kiel nach Lübeck (ihre nächste Station) und 100,- DM für ihren Vortrag!
Wir waren dermaßen perplex über soviel Unverfrorenheit, daß wir noch versucht haben, den Betrag zusammenzukratzen, kamen aber auch so „ „ nur " auf 300,- DM. Als sie am nächsten Tag Kiel verlassen hatten stieg in uns nur noch totale Wut hoch! Nicht nur weil wir uns wirklich auch menschlich um sie bemüht hatten, bekocht, Besorgungen gemacht usw., sondern weil wir so blöd waren, ihnen das Geld tatsächlich zu geben. Allerdings schrieben wir ihnen noch einen Brief, in dem wir ganz klar zum Ausdruck brachten, was wir von ihnen hielten. Wir schickten ihn an ihre Postadresse nach, mit der Angabe unserer Kontonummer und einem letzten moralischen Appell. Von dem Ehepaar Buchsbaum hörten wir allerdings nichts mehr.
Soweit unsere Schilderung. Angesichts des nun wieder bevorstehenden Besuches der Buchsbaums würden wir einmal gerne wissen, ob auch andere damals ähnliche Erfahrungen gemacht haben und fänden es gut, wenn dieses dann öffentlich gemacht wird. Wir haben den Eindruck, daß hier mit Solidarität innerhalb einer Bewegung - gerade bei Leuten, die aus dem Ausland kommen - kalkuliert wird zum eigenen privaten Vorteil. Wenn sich diese Vermutung bestätigen sollte, müßte eine Wiederholung des ganzen unbedingt verhindert werden!

mit Buchsbaum- und atomfeindlichen Grüßen

Mitglieder der ehemaligen BI Umweltschutz Kieler Förde e.V.
c/o Vievienne Langhann, Harmsstr. 29, 2300 Kiel 1



Liebe Freunde!

Wir haben im neuen AtomExpress auf der letzten Seite Eure Ankündigung über mögliche Vorträge von F. und O. Buchsbaum aus Brasilien gelesen.
Wir möchten hiermit mitteilen, daß wir am 7.9.81 zusammen mit dem

Arbeitskreis 3. Welt Krefeld eine Veranstaltung mit dem Ehepaar Buchsbaum gemacht haben und insgesamt sehr unzufrieden damit waren (nicht nur mit dem Vortrag).
Abgesehen davon, daß der Vortrag ganz mies war (keine Strukturierung, Aneinanderreihung von Erzählungen, in denen Herr Buchsbaum die Hauptrolle spielte), haben wir den Verdacht, daß das Ehepaar Buchsbaum ganz schön auf " Polittourismus " abfährt.
Wir hatten jedenfalls vorher mit ihnen vereinbart, daß sie bei uns freie Unterkunft und Verpflegung bekämen, wir die Fahrtkosten bezahlen würden (natürlich Bundesbahn 1. Klasse) und wir eine Spende für Resistencia Ecologia machen würden. Nachdem das auch alles so ablief, erhielten wir ca. 3 Wochen später eine Rechnung über 150 DM (wenn ich mich recht erinnere; einige von uns meinen sogar, es wäre eine Rechnung über 300 DM gewesen!) für die Vortragstätigkeit des Ehepaares Buchsbaum!
Darüber waren wir ganz schön sauer und haben die Rechnung natürlich nicht bezahlt und auch nie mehr etwas vom Ehepaar Buchsbaum gehört!
Um es vorsichtig auszudrücken: Wir können die Vortragstätigkeit des Ehepaars Buchsbaum nicht empfehlen. Vielleicht fragt ihr in einer der nächsten Ausgaben des AtomExpress nach anderen Erfahrungsberichten nach, um besser abschätzen zu können, was die Vortragsveranstaltungen des Ehepaares Buchsbaum für Bürgerinitiativen und andere Organisationen bringen.
Um keine Geheimniskrämerei zu betreiben, schicken wir einen Durchschlag dieses Briefes zur Kenntnisnahme an die im AtomExpress angegebene Adresse in Brasilien.

mit atomfeindlichem u. solidarischem Gruß

Bürgerinitiative Ndrh. / Krefeld gegen Atomkraftwerke, Schwertstr. 46, 4150 Krefeld

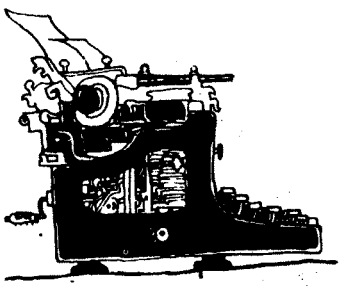
Nachbetrachtung der Bundeskonferenz '82

„Die Bewegung hat die Probe nicht bestanden!" war die Schlagzeile der TAZ zur BuKo in Kassel als Bewertung dessen, was die Anti-AKW-Bewegung in den letzten Jahren zustande gebracht hat im Hinblick auf die verhinderung von Atomanlagen und besonders im Hinblick auf die Solidarität mit denen, die stellvertretend für uns alle in die Mühlen der Justiz geraten sind. Sicherlich eine im großen und ganzen realistische Einschätzung.

... Um es vorweg zu sagen, wir sehen uns nach der BuKo kaum beser gerüstet, eine vor allem uns motivierende Perspektive zu entwickeln. ... Wenn wir allerdings den Verlauf der BuKo als einen Maßstab für den Stand der Bewegung zugrunde legen, halten wir eine ehrliche, solidarische Kritik an der BuKo, bzw. an ihren Teilnehmern/-innen für unabdingbar. Wir möchten Aspekte und Fragen in die Diskussion bringen, die auf der BuKo kaum angesprochen wurden.
Die beteiligung an der organisatorischen und vor allem inhaltlichen Vorbereitung war bekannterweise dürftig, es schien die Stimmung zu herrschen „Wenn schon eine BuKo angesetzt ist, müssen wir wohl teilnehmen", ohne daß klar formulierte Erwartungen gestellt wurden. So kamen uns, denen die organisatorische Vorbereitung angetragen wurde und wir diese nach einigem Zögern auch übernahmen, doch einige zweifel, ob Zeitpunkt und Form einer solchen Konferenz den Bedürfnissen der unterschiedlichen Gruppierungen gerecht werden würde. Doch die zeit drängte, zu einer eigenen inhaltlichen Vorbereitung kamen wir kaum, so daß unsere erwartungshaltung eher allgemeiner natur blieb: durch einen Erfahrungs- und Informationsaustausch neue Motivation und Kräfte sammeln, gemeinsame Orientierungspunkte finden, die vielleicht ein kkordinietes Arbeiten vor Ort ermöglichen würden. Wir waren gespannt.
Unser erster Eindruck war: die Bewegung ist merklich geschrumpft – eigentlich nichts Unerwartetes, war doch die Beteiligung an den Herbstaktionen schon Anzeichen genug dafür –, und nach wie vor sind die städtischen Initiativen tonangebend. Ländliche BI's scheinen weiterhin andere Bedingungen in ihrer Arbeit zu haben ...
Die Fülle an inhaltlichen Themen wurde aufgeteilt in Arbeitsgruppen, die unseres Wissens im wesentlichen effektiv und ohne größere Kontroversen (das find' ich widersprüchlich, d.S.) verliefen. Aber wie all diese Bereiche wieder zusammenbringen, daß daraus eine gemeinsame Orientierung und Perspektive entstehen konnte? Dies war die Frage, vor die wir als Kasseler BI gestellt waren, als der Vorbereitungskreis für das sonntägliche Abschlußplenum abgebröckelt war, und wir uns für die Gestaltung des Plenums allein verantwortlich sahen. Wir fühlten uns überfordert, so daß uns auch nichts besseres einfiel, als vom Podium aus den Berichterstattern der einzelnen AG's Gehör zu verschaffen.
Nachträglich haben wir den Verlauf des Plenums den Eindruck wie von einem stinknormalen Parteitag oder einer ähnlichen Versammlung. Die Form wurde gewahrt, auf jeden Topf passte ein Deckel in Form von Erklärungen und Resolutionen, die inhaltlich sicher nicht schlecht waren, aber sollte das alles gewesen sein?
... Wo blieb das Artikulieren der Faktoren, die eine kontinuierliche Anti-AKW-Arbeit ermöglichen bzw. verunmöglichen?
Wie sieht es mit unserer persönlichen Motivation aus, welchen Sinn hat es eigentlich für uns noch, über atomare Gefahren und deren Hintergründe aufzuklären und in unseren Aktionen über symbolische Akte nie hinauszukommen?
Sind unsere Aktivitäten nicht längst von der Gegenseite eingeplant und einkalkuliert, unsere Aktionsformen nicht deshalb schon längst überlebt? Ist für uns Ant-AKW-Arbeit noch eine dem Einzelnen angemessene Ausdrucksform seines Unmutes und Protestes gegen das herrschende System, und läßt sich im Widerstand gegen Atomanlagen noch die ganze Bandbreite persönlicher Betroffenheit ausdrücken – in Zeiten schwindender Lebens- und Arbeitsperspektiven, massiver Kriegsvorbereitungen?

Wie bewerten wir die Erfahrung, zunehmend Dienstleistungs- und Alibifunktion für ökologisch Interessierte zu übernehmen und dabei Gefahr zu laufen, in die Ecke einer politischen Sekte zu geraten, die zwar wie schon immer die sachgemäßen Forderungen aufstellt, sich dabei aber im politischen Alltag zunehmend isoliert?
Diese Fragen und Verunsicherungen bestimmen unsere Motivation und praktische Arbeit als Anti-AKW-Gruppe. Und wenn wir davon ausgehen, daß dieses vielen Initiativen so geht, haben wir alle uns zumindest beim Abschlußplenum der BuKo an diesen Fragen vorbeigemogelt. Sicher wäre eine Diskussion darüber unüblich und nicht einfach gewesen, und es ist auch fraglich, ob dabei mutmachende Perspektiven herausgekommen wären, aber die Gelegenheit dazu wurde von allen nicht genutzt. Haben wir nicht durch das alleinige Behandeln von Sachfragen eine Vorspiegelung falscher Tatsachen betrieben?
Ein unwohles Gefühl beschlich gerade uns als Gestalter des Podiums. Nur ein Beispiel: So richtig es war, die Punkte Kriminalisierung und Perspektiven des Widerstandes in einer Arbeitsgruppe zu behandeln, so verschleyernd (o, Setzfehler) finden wir nachträglich die formale Trennung der Berichte zu diesen Themen auf dem Plenum. Zur Kriminalisierung gab es Handfestes, Vortragbares zu verkünden, deswegen war dazu am Anfang Platz; das Thema Widerstand, das am ehesten Zugang zu unseren Fragen geschaffen hätte, kam ans Ende und fiel der allgemeinen Aufbruchstimmung zum Opfer. War das nicht absehbar und haben wir so eine befriedigende Antwort auf die Solidaritätsfrage mit den kriminalisierten AKW-Gegnern bekommen?
Wir möchten unseren Beitrag nicht als vorwurfsvolle Abrechnung mit den anwesenden Initiativen verstanden wissen. dafür haben wir gewiß genug Grund, uns an die eigene Brust zu klopfen. Unsere Konsequenz heißt auch nicht, die BuKo nachträglich als gescheitert oder sinnlos zu erklären, im Gegenteil sehen wir die inhaltlichen Arbeitsergebnisse größtenteils als gelungen an (z.B. die Verhältnisklärung zu den Grünen oder die Zusammenfassung der AG Energiepolitik). Uns sind die vorne aufgeworfenen Fragen nur zu entscheidend und wichtig, als sie in unseren eigenen Köpfen herumzutragen, ohne mit anderen Initiativen in eine offene Auseinandersetzung darüber getreten zu sein. Auf der BuKo war dies nicht möglich, aber auch danach scheint es uns dafür nicht zu spät zu sein.

BI gegen Atomanlagen Kassel



Provokation — oder Mahnung an die Zukunft?

Am Volkstrauertag November '82 passierte auf dem Friedhof in Müllheim (Breisgau Hochschwarzwald) folgendes:
Etwa 15 Leute aus der Friedensbewegung Müllheim haben das Gedicht "Stimmen aus dem Massengrab" von Erich Kästner an die Anwesenden auf dem Friedhof verteilt. Dieses Gedicht hat Erich Kästner nach dem 1. Weltkrieg geschrieben, als er sah, daß bereits für den nächsten Krieg gerüstet wurde. Seine Warnung vor dem 2. Weltkrieg wurde jedoch nicht gehört, wie die Geschichte gezeigt hat. Weil wir denken, daß bereits jetzt wieder für den nächsten weltweiten Krieg gerüstet wird und dieses Gedicht die Situation gut beschreibt, wollten wir die Zeremonie am Volkstrauertag mit Inhalt füllen.
Anwesend auf dem Friedhof waren Witwen, Kriegsversehrte, das Rote Kreuz, die Reservisten, ein Mayor des Jagdbombergeschwaders Bremgarten, französiche Soldaten und der Musikverein. Die meisten von ihnen nahmen das Gedichtblatt stillschweigend an. Die Soldaten jedoch reagierten wütend, versuchten einem der Verteiler die Blätter aus der Hand zu reißen und informierten die Polizei. Es rückten auch sofort 6-8 Polizisten an, denen wir klarmachen konnten, daß wir lediglich an der Feier teilnehmen wollten.
Dann kam es zur Kranzniederlegung, wo-

Collage: Peter Grohmann

ran wir uns mit einem Kranz mit der Schleifenaufschrift "Den Toten des 3. Weltkrieges" beteiligten. Die Reaktionen der Anwesenden bei der Kranzniederlegung waren verschiedenartig. Die einen fanden es "geschmacklos", die anderen "mutig", wieder andere "provozierend", aber gut. Diejenigen, die sich aufregten, waren z.B. der Bürgermeister und einige Stadträte, die gleich nach der Zeremonie lauthals über uns zu schimpfen begannen.
In den darauffolgenden Tagen gab es eine Leserbriefschwemme. Immerhin schienen sich einige Müllheimer Bürger Ged anken über diesen Vorfall zu machen. Schließlich befasste sich sogar der Gemeinderat Müllheim mit dieser Sache: ein Stadtrat der Freien Wählergemeinschaft nutzte die Aktion zu einem Rundumschlag gegen die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Markgräflerland (AGUS); er machte sie für die Aktion verantwortlich. Ein anderer Stadtrat von der CDU sagte, daß immer noch die Mehrheit zu sagen hätte was Sache ist und die AGUS eine linksradikale Minderheit sei, die den Mund halten sollte; dann griff dieser "demokratische" Stadtrat noch zwei Mitglieder der AGUS, die sich an der Aktion beteiligt hatten, persönlich an: er fragte, ob diese Leute als Angestellte im öffentlichen Dienst überhaupt noch für den Staat tragbar wären.
Die AGUS als gemeinnütziger Verein mit 200 Mitgliedern hatte die Aktion weder organisiert noch vorbereitet,bzw. dazu aufgerufen. Das wußten auch die beiden Stadträte. - Der Gemeinderat beendete schließlich seine Diskussion, indem er in einer Resulotion die Form der Aktion verurteilte.-
Was war hier eigentlich zu verurteilen ? Ist es schlimm, ein Gedicht zu verteilen und einen Kranz niederzulegen, wie die anderen auch ? Die Gemeinderäte scheinen ihre Gesinnung hinter Formfragen verstecken zu wollen.
Dieser Bericht von uns sollte dazu auffordern, sich aktiv und phantasievoll fortan am Volkstrauertag zu beteiligen, denn den Volkstrauertag sollten wir nicht mehr den Militaristen überlassen.

AGUS Müllheim

Foto: AGUS Müllheim

Der Stein des Anstoßes

Gustav Lübke Foundation
www.lubke.org
Digitized 2016